



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20.“

Verfasserin

Sigrid Apl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, 2011

Matrikelnummer:	a602160
Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Rückblick: Die Entwicklung der G-5, G-7, G-8.....	8
3. Die Gruppe der 20.....	12
3.1. Definition	12
3.2. Die aktuellen Mitglieder G-20.....	12
3.3. Gründung und Hintergrund.....	13
3.3.1. Historische Ereignisse.....	13
3.3.2. Institutionelle Perspektive.....	14
3.3.3. Ausgangspunkt Länderkooperation.....	14
3.4. Aufbau und Struktur der G-20.....	16
3.4.1. Mandat.....	16
3.4.2. Verbindung zu den Bretton Woods Institutionen (BWI).....	17
3.4.3. Mitgliedschaft.....	17
3.4.4. Charakter des Arbeitsprozesses.....	18
3.5. G-20 und andere internationale Institutionen und Gruppen.....	19
3.6. Institutionelle Effektivität der G-20 auf Ministerialebene.....	20
3.7. Errungenschaften 1999-2007.....	20
3.8. Errungenschaften 2008-2010.....	23
3.9. Resümee.....	26
4. Methodologie und theoretische Rahmenanbindung.....	28
4.1. Überblick.....	28
4.2. Definition und Begriffsverständnis von Governance.....	30
4.2.1. Konzeptualisierung von Governance für die Weiterarbeit.....	31
4.3. Ansatz Copenhagen School.....	35
4.3.1. Konzept Prismatic Security.....	37
4.3.2. Konzeptualisierung der erweiterten Copenhagen School für die Weiterarbeit.....	39
4.4. Resümee.....	41
5. Die ökonomische Sicherheitsdimension.....	43
5.1. Definition.....	43
5.2. Ökonomische Sicherheit in den G-20.....	44
5.2.1. Transparenz und Rechenschaftspflicht.....	46
5.2.2. Regulierungsregime.....	49
5.2.3. Aufsicht und Kontrolle.....	50
5.2.4. Risikomanagement.....	53
5.2.5. Reform der Internationalen Finanzinstitute.....	54
5.2.6. Reform des Internationalen Geld- und Währungssystems.....	58
5.2.7. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum.....	61
5.2.8. Internationale Kooperation.....	63
5.3. Lösungsansatz.....	64
5.4. Blick in die Zukunft.....	64
6. Die politische Sicherheitsdimension.....	66
6.1. Definition.....	66
6.2. Politische Sicherheit in den G-20.....	67
6.2.1. Stabilität durch internationale Kooperation.....	68
6.2.2. Stabilität durch finanzielle Kapazitäten.....	69
6.2.2.1. Finanzielle Inklusion.....	71

Die sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20

6.2.3. Stabilität durch Staatskonsolidierung.....	73
6.2.4. Stabilität durch strukturelle Rahmenbedingungen.....	74
6.2.4.1. Seoul Development Consensus & Multi-Year Action Plan's on Development.....	75
6.3. Politische Sicherheit in den G-8	77
6.4. Blick in die Zukunft.....	78
7. Die militärische Sicherheitsdimension.....	80
7.1. Definition und Überblick.....	80
7.2. Die militärische Sicherheit in den G-20.....	81
7.2.1. Terrorismusfinanzierung.....	82
7.3. Militärische Sicherheit in den G-8.....	83
7.4. Blick in die Zukunft.....	84
8. Die Umweltdimension.....	85
8.1. Definition.....	85
8.2. Sicherheitspolitische Maßnahmen der G-20 innerhalb der Umweltdimension.....	86
8.2.1. Die UN Konferenz zum Klimawandel.....	87
8.2.2. Die Rolle der Weltbank.....	88
8.2.3. Fossile Energie.....	88
8.2.4. Saubere Energie.....	91
8.2.5. Meeresschutz.....	92
8.2.6. Klimawandel und Grünes Wachstum.....	92
8.3. Lösungsansatz.....	93
8.4. Blick in die Zukunft.....	94
9. Food Security.....	96
9.1. Definition.....	96
9.2. Maßnahmen zu Food Security in den G-20.....	96
9.2.1. Millennium Development Goal No.1.....	96
9.2.2. Eine weltweite Partnerschaft für Landwirtschafts- und Nahrungssicherheit.....	97
9.2.3. Multi-Year Action Plan.....	99
9.2.4. Die Rolle der Weltbank.....	100
9.2.5. Prioritäten für 2011.....	101
9.3. Blick in die Zukunft.....	102
9.4. Lösungsansatz.....	103
9.5. Allianzen.....	104
10. Health Security.....	105
10.1. Definition.....	105
10.2. Health Security in den G-20.....	105
10.2.1. Innovative Finanzierung.....	107
10.2.2. EPA EU-Afrika.....	109
10.3. Blick in die Zukunft.....	109
10.4. Allianzen.....	110
11. Die Rechtssicherheit.....	112
11.1. Definition.....	112
11.2. Rechtssicherheit in den G-20.....	113
11.2.1. Integrität in die Finanzmärkte.....	113
11.2.2. Nicht-kooperative Staaten	114
11.2.3. Ein globales Anti-Korruptionsregime.....	116
11.2.4. Blick in die Zukunft.....	118
12. Die Informationssicherheit.....	120

12.1. Definition.....	120
12.2. Informationssicherheit in den G-20.....	120
12.2.1. Informationsaustausch in der ökonomischen Sphäre.....	120
12.2.2. Informationsaustausch zwischen Rechtssystemen.....	120
12.2.3. Informationsverfügbarkeit in der politischen Sphäre.....	121
12.2.4. Informationsgrundlage in der Nahrungssicherheit und in der Umweltdimension.....	122
12.2.5. Datenschutz und Cybersecurity.....	122
12.3. Blick in die Zukunft.....	124
12.4. Lösungsansatz.....	124
13. Ressourcensicherheit – ein Resümee.....	126
13.1. Definition.....	126
13.2. Ressourcensicherheit in den G-20.....	128
13.2.1. Die Rohstoff-Infrastruktur	129
13.2.2. Die energetische Infrastruktur.....	130
13.2.3. Die wirtschaftliche Infrastruktur.....	130
13.2.4. Die finanzielle Infrastruktur.....	131
13.2.5. Die Bildungsinfrastruktur	133
13.2.6. Die politische Infrastruktur.....	133
13.2.7. Die rechtsstaatliche Infrastruktur.....	134
13.2.8. Die Infrastruktur der Nahrungsversorgung	135
13.2.9. Die sanitärer Infrastruktur.....	136
13.2.10. Die demografische Infrastruktur	136
13.2.11. Die soziale Infrastruktur.....	137
13.3. Lösungsansatz.....	138
14. Conclusio.....	141
15. Abkürzungsverzeichnis.....	147
16. Bibliografie.....	149
16.1. Primärliteratur.....	149
16.1.1. G-20 Leader Statements, Declarations und Action Plans.....	150
16.1.2. Communiqués der G-20 Finanzminister und Zentralbankgouverneure.....	151
16.1.3. Declaration BRICS.....	153
16.1.4. Interviews.....	153
16.1.4.1. Ehem. Botschafter Hans Winkler.....	153
16.1.4.2. Botschafter John Sloan.....	153
16.1.4.3. Botschafter Xolisa Mfundsio Mabhongo.....	153
16.1.4.4. Botschafter Dinkar Khullar.....	153
16.1.4.5. Muhammad Takdir.....	153
16.1.4.6. Alberto Sandoval.....	153
16.1.4.7. Matthias Klettermayer.....	153
16.2. Sekundärliteratur.....	154
16.2.1. Internetquellen.....	157
16.3. Images.....	157
16.4. Tabellen.....	157
Abstract - deutsch.....	158
Abstract - english.....	159
Curriculum Vitae.....	160

1. Einleitung

In meiner Diplomarbeit möchte ich die sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20, mit Schwerpunkt auf ihre Summit Epoche ab 2008, analysieren. Diese werde ich nach einem umfassenden Sicherheitsbegriff, in Anlehnung an die Kopenhagen Schule und ein auf ihr basierendes weiterentwickeltes Konzept für die Anwendung auf lokaler Ebene, aufschlüsseln.

Die übergeordnete Fragestellung meiner Diplomarbeit lautet: **Hat sich die Agenda der G-20 im Laufe der Zeit erweitert?** Werden nun auch Themen außerhalb des Anfangs determinierten finanzwirtschaftlichen Nukleus behandelt?

Diese Frage scheint berechtigt, wenn man auf die Entstehungs- und Weiterentwicklungsgeschichte der G-7, welche ursprünglich als G-5 auf Finanzministerebene in den 70ern gegründet wurde. Ihr Akteurskreis hat sich, gleichsam wie ihre Themenpalette, im Laufe der Zeit zunehmend ausgeweitet. Diese Entwicklung werde ich eingangs in einem Rückblick kompakt darstellen.

Nach einem historischen Kapitel, in dem ich die Entwicklungsgeschichte der G-20, ihre organisatorische Struktur, ihr Mandat und ihre Beziehungen zu den internationalen Finanzinstitutionen und anderen Gruppen sowie die bis dato erreichten Resultate reflektiere, werde ich im methodologischen Kapitel auf meine erste Forschungsfrage eingehen, nämlich **wie und in welcher Form Kooperationen innerhalb der G20 eingegangen werden**. Dazu nutze ich den Ansatz der *Governance*-Forschung.

Um den Bezug zur Realität gewährleisten zu können, wähle ich einen praktischen Zugang zu meinem Forschungsgebiet, indem ich vorwiegend Primärquellen wie Communiqués ab der Gründung der G20 1999 und Deklarationen ab 2008 heranziehe. Dabei unterteile ich in eine Phase vor und eine Phase nach 2008, da sich in jenem Jahr eine tiefgreifende Krise mit multiplen und komplexen Auswirkungen ereignete, welche die Staats- und Regierungschefs der G20 dazu veranlasste sich nun auch auf Leader-Ebene in Form von Summits zu treffen. Die Krise führte zu neuen Herausforderungen, denen die westlichen Nationen allein nicht mehr gewachsen waren, da mittlerweile Schwellenländer wie die BRIC-Staaten neue Schwergewichte in der Welt- und Wirtschaftspolitik darstellen. Ohne jene neuen Protagonisten ist es schier unmöglich gemeinsam verursachte Probleme zu lösen und künftig für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Integriert in die G20 als neue Governance könnte hingegen schrittweise das komplexe Globalisierungschaos

organisiert und bearbeitet werden.

Bei meinem zweiten Forschungsansatz handelt es sich um ein Produkt der *Copenhagen School*, nämlich das Konzept der *Prismatic Security*, welches auf lokaler Ebene adaptiert wurde. Mit Hilfe jenes Analyseinstruments, das ich noch um drei Komponenten erweitern werde und welches helfen soll die Komplexität der globalisierten Themenbereiche zu strukturieren, möchte ich meine zweite Forschungsfrage überprüfen, nämlich **ob die realen Politiken der G-20 entlang jener theoretischen Sicherheitsbereiche verlaufen.**

Meine sicherheitspolitischen Hauptkapitel, welche ich nach jenem Theoriekonzept aufgliedere sind konkret folgende: 1. die ökonomische Dimension, 2. die politische Dimension, 3. die militärische Dimension und 4. die Umweltdimension, 5. Food Security, 6. Health Security und außerdem die von mir hinzugefügten Sicherheitstheoreme 7. die Rechtssicherheit, 8. die Informationssicherheit und 9. die Ressourcensicherheit. Letztere ist jedoch weder als punktueller Sicherheitsbereich oder *Issue* wie Punkt 5.-8. noch als internationale Sicherheitsdimension wie 1.-4. zu verstehen. Die Ressourcensicherheit organisiert und installiert Infrastrukturen in der Gesellschaft, welche die Nutzung ihrer Ressourcen nachhaltig und über einen längeren Zeitraum hinweg ermöglicht. Sie zielt auf die Anwendung, Umsetzung und Verankerung der zuvor beschriebenen Sicherheitsdimensionen und -bereiche. Aus dieser Funktion leitet sich metastrukturell für meine Diplomarbeit ab, dass jenes Kapitel ein Resümee der vorangegangenen darstellt sowie existente Mankos aufzeigt. Diese betreffen die Sektoren der Health Security, der Informationssicherheit und eben Teile der Ressourcensicherheit, welche noch nicht von den G20 behandelt werden. Doch künftig könnten diese Themen – auch als Lessons learned von den jüngst ausgebrochenen Revolutionswelle in Tunesien, Ägypten, Syrien, Jemen, Libyen, Oman, etc., bzw. als Erfahrung nach der Atomkatastrophe in Japan – bald in der Gruppe der 20 bearbeitet werden.

Um den Blick in die Zukunft aussagekräftig bündeln zu können, bedarf es jedoch mehr, als jene informativen Dokumente, welche von den G-20 Leaders formuliert wurden. Aus diesem Grund habe ich Experteninterviews mit Botschaftern und Wirtschaftsattachés der vertretenden G20-Länder in Wien, wie USA, Indien, Indonesien, Italien, Südafrika, Türkei und dem kanadischen Botschafter in Russland, welcher als Sour-Sherpa für Kanada in den G-8 tätig war, durchgeführt. Mit den zuständigen Beamten in den Botschaften in Wien und in Kooperation mit jenen in der Zentrale ihres Heimatlandes als Insider der Entwicklungen, habe ich schriftliches Feedback von

Russland, Großbritannien, Mexiko, Deutschland und abermals Italien erhalten. Zudem habe ich Fachexperten vom FAO in Rom zu ihren fachspezifischen Einschätzungen bezüglich u.a. Energieproblematiken, Umwelt- und Meeresschutz und Food Security befragt.

Als Ziel meiner Diplomarbeit wäre es wünschenswert, einen holistischen Sicherheitsbegriff zu determinieren, der einen praktischen Zugang zu Forschungs- und Problemsituationen bietet und einen strukturierten, logischen Ansatzpunkt für die Problemlösung eröffnet.

2. Rückblick: Die Entwicklung der G-5, G-7, G-8

Am 25.03.1973 trafen sich in der Bücherei des Weißen Hauses Georg Schultz, Patrick Jenkin, Helmut Schmidt und Valery Giscard d'Estaing. Diese vier namhaften Herren waren die Finanzminister der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs. Die "Library Group", die nach einigen Monaten auch um ihren japanischen Amtskollegen erweitert wurde, etablierte sich als Group of Five (Hajnal 2007:12).

Grund und Anlass der folgenden Zusammentreffen der Group of Five war die Krisensituation in der sich die Weltökonomie befand, da zum einen durch die ausgesetzte Dollar-Gold-Parität seitens der USA im August 1971 das darauf basierende Währungssystem von Bretton Woods zusammenbrach (ebd.:11), von dem zumindest 44 Nationen direkt betroffen waren. Der zweite Hintergrund der Instabilität des internationalen Wirtschaftssystems war die Ölkrise, die eine Preissteigerung des Öls um mehr als das Doppelte bis 1975 mit sich brachte.

Verursacht wurde diese Preissteigerung von dem neu gegründeten Kartell der größten ölexportierenden Länder - namentlich der OPEC - und den Kriegen und Revolutionen im Mittleren Osten (Blanchard 2009:184), wie der Yom Kippur Krieg 1973, in dem von der Ägypten-Syrien-Koalition ein Ölembargo über Israel verhängt wurde.

Ziel der Group of Five war es, via informeller, persönlicher Meetings leichter ihre Meinungen auszutauschen und Standpunkte zu erklären. Dies sollte - vorbei an den bürokratischen Mechanismen - leichter zu Übereinkünften führen, die schließlich wieder Stabilität und Sicherheit garantierten.

Im Jahr 1986 **erweiterte** sich der **Akteurskreis** der G5 durch die Staaten Italien und Kanada. Russlands Präsident Gorbatschow nahm 1991 als Gast am G7-Gipfeltreffen in London teil, doch bis 1997 war Russland kein vollwertiges Mitglied, das auch in internationalen Finanzfragen, sondern vorwiegend nur in politischen Themenkreisen mitdiskutieren konnte - wobei auch nach dem Gipfeltreffen der G8 in Denver, eben 1997, dem russischen Repräsentanten weiterhin viele (unpolitische) Finanzthemen versagt blieben (Kapala 2011:15f).

Neben der Erweiterung der partizipierenden Staaten wurden auch die Staatsrepräsentanten aufgestockt. So nahmen nicht nur die Finanzminister an den Gipfeltreffen teil, sondern auch die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister (Bayne 2005:8), und in den etablierten

Vorbereitungstreffen je nach Tagesordnung auch Innenminister, Justizminister, oder Minister aus dem Beschäftigungs-, Bildungs-, Entwicklungs-, Umwelt- oder Energieressort (Kapala 2011:26). Außerdem wurde im *Democracy Assistance Dialogue*, der 2004 bei dem Sea Island-Gipfeltreffen formuliert wurde, die Absicht erklärt neben den Regierungen auch den Privatwirtschaftssektor und die Zivilgesellschaft in einem *Forum for the Future* miteinzubeziehen (Bayne 2005:158f) - nicht zuletzt weil eben jene beim Gipfeltreffen in Genua 2001 lautstark auf sich aufmerksam machte und bei Demonstrationen sogar ein Mensch ums Leben kam (La Repubblica 2001). Doch schon zuvor im Jahr 2000 war Japan bestrebt, auch Vertreter von NGOs und Nicht-G7-Mitglieder im Vorfeld des Gipfeltreffens in Okinawa anzuhören, um schließlich der nach und nach auftretenden Skepsis und dem Vorwurf der Intransparenz der G7 entgegen zu wirken (Bayne 2005:80).

2001 fand eine weitere Vergrößerung der Vorfeldgespräche statt, in der mit fünf afrikanischen Präsidenten über die Problemsituation im Gesundheitsfeld bezüglich Aids, Malaria und Tuberkulose diskutiert wurde (Kapala:18). Diese Staatsoberhäupter wurden auch zu den folgenden Treffen bezüglich der Situation in Afrika eingeladen und vertraten die Länder Südafrika, Nigeria, Senegal und Algerien (ebd.:20). 2004 wurde zu dem Treffen der Finanzminister auch die Volksrepublik China eingeladen und nahm neben den vier weiteren Schwellenländern Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika am ersten Tag des folgenden Gipfeltreffens teil (ebd.: 23). Diese aufstrebenden Schwellenländer sind mittlerweile zu wesentlichen Protagonisten der Internationalen Politik herangewachsen und werden künftig eine immer wichtigere Rolle spielen. Sie sind in die G20 integriert.

Abgesehen von der Vergrößerung des Akteurkreises hinsichtlich partizipierender Staaten fand jene auch bezüglich Vertretern von Internationalen Organisationen und der damaligen EC statt, die 1977 nach Unterstützung der USA erstmalig an dem Gipfeltreffen teilnahm. Heute ist die EU vollwertiges Mitglied der G8 - mit der Ausnahme, dass sie nicht als Gastgeber eines Gipfeltreffens fungieren kann (Kapala 2011:27).

Darüber hinaus kooperierten die G7 seit 1982 (Bayne 2005:23) und verstärkt seit 1996 eng mit dem IWF und der Weltbank, da oftmals Finanzhilfen für diverse Länder, Schuldenerlässe beschlossen oder Empfehlungen für eben jene Finanzinstitutionen formuliert wurden. Weitergehend arbeiteten auf Einladung seitens der G7 + Russland auch die UN und die WTO an dem Gipfeltreffen 1996 in Lyon an Lösungsmaßnahmen in bestimmten Teilbereichen, wie der

internationalen Kriminalität, mit (ebd.:31). Dies hat sich als erfolgreich erwiesen, weshalb Internationale Organisationen und seit 2000 auch NGOs (jedoch in bescheidenerem Ausmaß) verstärkt in die Vorfeldgespräche eingebunden werden.

Diese pre-Meetings wurden 1986 seitens der Gouverneure der Zentralbanken der einzelnen Länder initiiert, an denen meist auch der Direktor des IWF und seit 1998 auch der Präsident der Europäischen Zentralbank teilnahmen (Kapala 2011:25). Sie waren jedoch anfangs der finanziellen Themensphäre vorbehalten. Erst im Laufe der Zeit und mit der Ausweitung der Themen auf der Tagesordnung wurden ebenfalls separate pre-Meetings u.a. im Beschäftigungs-, Umwelt- und Gesundheitsbereich organisiert.

Neben jener Erweiterung des Akteurkreises ist ebenfalls eine **Erweiterung der Themenpalette** zu beobachten. So wurden nicht nur ökonomische Fragen und Probleme wie zur Zeit der Gründung der G5 behandelt, sondern im Laufe der Entwicklung der G5-8 seit den 1980er Jahren unter anderem auch politische Inhalte. Einerseits war dies abhängig von den Interessen der Partizipanten - beispielsweise hatten Mitterand und Reagan als zweite Leadergeneration nach der Gründungsphase der G5 keine ökonomischen Vorkenntnisse, folglich waren ihre Interessen in der politischen Sphäre angesiedelt (Kappala 2011:10f) bzw. wurde die zweite Ölkrise 1979 nicht mehr unter ökonomischen Vorzeichen sondern als Energieproblematik behandelt.

Andererseits waren die neugesetzten Themenfelder auf der Tagesordnung abhängig von den zeitgleichen historischen Vorkommnissen, wie Konflikte und Aufstände z.B. in Indonesien 1998, im Kosovo 1999, Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen im September 2001 auf die Twin Towers in New York oder dem Irak-Krieg 2003.

Nach einer langen Phase, in der vorwiegend ökonomische und politische Themen behandelt wurden, kann ab 1989 eine Ausweitung der Themenpalette beobachtet werden, als Frankreich globale Umweltfragen bearbeitet sehen möchte und erstmals auch bindende Entscheidungen getroffen werden (Kapala 2011:13). Vor allem ab den 90er Jahren kann (neben den weiterhin bestehenden Wirtschafts- und Politikagenden) an den bearbeiteten Problemfeldern bei den jeweiligen Gipfeltreffen erkannt werden, wie sich die Perspektive der Themensphäre erweitert - angefangen von der Sicherheitspolitik in Lyon 1996 (konkret die internationale Kriminalität - ebd.:15), über IT-Themen 2000 in Okinawa wie z.B. die globale Informationsgesellschaft - unter

Einbezug des Privatsektors – bis zu Friedensprozessen (konkret Konfliktprävention, Abrüstung - ebd.:17).

2001 fand am Gipfeltreffen in Genua ein Perspektivenwechsel bezüglich Problemlösung statt, da erstmals afrikanische Staatsrepräsentanten mit beteiligt waren, um Problematiken in ihren Regionen zu besprechen. Dabei konnte mit der Etablierung eines weltweiten Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria ein Erfolg verbucht werden (ebd.:18). 2003 war schließlich die Tagesordnung in Evian auf die Themen Solidarität, Verantwortlichkeit, Sicherheit und Demokratie konzentriert (ebd.20) und in Gleneagles wurde 2005 der Klimawandel behandelt (ebd.:22). Diese Themen liegen nicht unbedingt in der Nähe der anfänglichen Gründungsthematik der Stabilität des Finanzsystems, aber sie sind wesentliche Themen für die Stabilität und die Sicherheit als Ganzes.

Diese Erweiterungen werden in Zukunft noch fortgesetzt werden. Um die bereits gegenwärtige Komplexität der erweiterten Themenpalette und der teilnehmenden Akteure in Art und Vielfalt bewältigen bzw. überhaupt überschauen zu können, bedarf es einer neuen Organisation die weiterhin Stabilität im Weltgeschehen gewährleisten kann und neuer Instrumente, um diese auch verstehen und erklären zu können.

Die neue Art und Weise der Organisation sehen wir heute in der Group of 20, deren Entstehungsgeschichte ich im folgenden Kapitel wiedergeben. Dabei beleuchte ich die Gründung der Gruppe aus drei verschiedenen Perspektiven, ihre Organisation und Struktur sowie ihr Mandat und ihre Beziehung zu internationalen Finanzinstitutionen, internationalen Organisationen und anderen Gruppen. Dieses Kapitel abschließend werde ich die Errungenschaften der G-20 auf Ministerialebene bis 2007 nachzeichnen sowie jene auf Leader-Level ab 2008.

3. Die Gruppe der 20

Im September 1999 beschließen die Gruppe der Sieben (G-7) ihre Dialoge zu erweitern und systemrelevante Wirtschaften zu integrieren. Dies sollte der Kooperationsförderung und einem stabilen und nachhaltigen Weltwirtschaftswachstum dienen. Die Etablierung der Gruppe der 20 (G-20), in der Industrie- wie Schwellenländer vertreten sind, ist eine Antwort auf das angebrochene Zeitalter der Globalisierung, in der ein Bedarf einer neuen Komposition der *Global Players* herrscht. Diese soll eine adäquaten Repräsentation des wirtschaftspolitischen Gleichgewichts der heutigen Epoche widerspiegeln und Integration in das globale Wirtschaftssystem sowie Finanzkooperation ermöglichen. Trotz der anfänglichen Zielsetzung der Stabilität des internationalen Finanzsystems wurden im Laufe der Jahre und Sitzungen die Themenpalette auf ökonomische Langzeit-Herausforderungen ausgeweitet (G-20 2008:6) und der Blickwinkel um eine nachhaltige und soziale Perspektive erweitert. Dies kann als wesentliche Neuerung im Vergleich zu den G-7, aber auch als Beitrag und Auswirkung der Akteurerweiterung auf Vertreter der ehemaligen zweiten und dritten Welt gesehen werden.

3.1. Definition

Die Gruppe der 20 (G-20) umfasst 19 Länder (wovon sieben Industrienationen und 12 Schwellenländer sind) eine regionale Repräsentantin (die Europäische Union), sowie vier *ex officio* Mitglieder der Bretton Woods Institutionen (G20 2008:21). Sie stellt ein informelles Netzwerk dar, in der freie Diskussionen und Meinungs austausch stattfindet. Dabei bieten sie die Möglichkeit ungelöste Thematiken unverbindlich zu besprechen. Ihr Fundament basiert auf dem Willen zur freiwilligen Kooperation. Das gemeinsame Ziel ist es Konsens in internationalen wirtschaftspolitischen Uneinigkeiten zu erreichen (G20 2008:6). Ihre Prioritäten waren zu Anfangs ihrer Geschichte 1999 auf die Stabilität der Finanzmärkte gerichtet. Nach vermehrter Behandlung von langfristigen Thematiken, wie sie erstmals 2002 initiiert wurden, liegt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 der Fokus wieder verstärkt auf globalen Wirtschaftproblematiken, nämlich Erholung der Wirtschaft und Wiederaufbau und Reformierung des Finanzsystems.

3.2. Die aktuellen Mitglieder G-20

Die G-20 bestehen aus den sieben Industrienationen, die schon in den G-7 vertreten waren,

nämlich Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA. Außerdem sind die 12 aufstrebenden Wirtschaften Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, die Republik von Korea, Mexiko, die Russische Föderation, Saudi Arabien, Südafrika und Türkei vertreten. Das zwanzigste Mitglied der Gruppe ist eine regionale Repräsentantin, nämlich die Europäische Union mit ihrer finanzinstitutionellen Vertretung der Zentralbank. Die vier *ex officio* Mitglieder der Bretton Woods Institutionen sind konkret der Vorsitzende des Finanzkomitees des Internationalen Währungsfonds, jener des Entwicklungskomitees sowie der Geschäftsführer des Internationalen Währungsfonds und der Präsident der Weltbank (G20 2008:21). Über diesen amtlichen Rahmen hinaus werden in Vorbesprechungen auch auf ad hoc Basis Akademiker und Experten von Institutionen und aus dem Privatsektor sowie NGOs und Studiengruppen konsultiert. Der Umfang der G-20 beläuft sich derzeit auf 90% des globalen BNP, 85% des Welthandels und 2/3 der Weltbevölkerung (France 2011f).

3.3. Gründung und Hintergrund

Die G-20 wurden im September 1999 infolge der Finanzkrise in Asien 1997 gegründet. Den Anstoß zu ihrer Gründung gaben die G-7, als sie 1999 den Bedarf zur erweiterten Kooperation in Schlüsselthemen der Ökonomie und Finanzwelt formulierten (G-20 2008:60). Die G-20 sollten als neuer Mechanismus für informelle Dialoge innerhalb des Institutionensystems von Bretton Woods funktionieren (Berlin 1999). Im Dezember des selben Jahres fand in Vancouver die einweihende Sitzung statt.

Hintergrund Entwicklungen

3.3.1. Historische Ereignisse

Mit der Globalisierung und der Liberalisierung, die vor allem von der Welthandelsorganisation und Abkommen wie dem *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) vorangetrieben wurde, fand eine Zunahme der Reichweite und Ausmaße der Weltwirtschaft statt. Als direkte Folge stieg das globale BIP von 40% 1991 auf 62% 2006 sowie Kapitalflüssen wie Direktinvestitionen v.a. in aufstrebenden Marktwirtschaften wie China. Die globalen Reserven in aufstrebenden Wirtschaften stiegen von 14% 1991 auf 43% in 2006, da sie als Absicherung in künftigen Krisen interpretiert wurden (G20 2008:9). Dieser Wirtschaftswachstum und zusätzlich die stärkere

Vernetzung und grenzübergreifende Unternehmungsschließungen durch Transnationalenkonzerne steigerten die Interdependenz zwischen den Wirtschaften (Parkinson 2006:3).

Diese Entwicklungen erklären die Ausbreitung der Finanzkrise, die 1997 ihren Ursprung in Thailand hatte, auf weite Teile Asiens, besonders Indonesien und Korea, und darüber hinaus nach Russland und Lateinamerika (G-20 2008:9). Diese Krise war charakterisiert von großen Kapitalabflüssen als Folge von negativen Börsenstimmungen, Erschöpfung von internationalen Reserven, hohe Währungsabwertungen, hohe inländische Interessensraten und generellem Abschwung auf den Märkten. Die steigende Marktintegration und die Intransparenz die die Erkennung von Risiken verhinderte übertrug die Asienkrise schließlich auch auf die Industrienationen (ebd.:11).

Durch diese Weiterleitung von wirtschaftlichen und finanziellen Schocks wurde das globale Ziel zur internationalen Finanzstabilität formuliert und weiter der Bedarf an einem Forum als Austauschmöglichkeit und Kooperation zwischen Industrienationen und aufstrebenden Wirtschaften, da das alleinige Lösen von Problemen, die über nationale Grenzen hinausgewachsen sind, nicht mehr möglich war.

3.3.2. Institutionelle Perspektive

1995 wurde auf dem Gipfeltreffen der G-7 in Halifax nach einem Ausweg aus der Krise des mexikanischen Pesos gesucht und außerdem nach weiteren starken Wirtschaften, die im Falle von weiterem Bedarf an zu verleihenden Geldmitteln vom Internationalen Währungsfond (IWF) konsultiert werden könnten. Dabei wurden Länder mit aufstrebenden Wirtschaften in Betracht gezogen. Diese Absicherung in Notfällen wurde in Form des *New Arrangements to Borrow* (NAB) vertraglich fixiert. Dies bedeutete eine Verantwortungssteigerung der Schwellenländer gegenüber dem internationalen Finanzsystem. Jene Bestrebung der G-7 wurde besonders von den USA vorangetrieben. Diese Entwicklung zeigt die anfängliche Integration der aufstrebenden Wirtschaften in das institutionelle Rahmengebilde des IWFs (G20 2008:10).

3.3.3. Ausgangspunkt Länderkooperation

Initiiert von dem US-amerikanischen Präsidenten Clinton und dem Prime Minister Singapurs Goh

sollten (nach einem Gespräch auf dem APEC-Gipfel im November 1997) die Finanzminister aus verschiedenen Regionen der Welt zusammentreffen, um Problematiken zu besprechen und Konsens sowie Lösungen zu finden (G-20 2008:12). So wurden insgesamt zwei Sitzungen der Gruppe der 22 (G-22 oder auch Willard Group) organisiert. Darin waren Finanzminister und Zentralbankgouverneure von Industrie- sowie aufstrebenden Nationen vertreten, die das Ziel hatten, das internationale Finanzsystem funktionstüchtig zu adaptieren.

Die G-7 erkannten, dass für die Reformierung der internationalen Finanzarchitektur weitere Länder, als die von ihnen integrierten Mitglieder, von Nöten waren. Die Wahl der Teilnehmenden an den lösungstiftenden Sitzungen sollte sich – neben der G-7 – auf 15 „weitere wichtige Wirtschaften“ belaufen. Diese waren im Detail Argentinien, Australien, Brasilien, China, Hong Kong SAR, Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Polen, Russland, Singapur, Südafrika, die Republik von Korea und Thailand (ebd.:13). Das Ziel war einen Präventionsmechanismus und mögliche Auswege aus der Krisen zu erarbeiten, falls diese auftreten sollten.

Ergebnisse der Versammlungen der G-22 waren die Bestrebungen zu größerer Transparenz, die Adaptierung internationaler Standards und Codes, die Erarbeitung eines Grundschemas für die Krisenbewältigung, die Unterstützung des IWFs und der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und die Gründung des *Financial Stability Forums* (FSF) 1999 an welchem Finanzminister, Zentralbankgouverneure der G-7 und der Europäischen Zentralbank, sowie Vertreter von Aufsichtsagenturen und Internationalen Finanzinstitutionen, wie der Bretton Woods Institutionen, teilnehmen.

Außerdem wurden 1999 Seminare bezüglich der internationalen Finanzarchitektur innerhalb eines größeren Rahmens, nämlich der Gruppe der 33 (G-33), organisiert. Doch diese Form des Zusammentreffens war unbefriedigend, da zum einen die Seminare ad hoc organisiert wurden und ohne zeitliche Kontinuität blieben, und zum anderen die große Anzahl der Mitglieder kritisiert wurde (ebd.:16). Diese Argumente galten auch für die Kritik an den G-22. Darüber hinaus bestand die Sorge seitens einiger G-7-Mitglieder, dass das *Interim Committee*¹ des IWFs, in der die Weiterführung der G-22 diskutiert wurde, nicht die richtige Plattform dafür sei, da es über sein Mandat hinausginge (ebd.:15).

1 Das ausführende Organ (*Executive Board*) des IWFs

3.4. Aufbau und Struktur der G-20

Bei der Etablierung der G-20 1999 spielte Kanada eine führende Rolle. Weitere Befürworter waren die USA und Deutschland. Das damalige Ziel war die G-22 mit einem Forum zu ersetzen, das klein genug war, um darin effektiv diskutieren zu können. Dabei war die Idee, das IMF *Interim Committee* in eine Art Ministerrat zu konvertieren, welcher als entscheidungsbefugte Autorität einen größeren Spielraum seitens des IWFs und seitens der Minister eröffnen sollte. Doch die asiatischen Länder waren besorgt, dass sie abermals unterrepräsentiert sein könnten. Die G-7 hingegen befürchteten eine mögliche Effizienzreduzierung des *Executive Boards* des IWFs.

Mit Hinblick auf die Gründung der G-20 waren die G-7 also bestrebt, das *Interim Committee* des IWFs zu stärken. Im März 1999 wird es schließlich reformiert und durch das *International Monetary and Financial Committee (IMFC)* ersetzt. Dies spiegelt die Wichtigkeit der Rolle der IWF-Direktoren als ratgebende Instanz wieder (G20 2008:19).

3.4.1. Mandat

Die Finanzminister der G-7 formulierten 1999 auf ihrem Gipfeltreffen in Köln die Erfordernis den Dialog „zwischen systemrelevanten Ländern innerhalb des Rahmens des Systems der Bretton Woods Institutionen zu erleichtern“ (ebd.:18). Dabei sollten die Adaptierung des internationalen Finanzsystems und seine veränderte Umwelt diskutiert werden, sowie Kooperation zur nachhaltigen Entwicklung des Weltwirtschaftswachstums für alle erreicht werden (ebd.:19). 1999, bei dem erstem Treffen der G-20, wurden in Berlin diese Bestrebungen rezipiert und ratifiziert. Sie lauten im Originallaut wie folgt:

„The G-20 was established to provide a new mechanism for informal dialogue in the framework of the Bretton Woods institutional system, to broaden the discussions on key economic and financial policy issues among systemically significant economies and promote co-operation to achieve stable and sustainable world economic growth that benefits all.“
(G20 Communiqué 1999:1)

Auf Grund ihrer informellen Natur haben die G-20 keine gesetzliche Grundlage und Bindung zu internationalen Finanzinstitutionen (G20 2008:43). Ihre Legitimität begründen die G-20 mit ihrem unvergleichlichen ökonomischen Gewicht und ihrem Umfang und der weitreichenden Beteiligung, in der auch aufstrebende Marktwirtschaften repräsentiert werden (Website G-20 2010/11/24, G-20 2008:20).

3.4.2. Verbindung zu den Bretton Woods Institutionen (BWI)

Es wurden verschiedene Optionen besprochen, wie stark und in welcher Form die Bretton Woods Institutionen in die G-20 integriert sein sollten und welche Rolle sie in den Vorsitzen spielen sollten. Unter anderem wurde ein Vorschlag diskutiert, bei dem sie eine Aufsichtsfunktion hätten, während die G-7 den Vorsitz führten. Entschieden wurde allerdings, dass die Sitzungen der G-20 parallel zu jenen des Finanzkomitees des Internationalen Währungsfonds (IMFC) und des Entwicklungskomitees rotieren sollten. Dabei werden die Direktoren jener zwei Bretton Woods Komitees als *ex officio* Mitglieder zu den G-20 Treffen eingeladen. Dies soll die Unabhängigkeit der Repräsentanten der G-20 von den BWI gewährleisten und außerdem den Vertretern der aufstrebenden Marktwirtschaften ermöglichen, neben den G-7-Nationen den Vorsitz zu führen (G-20 2008:19).

3.4.3. Mitgliedschaft

Es existiert keine Liste von zu erfüllenden Bedingungen oder Anforderungen um für eine Mitgliedschaft ansuchen zu können. Die einzig formulierten Konditionen für die G-20 als ganze Gruppe sind die Systemrelevanz der teilnehmenden Ökonomien für die Weltwirtschaft und die Möglichkeit zu dem internationalen Finanzsystem beitragen zu können. Sie sollen für die globale Ökonomie repräsentativ sein und es soll ein regionales Gleichgewicht der Partizipanten herrschen. Außerdem muss die Gruppe klein genug sein um diskutieren zu können, da dadurch Vertrauen genährt und Beziehungen gefestigt werden (ebd.:20).

Die Teilnehmenden an den Sitzungen wurde auf hochrangige Repräsentanten festgelegt, konkret auf den Finanzminister, den Zentralbankgouverneur und einen Staatsvertreter pro Land. Die G-7 und die Bretton Woods Institutionen einigten sich auf ein Ausmaß von max. 20 Mitgliedern. Die Europäische Union und die Europäische Zentralbank sollten eine Repräsentation der europäischen Industrie- und Schwellenländer übernehmen. Afrika sollte ebenfalls vertreten sein, jedoch wurde nur Südafrika als systemrelevant definiert. Zu den sieben entwickelten Wirtschaften Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA kamen die aufstrebenden Wirtschaften Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, die Republik Korea, Russland, Saudi Arabien, Südafrika und die Türkei hinzu. Diese sollten gemeinsam mit der Europäischen Union als regionaler Repräsentantin und den vier *ex officio* Mitgliedern (die Vorsitze

des IMFC und des Entwicklungskomitees, der IWF Geschäftsführer und der Präsident der Weltbank) schließlich die G20 bilden (G20 2008:21).

3.4.4. Charakter des Arbeitsprozesses

In vielen Hinsichten ist die G-20 an das G-7 Modell angelehnt: es gibt z.B. keine Wahlen, da es sich um ein informelles Forum handelt. Darin soll die Möglichkeit geboten werden frei und unverbindlich über systemrelevante Themen der nationalen und internationalen Ebene zu diskutieren ohne gesetzlich bindende Entscheidungen zu fällen (ebd.:24). Dabei sollen ungelöste Problematiken aufgegriffen werden, aber auch entwickelte Maßnahmen aus anderen Foren besprochen und adaptiert werden und so die Möglichkeit „to lead by example“ praktizieren zu können (ebd.:28). Die Mitglieder agieren auf gleicher Augenhöhe mit dem Ziel Konsens zu erreichen.

Die G-20 verfügt über kein permanentes Sekretariat oder Personal wie z.B. die UN – nicht zuletzt um bürokratische Verknöcherungen zu vermeiden (ebd.:28). Die Stellvertreter der G-20 treffen sich in der Regel zweimal jährlich und erledigen weitgehend technische Arbeit, wie die Erarbeitung von Informationsgrundlagen, Case Studies und Berichterstattungen an die Minister, bevor sich eben diese - meist im späten Herbst – im Land des Vorsitzes zusammentreffen (ebd.:24). Seit 2001 werden für die Stellvertreter der G-20 Seminare und Workshops mit renommierten Akademikern, Experten (29) und Spezialisten aus dem Privatsektor – meist drei pro Jahr – organisiert. Diese können auch in anderen Ländern stattfinden. Seit 2006 und initiiert durch Australien werden zwecks Analyse der Problematiken auch Studiengruppen ad hoc hinzugezogen. Es hat sich darüber hinaus ein verstärkter Gebrauch des Internets durchgesetzt wobei jedes Land, das den Vorsitz führt, eine Website für jenes Vorsitzjahr erstellt, auf welcher der Öffentlichkeit Hintergrundinformationen zugänglich gemacht werden. Zusätzlich wird eine Seite ausschließlich für Mitglieder eingerichtet, die der Kommunikation und dem Versand von relevanten Materialien dient (ebd.:24).

Der Vorsitz eines Landes beginnt mit jedem Kalenderjahr und rotiert jährlich. Diese Rotation sollte ausgeglichen hinsichtlich Regionen und Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstatus sein, wobei die Länder der G-20 in fünf Gruppen unterteilt wurden² (G20 2008:22f). Seit 2002 wurde

2 Gruppe 1: Australien, Kanada, **Saudiarabien, USA**;

die Vorsitzrotation mit der „Troika“ ergänzt, in der die Zusammenarbeit des vergangenen, des aktuellen und des künftigen Vorsitzes praktiziert wird (zu selbigem Zeitpunkt waren es Kanada, Indien und Mexiko). Damit sollte die Kontinuität des Arbeitsprozesses gesichert werden (G20 2008:23).

3.5. G-20 und andere internationale Institutionen und Gruppen

Die Zusammenarbeit der G-20 mit andern internationalen Akteuren ist breit gefächert, da sie sich über diesen Weg funktionelle, regionale und lokale Bodenhaftung sichert. Die Kooperationen erfolgen unter anderem mit dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank, mit regionalen Entwicklungsbanken, der WTO, der *Bank of International Settlements* (BIS), dem *Financial Stability Forum* (FSF), der OECD sowie verschiedenster UN-Organisationen. Neben der formalen Zusammenarbeit, wie z.B. mit dem IMFC oder dem Entwicklungskomitee, kommt es auch zu informellen Kooperationen, etwa wenn ein G-20 Mitgliedstaat als Sprachrohr für einen Nicht-Mitgliedstaat fungiert (G-20 2008:42).

Weitere mehr oder weniger einflussreiche Staatenbünde sind die G7/8 der entwickelten Ländern, die G-10 der Industriestaaten, die G-15 der neutralen, blockfreien Staaten, die G-24 der Entwicklungsstaaten, die G-30 als konsultative Gruppe in internationalen Wirtschafts- und Monetärthematiken, sowie die G-77 der Entwicklungsstaaten. Außerdem kommt es bei gewissen Thematiken zur Zusammenarbeit mit regionalen Gruppierungen wie APEC, ASEAN, der Commonwealth, la Francophonie, Mercosur und NAFTA (ebd.).

Die Funktionsweise der G-20 ist bedeutend, da sie „eine Lücke in der Governancestruktur im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem schließt“ (ebd.:43), da Staaten und Regierungen direkt und eng mit Finanzinstitutionen wie den BWI und anderen Institutionen wie IMFC und dem Entwicklungskomitee zusammenarbeiten. Die Gruppe der 20 kann diese unterstützen, sich für sie engagieren oder informell richtungsweisend für sie sein, wie z.B. im Jahr 2005 als die G-20 ein

Gruppe 2: Indien, **Russland**, Südafrika, **Türkei**

Gruppe 3: **Argentinien**, Brasilien, Mexiko

Gruppe 4: **Frankreich**, Deutschland, **Italien**, UK

Gruppe 5: China, **Indonesien**, **Japan**, Republik Korea

Fett geschriebene Länder haben noch keinen Vorsitz geführt – werden diesen somit in Zukunft noch übernehmen. (G20 2008:130)

Statement zur Reform der Bretton Woods Institutionen formulierten (ebd.:44). Es gibt jedoch keine formelle Bindung zu anderen Internationalen Finanzinstitutionen wie dem *Financial Stability Forum* (FSF). Einladungen seitens der G-20 beruhen auf ad hoc Basis und sind themenabhängig.

Neben dieser weiten Kooperationsbasis mit international anerkannten Institutionen und Gruppen formulieren die Mitglieder jedoch einen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Zusammenarbeit mit nicht-Mitgliedstaaten, NGOs und dem Privatsektor.

3.6. Institutionelle Effektivität der G-20 auf Ministerialebene

Eine wesentliche Stärke der G-20 Minister und ein Erfolg als Diskussionsplattform ist der „peer-to-peer exchange of experience“ (Woods 2004:129). Der Fokus ihrer Arbeitsweise lag jedoch auf Kooperation anstatt auf Koordination (G-20 2008:49). Außerdem wurden konkrete Verbesserungsmaßnahmen wie die Reform Agenda zwar formuliert, jedoch nicht ihre Einhaltung überprüft. Das selbe gilt für jene Bestrebungen die 2002 in Neu Delhi oder 2003 in Morelia formuliert wurden, nämlich u.a. die Vorteile, die die Globalisierung mit sich bringt gerecht zu verteilen, also auch auf die ärmsten Entwicklungsländer. So bleiben viele internationale makroökonomische Problematiken, wie das Handelsungleichgewicht oder weitere Handelsliberalisierungen, weiterhin ungelöst (ebd.:50).

Erfolgreich waren die G-20 hingegen was mikroökonomische Reformmaßnahmen anbelangt, wie u.a. die Implementierung von international anerkannten Codes und Standards zwecks Transparenz und stabiler nationaler Systeme (edd.:49f). Die selbstdefinierten Stärken der G-20 sind ihre Größe, die Informalität auf der sie beruhen, der Langzeit-Fokus und ihre Flexibilität die Tagesordnung an jüngste Geschehnisse anzupassen. Die Gruppe auf Ministeriebene entpuppt sich jedoch als zahnloser Tiger, wenn man den geringen Einfluss auf das Verhalten der einzelnen Staaten betrachtet – innerhalb und noch weniger außerhalb der G-20. Die Kontinuität des Arbeitsprozesses ist oftmals nicht gegeben, da es trotz Übereinkünften oder formulierten Zielen an konkreten Handlungsschritten mangelt (ebd.:53).

3.7. Errungenschaften 1999-2007

Wichtige Abkommen die im Zuge der Arbeit der G-20 erreicht wurden sind unter anderem der *Montreal Consensus* der 2000 erzielt wurde. Dieser beinhaltet Case Studies der einzelnen Länder,

bezüglich ihren spezifischen Praktiken, wie sie mit den Herausforderungen der Globalisierung umgehen und welche Lehrschlüsse sie daraus ziehen. Darüber hinaus sind in dem Dokument Bestrebungen postuliert, wie z.B. die gerechte Verteilung der Vorteile der Globalisierung, auch für die ärmsten Länder. Außerdem sollten soziale Programme zusätzlich zu den makroökonomischen Politiken und den offenen Märkten erarbeitet werden, um fundierten und nachhaltigen Wohlstand und Gleichheit zu erzielen (G-20 Communiqué 2001:2). 2001 wurde, auf Grund der damals aktuellen Geschehnissen der Terrorattacken auf die Twin Towers in New York am 11. September, der *Action Plan on Terrorist Financing* erarbeitet der zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung beitragen sollte (ebd.).

Hinsichtlich langfristiger und nachhaltiger Zielsetzung wurde 2002 auch der *Monterrey Consensus* formuliert, der ein Ergebnis der UN Konferenz von März 2000 in Monterrey, Mexiko war, welche den Themen der Entwicklungsfinanzierung, der Mobilisierung von internationalen und nationalen Finanzressourcen, Korruption, Schuldenfallen und Politikkohärenz gewidmet wurde (G-20 2008:31). Außerdem bestätigten die G-20 darin ihr Engagement die *Millenium Development Goals* (MDG) der Vereinten Nationen zu erreichen.

2004 wurden Prinzipien erarbeitet, die für internationale Schuldverschreibungen gelten sollten. Die Initiatoren waren Hauptemittenten wie Brasilien, Mexiko, Korea und Türkei, sowie führende Kreditgruppenvertreter des Privatsektors, wie dem *Institute of International Finance* und der *International Primary Market Association* (IPMA). Der Fokus jener *Principles for Stable Capital Flows and Fair Debt Restructuring in Emerging Markets* liegt auf Transparenz sowie rechtzeitiger Information innerhalb der Schuldner-Gläubiger-Kooperation, um Neuausrichtungen zu vermeiden und darüber hinaus aufrichtiges Verhalten und die faire Behandlung der Gläubiger zu erzielen (G-20 2008:34). Ebenfalls im Jahr 2004 wurde beruhend auf länderspezifischen Erfahrungen der *G-20 Accord for Sustained Growth* veröffentlicht, in dem die Zielsetzung des langfristigen Wirtschaftswachstums, basierend auf nachhaltiger Entwicklung, marktbasierendem Wirtschaften, Good Governance Praktiken und internationaler Offenheit behandelt wurde. Dabei sollten Politikmaßnahmen zu tragen kommen die sich auf Prioritäten wie Preisstabilität, Fiskaldisziplin, starke nationale Finanzinstitutionen, umsichtiges Schuldenmanagement, Wettbewerb, globale Handelsliberalisierung, flexible Arbeitsmärkte, Bildung und soziale Sicherheitsnetze berufen (G-20 2008:41). Diese Implementierungsmaßnahmen wurden in der *Reform Agenda* zu konkreten

Handlungsschritten ausformuliert (ebd.:35). 2006 wurde unter australischem Vorsitz der *G-20 Policy Manual* verfasst, der als Ratgeber für Vorsitzführende bezüglich Teilnehmenden, Workshops, Seminaren, Kommunikation mit Mitgliedern, Erstellung der Agenden und Communiqués fungieren sollte, um die interne Funktionsweise zu verbessern (ebd.:38).

Mit den Herausforderungen durch die Globalisierung wurde neben den stets dominierenden Finanz- und wirtschaftspolitischen Themen die Agenda der G-20 Minister um neue Problematiken erweitert. Diese sind u.a. der Demografische Wandel, Migration und die dadurch bedingten Rücküberweisungen ins Heimatland (Berlin Communiqué 2004) und folglich der Export von Arbeitslosigkeit, aber auch Energie- und Ressourcensicherheit (Melbourne Communiqué 2006), Arbeitsmobilisierung, Globalökonomie und Reform der Bretton Woods Institutionen bezüglich Quoten und Repräsentation (China Communiqué 2005).

Es ist eine Verlagerung von Themen betreffend der Finanzstabilität zu längerfristigeren Thematiken zu beobachten. Die anfänglichen Bestrebungen bezüglich der Stabilität des Finanzsystems wurden mehr von den G-7 als den aufstrebenden Entwicklungsländern verfolgt (G-20 2008:44). Letztere waren wiederum Initiator für soziale und nachhaltige Problembearbeitungen (vgl. G-20 Communiqué 2002). Seit der Etablierung der Troika 2002 ist eine wesentliche Unabhängigkeit der aufstrebenden Nationen von den G-7 zu beobachten (G-20 2008:46).

Mit der Zeit wurden die anfänglichen Ziele, die in der Wirtschafts- und Finanzsphäre angesiedelt waren, durch langfristige Ziele ergänzt. Die Perspektive hat sich nachhaltig verändert, indem erkannt wurde, dass für globales Wirtschaftswachstum auch nachhaltige Entwicklung, gerechte internationale Verteilung der Vorteile der Globalisierung und darüber hinaus auch soziale neben makroökonomischen Politiken von Nöten sind.

In Folge eine Zeittafel der behandelten Themen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure von 1999, zu Zeiten der Gründung der G-20, bis 2007:

Table 1

Major Theme <i>Chair</i>	1999 <i>Canada</i>	2000 <i>Canada</i>	2001 <i>Canada</i>	2002 <i>India</i>	2003 <i>Mexico</i>	2004 <i>Germany</i>	2005 <i>China</i>	2006 <i>Australia</i>	2007 <i>S.Africa</i>
Crisis Prevention & Resolution	X	X	X	X	X	X	-	-	-
Challenges of Globalization	-	X	X	X	X	X	-	-	-
Combating Terror Financing	-	-	X	X	X	X	-	-	-
Development & Aid	-	-	-	X	X	-	X	X	-
Financial Abuse / Financial Crime	-	-	-	-	X	X	X	-	-
Institution Building in Financial Sector	-	-	-	-	X	X	-	-	-
Demographics	-	-	-	-	-	X	X	X	-
Regional Economic Integration	-	-	-	-	-	X	-	-	-
Surveillance / Domestic Policies	-	-	-	-	-	X	X	X	X
BWI Reform	-	-	-	-	-	-	X	X	X
Commodities & Economic Impact	-	-	-	-	-	-	-	X	X
Fiscal Policies	-	-	-	-	-	-	-	-	X

Abb. 1: Themen der G-20 von 1999-2007

Quelle: G-20 2008: 41

3.8. Errungenschaften 2008-2010

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist jedoch eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Fokusthema bezüglich der Finanzstabilität zu beobachten. Nichts desto trotz wird dieser Schwerpunkt durch mehr oder weniger marginal aufscheinende soziale und nachhaltige Zielsetzungen zwecks gerecht verteilter Entwicklung ergänzt..

Die Treffen finden auf Grund der globalen Krise nun häufiger als einmal jährlich statt und die teilnehmenden StaatsvertreterInnen sind hochrangigen RepräsentantInnen. 2009 deklariert sich die G-20-Leader in Pittsburgh als „premier forum for our international economic cooperation“ (Pittsburgh 2009a:Pkt.19).

Seit dem ersten Summit auf Leader-Level im November 2008 erscheinen nun neben den Communiqués der Finanzminister und Zentralbankgouverneuren auch Leaders' Statements der Regierungschefs. Dies zeigt die Wichtigkeit des Themas auch für die Politik und wie sich jene wieder Platz auf der globalen Wirtschaftsbühne schaffen möchte. In ihrem ersten Leaders' Statement definieren die Regierungschefs die Ursprünge der jüngsten Krise die demnach darin

liegen, dass ständig nach starkem, globalem Wachstum und nach größeren Kapitalflüssen gestrebt wurde, da durch das vehemente Fokussieren allein auf jenes Ziel, auf jedes Maß an Proportionalität verzichtet wurde. In direkter Folge wurde auch eine adäquate Einschätzung der Risiken verabsäumt und eine anständige Sorgfaltspflicht vernachlässigt. Durch nicht eingehaltene Standards, heikle Risikomanagementpraktiken und zunehmend komplexe und undurchsichtige Finanzprodukte geriet das Finanzsystem außer Kontrolle. Die Verantwortlichen werden in Politikern, aufsichtsführenden Personen und leitenden Verwaltungsbeamten in einigen Industrieländern gesehen, die das Risiko für die Finanzmärkte nicht proportional abschätzen hätten können. Hauptfaktoren dafür wären die Inkonsistenz und nicht ausreichende Koordinierung der makroökonomischen Politiken sowie unpassende Strukturreformen, welche zu unnachhaltigen globalen Resultaten in der Makroökonomie führten (Declaration Washington 2008:1).

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit jener der Finanzminister und Zentralbankgouverneure, wie sie sie – allerdings etwas phlegmatischer und weniger anprangernd – in ihrem Communiqué verlautbarten (Communiqué Washington 2008). Das Mittel zur Problemlösung bleibt jedoch weitgehend das selbe, wie jenes der Finanzminister und Zentralbankgouverneure, nämlich offene Märkte und das Streben nach globaler freier Wirtschaft (Declaration Washington 2008:4).

Bei ihrem Gipfeltreffen in Washington im November 2008 formulierten die Regierungschefs Prinzipien für die Reform der Finanzmärkte, wie z.B. die Verstärkung von Transparenz und Zahlungsfähigkeit, die Erweiterung von Regulierungen, die Förderung der Integrität in die Finanzmärkte, das Streben nach internationaler Kooperation und die Reform der Internationalen Finanzinstitute (Declaration Washington 2008:3). Außerdem postulierten die Leader rasches Handeln nach konkreten sofortigen und mittelfristigen Maßnahmen, die von den Finanzministern erarbeitet wurden (ebd.:4).

Die Themen auf ihrem darauf folgenden Gipfeltreffen in London im April 2009 waren ebenfalls vom finanzwirtschaftlichen Aspekt dominiert. Die Leader erkannten jedoch (abermals), dass die Nachhaltigkeit des Wachstums nur gewährleistet werden kann, wenn es mit allen geteilt wird, d.h. auch mit den Schwellenländern und den ärmsten Ländern. Darüber hinaus müssen neben den Interessen der gegenwärtigen Generationen auch jene der künftigen integriert werden. Dies

bedürfe eine offene Weltwirtschaft basierend auf Marktprinzipien, effektiven Regulierungen und starken globalen Institutionen. Dabei sehen sie es als notwendig Sicherheit, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, das Finanzsystem zu reparieren, um wieder funktionierende Kreditvergaben zu ermöglichen, die Finanzregulierungen und –aufsichten zu stärken um Vertrauen aufzubauen, die internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren, den globalen Handel und Investment zu fördern sowie Protektionismus einzudämmen und schließlich eine grüne und nachhaltigen Perspektive in der Erholungs- und Aufbauphase nach der Krise zu inkludieren. Außerdem wurde die Aufstockung der Ressourcen des IWF auf 750 Millionen US Dollar beschlossen. Dabei betrifft die Unterstützung die neuen *Special Drawing Rights (SDR)*, die Handelsfinanzierung und die Aufstockung des Kreditrahmens für die Entwicklungsbanken. Zusätzlich werden durch den Verkauf von Gold zusätzliche Mittel geschaffen, welche den ärmsten Ländern bei der Kreditsanierung zu Vorzugsbedingungen bereitgestellt werden (London 2009a:1). Unter dem Vorhaben fairen und nachhaltigen Aufschwung für alle zu garantieren, bestätigen die Regierungschefs abermals ihr Engagement die MDG zu erreichen und postulieren ihre Zugeständnisse an die *Official Development Assistance (ODA)* - inkl. Hilfestellung für den Handel und Schuldenerlass, besonders für das Sub-Sahara Afrika (ebd.:8). Für den sozialen Schutz der ärmsten Länder wollen sie Ressourcen frei machen und in Langzeit-Nahrungsmittelsicherheit investieren. Dabei rufen sie zu bilateralen Beiträgen zu dem *Vulnerability Framework* der Weltbank auf, das über eine Infrastruktur zur Krisenerleichterung und einen *Rapid Social Response Fund* verfügt (ebd.:9).

Ein neuformuliertes Thema auf dem Pittsburgh Summit im September 2009 war die Modernisierung der globalen Institutionen, um der heutigen Weltwirtschaft gerecht zu werden sowie die Reform des Mandats, der Mission und der Governance des Internationalen Währungsfonds und der Entwicklungsbanken. Dabei gründeten sie das *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth*. Im Zuge dessen wurden Themen wie Energiesicherheit und Klimawandel, eine verstärkte Unterstützung für die Ärmsten, Schaffung von Arbeitsplätzen mit hohem Niveau und bereits aufgegriffene Wirtschaftsthemen diskutiert (Pittsburgh 2009).

Auf dem Gipfeltreffen in Toronto im Juni 2010 wurden Inhalte wie qualitätsreiche Jobs, Beschäftigungsanstieg und sozialer Schutz besprochen und alte Prioritäten wie das starke,

nachhaltige und ausgeglichene Wachstum bestätigt. Für die Reform des Finanzsektors wurden nun Maßnahmen und dafür Verantwortliche definiert. Am Rande wurden auch Korruption, die Stärkung der Legitimität, der Glaubwürdigkeit und der Effektivität der Internationalen Finanzinstitutionen und die Finanzierung und Reform der Entwicklungsbanken, die Reform des IWFs und die Unterstützung der Schwächsten behandelt (Toronto 2010a).

In Seoul im November 2010 wurden bereits diskutierte Problematiken weiterbehandelt und einige Dokumente wie der *Seoul Action Plan* erarbeitet. Dieser beinhaltet Vorhaben bezüglich finanzwirtschaftlicher Stabilität, struktureller Reformen (Seoul 2010b:1f). Weitere Dokumente die im Zuge dieses Gipfeltreffens erarbeitet wurden waren der *Seoul Development Consensus for Shared Growth*, der *Multi-Year Action Plan on Development*, der konkrete Maßnahmen zur Erreichung der MDG beinhaltet, das *Support-Document*, welches die Versprechen der einzelnen G-20-Länder schriftlich festhält, sowie der *Anti-Corruption Action Plan*. Außerdem waren einige nachhaltige Themen auf der Agenda zu finden, die in einer Wirtschaft nach der Krise weiterverfolgt werden sollten. Diese waren u.a. unter dem Aspekt der Energie die Preisfluktuation von fossilen Brennstoffen zu mindern, sowie den Umweltschutz der globalen Meere zu garantieren (G-20 Declaration 2010:3), den Klimawandel mit Unterstützung des UNFCCC aufzuhalten und Politiken für ein nachhaltiges, Grünes Wachstum der Länder zu unterstützen (Seoul 2010b:16).

3.9. Resümee

Nachhaltige Ziele sind seit dem Vorsitz Indiens 2002 auf der Agenda der G20 zu finden und werden v.a. von den Schwellenländer (die sich teilweise auch als Sprachrohr für die ärmsten Länder identifizieren [Communiqué Kleinmond 2007]) vorangetrieben. Errungenschaften diesbezüglich sind der *Montreal Consensus* des Jahres 2000, in dem die G-20 für das Ziel eines nachhaltigen Wachstums die Notwendigkeit erkennen, neben den makroökonomischen Politiken, auch soziale Maßnahmen zu setzen. Sie postulierten Engagements hinsichtlich der Erreichung der *Millenium Development Goals*, wie sie erstmals im *Moneterry Consensus* 2002 formuliert wurden, voranzutreiben. Diese verbalen Zugeständnisse blieben aber oft ohne konkrete Maßnahmen.

Die Leader Statements, die seit der Finanzkrise 2008 zusätzlich zu den Communiqués der Finanzminister und Zentralbankgouverneure von den Regierungschefs veröffentlicht werden, sind

zwar unter politischen Vorzeichen formuliert, d.h. eine gewisse Verkaufstaktik an die Öffentlichkeit zwecks Wiederwahl schwingt in Form von sozialen und umweltpolitischen Zielsetzungen mit, der dominierende Inhalt und vor allem die einzusetzenden Instrumente bleiben jedoch weithingehend die selben. Obwohl mittlerweile eine Kontinuität der aufscheinenden nachhaltigen Thematiken in der G-20 Agenda zu erkennen ist, liegt der Fokus ist, vor allem nach der Weltwirtschaftskrise 2008, wieder stark auf Finanz- und Wirtschaftsziele konzentriert.

4. Methodologie und theoretische Rahmenanbindung

4.1. Überblick

Um meine Forschungsfragen adäquat behandeln zu können, habe ich zwei verschiedene Forschungsansätze gewählt, da meines Erachtens nach dadurch ein breiteres Erklärungspotenzial hergestellt wird. Zu Beginn werde ich auf meine erste Forschungsfrage eingehen, nämlich wie und in welcher Form Kooperationen innerhalb der G20 eingegangen werden. Dabei verwende ich den Theorieansatz der *Global Governance*-Forschung, der die unhierarchische und informelle Netzwerkstruktur, die Erweiterung des Akteurkreises auf Private und NGOs, sowie die lokale Verwurzelung in konkreten Projekten erklärt. Da die derzeitige Verwendung des Begriffs Governance jedoch außerordentlich unterschiedlich ausfällt, werde ich eingangs einen kompakten Überblick über die Begriffsanwendung in der Politikwissenschaft geben und anschließend jenen Governance-Begriff konzeptualisieren mit dem ich weiterarbeiten werde.

Bei meinem zweiten Forschungsansatz handelt es sich um ein Produkt der *Copenhagen School*, nämlich das Konzept der *Prismatic Security*. Dieses ist eine Anwendung des *Comprehensive Security*-Ansatzes der Kopenhagener Schule auf lokaler Ebene. Angelehnt an den *Human Security Approach*, bei dem das Individuum im Mittelpunkt steht, umfasst das Analysekonzept der *Prismatic Security* neben dem ökonomischen, politischen und den Umweltsektor, auch den Ernährungs-, Gesundheits-, den sozialen und den persönlichen/physischen Sicherheitsbereich. Um den Bezug zur internationale Politik zu wahren, werde ich bei Bestimmung eines ganzheitlichen Sicherheitsbegriffs nicht auf den militärischen Sektor, den die Kopenhagener Schule in ihrem Konzept behandelt, verzichten. Diesem bereits erweiterten Sicherheitsterminus möchte ich noch drei weitere Komponenten hinzufügen, nämlich die Rechtssicherheit, die Informationssicherheit und die Ressourcensicherheit. Dabei stellt die Ressourcensicherheit keinen punktuellen Sicherheitsbereich oder internationalen Sektor dar, sondern beschreibt die Organisation und Verankerung von langanhaltenden Infrastrukturen in allen zuvor genannten Sicherheitsfeldern. Anschließend werde ich meine zweite Forschungsfrage überprüfen, nämlich ob die realen Politiken der G-20 entlang jener theoretischen Sicherheitsbereiche verlaufen.

Die Methoden die ich bei meiner Forschung verwende sind neben jener Anbindung an diese zwei

theoretischen Strömungen (die ich anschließend noch näher erläutern werde) weiterführende Sekundärliteratur zum Thema der G-20 und des globalen Wirtschaftssystem wie u.a. Beiträge von Helleiner, Kirton, Bracht und Woods. Um den Bezug zur Realität gewährleisten zu können, werde ich Dokumente der G-20 aufgliedert nach meinem Forschungskonzept der *Prismatic Security* hin untersuchen. Konkret handelt es sich bei dieser Primärliteratur um die Communiqués der Finanzminister und Zentralbankgouverneure bis heute sowie die ab 2008 zusätzlich publizierten Leaders' Statements und Deklarationen zu jedem Gipfeltreffen, die auf Grund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2008 und 2010 öfters, als nur einmal jährlich, und nun auf Summit-Level stattfinden. Dabei wird der Fokus meiner Analyse auf jener zweiten Periode liegen, da die Leader über mehr Durchsetzungskraft verfügen als die Finanzminister ihres Landes. Aus diesem Grund ist die tatsächliche Implementierung der erarbeiteten Absichtserklärungen der G-20 ab 2008 wahrscheinlicher und deshalb für meine Untersuchung relevanter als die Communiqués der Finanzminister und Zentralbankgouverneure.

Um einen aktuellen Insider-Blick und auch andere Perspektiven als jene in der Literatur oder in den Dokumenten abgehandelt ermöglichen zu können, habe ich Botschafter und Wirtschaftsattachés verschiedener Botschaften in Wien zu meinem Forschungsthema und der Position ihres Landes befragt. Dabei habe ich unter anderem Vertreter von Kanada (John Sloan Botschafter in Russland und Sour-Sherpa Kanadas während dem kanadischen Vorsitz der G-8 2010), Südafrika (Botschafter Xolisa Mfundiso Mabhongo), Indonesien (erster Wirtschaftsattaché Muhammad Takdir), Indien (Botschafter Dinkar Khullar), Italien (Botschafter Eugenio D`Auria), Türkei (Wirtschaftsattaché Tütücün), USA (Wirtschaftsattaché Daniel Froats), Russland (Wirtschaftsattaché Denis Kuznedev) und Großbritannien (Wirtschaftsattaché Matthias Klettermayer, sowie die Global Economy Group des Prosperity Directorate im Foreign & Commonwealth Office in London) zu den sicherheitspolitische Dimension der G-20 und die Relevanz einer nachhaltigen Perspektive in eben jener befragt.

4.2. Definition und Begriffsverständnis von Governance

Der Begriff „Governance“ wird seit den 1990er Jahren aktiv gebraucht. Dieser impliziert eine zu erreichende Wirkung, nämlich die Verantwortung und Autorität, die einst dem Staat und der ihm verkörperten Regierung oder Government beigemessen wurde, nun der Governance abzutreten.

Wesentlich bei der Etablierung des Begriffs ist der diachrone historische Verlauf und die Initiierung des Begriffs „Governance“ in einem Dokument der Weltbank von 1989 (World Bank 1989:xii). Dabei verwendet ihn jene neoliberale Institution in normativem Sinne, da sie damit ein konkretes Ziel bewirken wollte, nämlich Transparenz und Antikorruption in den Sub-Sahara Staaten zu verbreiten. Diesen normativ aufgeladenen Begriff übernehmen auch andere Institutionen wie die Vereinten Nationen, die 1994 eine Commission on Global Governance einsetze (Brand 2009a:287).

In der Politikwissenschaft gibt es kein einheitliches Verständnis von Governance. Es werden Konzepte innerhalb der Europäisierungsforschung in Form von *multi-level Governance* (Benz 1998) oder im Verständnis einer Regierungsform innerhalb eines Netzwerkes (Kohler-Koch 1999) verwendet. Ich möchte die Schnittstellen des verwendeten Begriffsgebrauchs in den unterschiedlichen Sphären nachzeichnen um schließlich einige Merkmale zu emphasieren, die mein Konzept zur Weiterarbeit darstellen soll.

In der politikwissenschaftlichen Disziplin selbst herrschen unterschiedliche Definitionen und Interpretationen. Im folgenden möchte ich einige solche vorstellen, die, abhängig von den unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen aus denen die AutorInnen stammen, formuliert wurden. Dabei wird Governance in jedem Fall als Phänomen der internationalen Sphäre angesehen, ohne jedoch seine Wurzeln auf lokaler/regionaler Ebene zu verleugnen.

Arthur Benz (1998) versteht unter *multi-level governance* die Eigenart der europäischen Regelungsstruktur (vgl. Mayntz 2009:44) bzw. bezeichnet „der Begriff Governance-Formen [...] die Struktur, in die kollektives Handeln eingebettet ist“ (Benz/Dose 2010:251). Ute Kohler-Koch (1999) hingegen betrachtet die vorherrschenden Governance Strukturen der EU eher als ein Netzwerksystem (Featherstone/Radaelli 2003:17).

Melchior thematisiert unter einem engeren Governancebegriff „jene ‚*Governancemodi*‘, die auf das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren und das Aufweichen der Grenze

zwischen öffentlicher und privater Regulierung aufbauen“ (Melchior 2009).

Jann und Wegrich untersuchen Governance in der Verwaltungspolitik, die sie dort als Reformkonzept des in den 1990er Jahren entstandenen Manageransatzes wahrnehmen. Dabei wurden Kritiken jenes Ansatzes verinnerlicht und entwickelten sich über Best Practice und Public Management zu einer Ausprägung von Governance, wie sie in der Verwaltungswissenschaft zu finden ist (Jann/Wegrich 2010:185).

4.2.1. Konzeptualisierung von Governance für die Weiterarbeit

Der Begriff „Governance“ wurde von der „Global Governance“-Kommission der Vereinten Nationen etabliert, als sie 1994 einen gleichnamigen Bericht vorlegten, der friedensstiftende Maßnahmen beinhaltete. Davor tauchte der Begriff, jedoch im Sinne von „Good Governance“ schon 1989 in einem Dokument der Weltbank auf, das die „Crises of Governance“ der afrikanischen Sub-Sahara Staaten bemängelte, welche sich unter anderem in Korruption ausdrückt. Somit wird der Begriff „Governance“ von neoliberalen (hier vor allem in normativem Sinne) wie von völkerrechtlichen Institutionen gebraucht. Birgit Sauer geht von einer Einflussnahme seitens der ökonomischen Sphäre aus, die sich auch auf die Politikwissenschaft mit ihrer zentralen Analyseeinheit des Staates auswirkt, in dem der Terminus „Staat“ nicht mehr passend scheint, da er zu starr, verknöchert und unflexibel wirkt. Der Begriff Staatlichkeit scheint heute zu Tage adäquater. Er befindet sich jedoch per se in einem Prozess des ideologischen und funktionalen Wandels.

„Staatlichkeit [wird] neu geordnet, d.h. re-skaliert in einem neuen Zusammenspiel lokaler, nationaler und supranationaler Ebenen. Ökonomische Globalisierung und globale Finanzialisierung der Ökonomie verändern nicht nur internationale, sondern auch nationale und lokale staatliche Institutionen und Normen“ (Sauer 2009:105).

Im politikwissenschaftlichen Repertoire wird „Governance“ oder „Global Governance“ seit knapp 15 Jahren als Konzept einer Regierungsform verwendet, die sich von der traditionellen Regierung (Government) unterscheidet, da sie zum einen nicht mehr einen Akteur sondern einen Prozess, eine Handlung beschreibt und zum anderen nicht als Handlungsform einem einzigen Akteur, nämlich dem Staat, als zentralistisches Steuerungsinstrument zugeordnet werden kann, sondern mehrere Akteure auftreten, die in einem Entscheidungsfindungsprozess gemeinsam regieren. Bob

Jessop nennt dies ein „heterarches System“ (Jessop 1998:29f). Ullrich Brand zeigt folgende fünf Vorbedingungen des Konzepts von Global Governance auf:

1. der Reduzierung der Zentralstaatlichkeit;
2. eine internationale Koordinierung, Kooperation und der Wille zur gemeinsamen Entscheidungsfindung;
3. ein Souveränitätsverzicht Seitens der Nationalstaaten;
4. Regionalisierung und schließlich
5. das Auftreten und Platz lassen für neue nichtstaatliche Akteure (Brand 2009:290).

Wobei letzteres sich (was NGOs betrifft) auf die Informationsbereitstellung im Vorfeld der Entscheidungsfindung begrenzt. Die Entscheidungen werden nach wie vor von den Nationalstaaten gefällt (Interview Winkler) da diese auch für die beschlossenen Verträge verantwortlich gemacht werden müssen (Interview Sloan). Die Rolle des akademischen Sektors sieht Botschafter Sloan in einer Art Kontrollinstanz der Nationalstaaten, ob sie ihre Maßnahmen ehrlich und transparent implementiert haben (Interview Sloan).

David Lake erkennt drei Formen, wie Global Governance auftreten kann. Neben der Autorität des Staates (die hierarchisch organisiert ist) existieren nun zwei weitere Formen von Autoritäten, nämlich supranationale sowie private, transnationale Autoritäten wie beispielsweise die World Trade Organisation (Lake 2010:9).

Dieter Fürst hingegen beschäftigt sich mit Governance auf regionaler Ebene. Wesentliche Merkmale dabei sieht er in jener „regionalen Form der Selbststeuerung, die auf Freiwilligkeit beruht, nicht verfasst ist und nicht auf einzelne traditionelle gesellschaftliche Teilsysteme (Politik/ Verwaltung, Wirtschaft, sozio-kulturelle Gesellschaft) beschränkt ist“. Sie erarbeitet u.a. „Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Regionalentwicklung“ (Fürst 2010:50f). Da die regional Governance jedoch stark von ihrem Kontext bestimmt wird, wie er z.B. den Institutionsrahmen, situative Einflüsse und anstehende Probleme nennt, greifen theoretische Konzepte nicht mehr und es muss auf Analyse-Konzepte ausgewichen werden, die „die Komplexität und die Zusammenhänge ihrer Elemente transparent halten“ (ebd.:59f).

Da ich jedoch die tatsächliche Praxis auch auf regionaler und lokaler Ebene aufschlüsseln möchte, werde ich später in Zusammenhang mit der Anknüpfung an die aktuelle Realität das Konzept der *Prismatic Security* aus der *Copenhagen School* als Organisations- und Analyseinstrument aufgreifen.

Die Zielsetzung der Global Governance ist laut Dirk Messner

„die Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Probleme erlauben“ (Messner 2000: 125).

Somit werden Probleme gemeinsam und oftmals international behandelt, der Ansatz ist folglich problemlösungsorientiert. Dies wurde vehement erforderlich, als die globalen Finanzinstitutionen 2008 von einer gravierenden Finanzkrise getroffen wurden. Dabei blieb die Krise jedoch nicht allein in der Finanz- und Wirtschaftssphäre. Sie schwappte auf andere Bereiche wie Soziales, Ökologie, Energie und Ernährung sowie politische Institutionen über, wobei die Basis stets ein Weltmarkt ist, der die Ressourcen maßlos ausbeutet was schließlich zur „Multiplen Krise“ führte (Brand 2009b:8ff):

„Daher geht es um eine Veränderung politischer Inhalte, institutioneller Strukturen und damit verbundener gesellschaftlicher Interessenartikulation und Kräfteverhältnisse. Damit zusammen hängt eine tiefgreifende Transformation gesellschaftlicher und politischer Orientierungen und Werthaltungen weg von einer die Natur zerstörenden und soziale Spaltung hinnehmenden Produktions- und Lebensweise“ (Brand 2009b:12).

Heinz Gärtner sieht die Herausforderungen der Gegenwart ebenfalls in der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Klimawandel. Außerdem thematisiert er auch Pandemien und lässt darüber hinaus die sicherheitspolitischen Problematiken nicht außer Acht. Er nennt hier die Verbreitung von Nuklearwaffen, die Abrüstung, Terrorismus, das organisierte Verbrechen aber auch regionale Konflikte wie in Afghanistan, dem Mittleren Osten und die Nuklearprogramme in Iran und Nord-Korea (vgl. Gärtner 2010). Auf Grund der globalen Auswirkungen ist eine internationale Lösungsfindung von Nöten. Dabei erkennt er sich beziehend auf den derzeit amtierenden US Präsident Barack Obama einen notwendigen Sinnenswandel in der Problembehandlung. Demnach reicht es für eine langfristige Kooperation nicht aus, einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Es braucht eine gemeinsame Strategie zur Problemlösung und aktive Beiträge von allen Beteiligten.

Dafür ist viel mehr als nur Koordination gefragt, sondern tatkräftiges Engagement und Kooperation, das auf Grund der globalen instabilen Situation erst neu organisiert werden muss.

Heinz Gärtner meint diesbezüglich:

„The best concept for global problem-solving could be Hillary Clinton’s “multi-partner world”, in place of the “multipolar world” concept. This does not mean that competition, polarity, and ideological differences would disappear. But it creates a level of global cooperation” (Gärtner 2010).

Solche Kooperationen sind oft nach Krisensituationen zu erkennen, wie beispielsweise 1815 nach den Napoleonischen Kriegen der Wiener Kongress zum Ziel hatte die Staaten-Ordnung wieder herzustellen. Ein anderes Beispiel ist 1945 die Entstehung der Vereinten Nationen als Folge des Zweiten Weltkrieges (vgl. ebd.).

Ich sehe in dem Governance-Konzept einen adäquaten Ansatz um zu erklären, wie das neue Konzert der Weltordnung, nämlich die G-20, funktioniert. Es befindet sich somit auf der Prozess- bzw. *politics*-Ebene. Nun möchte ich mittels der Kopenhagener Schule die *polity* und mit Hilfe des Prismatic Security Konzepts die *policy*-Ebene beleuchten. Zuerst werde ich erläutern, in welchen Sektoren die G-20 arbeiten und entlang welcher Strukturen sie sich bewegen. Mit dem Prismatic Security-Ansatz möchte ich anschließend die von den G-20 behandelten Problemfelder auf lokaler Ebene beleuchten, für die sie Maßnahmen entwickeln bzw. sie künftig entwickeln werden.

Nachfolgend entwerfe ich ein Konzept zur nachhaltigen Sicherheit in Foucault’schem Sinne. Dass heißt, ich versuche die Sicherheitsschule auf internationaler Ebene mit dem lokalen Level zu verbinden, die ihr schließlich rückwirkend die Bodenhaftung gewährt. Dabei unterscheide ich institutionalisierende top-down Pfade, wie sie beispielsweise im Ökonomischen, Ökologischen oder Politischen Sektor zu finden sind. Neben diesen gibt es jedoch auch konstruktivierende bottom-up Wirkungen, die von Policy-Issues der lokalen Ebene ausgehen und schließlich auch auf globaler Ebene behandelt werden, wie zum Beispiel entwicklungspolitische Themen betreffend Food und Health Security.

4.3. Ansatz Copenhagen School

Der Ansatz der Copenhagen School grenzt sich zur traditionellen Sicherheitstheorie ab, indem sie nicht wie letztere den militärischen Sektor als einzigen Garant für Sicherheit anerkennt, der Sicherheit als Überlebensfaktor interpretiert und deswegen den Einsatz von Gewalt legitimiert. Buzan, Weaver und de Wilde versuchen hingegen eine adäquate Sicherheitstheorie für die post-Kalter Krieg Ära zu etablieren (Buzan et al 1998:1f). Das internationale System hat nun anarchischen Charakter, weshalb Buzan die regionale Ebene fokussiert auf der „security complexes“ als Analyseeinheit instrumentalisiert:

“Security complex is defined as a set of states whose major security perceptions and concerns are so interlinked that their national security problems cannot reasonably be analyzed or resolved apart from one another” (Buzan 1998:12).

Internationale Sicherheit basiert auf Beziehungen und Verhältnissen, weshalb Staaten in einem „global web of security interdependence“ verstrickt sind (Buzan 1998:10f). Die verschiedenen Sektoren des internationalen Systems hängen ebenfalls von jenen Interdependenzen ab, die ihn somit auch definieren. Folglich sind Sektoren

„views of the international System through a lens that highlights one particular aspect of the relationship and interaction among all of its constituent units“ (Buzan, Jones, Little 1993:31).

Die meinungsbildenden Prozesse innerhalb jener finden nach dem Prinzip der *Securitization*, statt. Darunter versteht Buzan die Aufwertung der Wichtigkeit eines bereits *politisierten* Themas durch einen *securitizing actor*, der mittels überzeugender Reden und Performance einen *securitizing move* auslöst, den die Zuhörerschaft akzeptiert (Buzan 1998:22, 25). Eine *Desecuritization* ist im Gegensatz dazu der Transfer des Themas von einem hohen Prioritätslevel der sicherheitspolitischen Agenda zu einem normalen Politikthema. (ebd.:4)

Die wesentlichen Sektoren in denen *Securitization* ausgehend von *securitizing actors* formuliert bzw. behauptet wird, sind 1. der traditional **militärische Sektor**, der einer staatszentrierten Logik folgt und den Einsatz von Gewalt durch die Bedrohung von Sicherheit legitimiert; 2. der **Umweltsektor**, welcher die Verhältnisse von menschlicher Aktivität und der planetaren Biosphäre und ihre Spezies betrachtet, 3. der **ökonomische Sektor** in dem Produktions-, Finanz- und Handelsbeziehungen beleuchtet werden, 4. der **politische Sektor**, der relationäre Autorität und

Souveränität fokussiert, und schließlich 5. der **gesellschaftliche Sektor** der sich mit der Entwicklung von kollektiver Identität auseinandersetzt (Buzan 1998:7)³. Letzterer Sektor ist für meine Analyse jedoch nicht zentral, da ich keine reine Internationale Sicherheitstheorie verfolge, sondern eine wechselwirkende International-lokale Stabilitätsentwicklung als Sicherheitsstruktur konzeptualisieren möchte. Somit gibt es auf lokalem Level keine Gesellschaft als Ganzes, sondern einzelne Subjekte und Gruppierungen, die mit konkreten Problematiken konfrontiert werden.

Buzan sieht den Nutzen der *Security Complex Theory* in dem Kreieren von Szenarien die eine strukturierte Forschung ermöglicht, welche auch Voraussagen über die Stabilität und Veränderungen treffen kann (Buzan 1998:15). Sie grenzt sich dahingehend von der Schule der *Critical Security Studies* ab, die konstruktivistische Leitmotive verfolgt, das erstere den Mechanismus von Securitization erklärt, während letztere basierend auf der Konstruktivität der Individuen Sicherheit per se als *Human Security* behandelt (ebd.:35).

Unter dem Konzept der *Human Security* versteht man die Bündelung der sicherheitspolitischen und der entwicklungspolitischen Perspektive, wobei sich der Fokus vom Staat zum Individuum verschiebt (Werthers 2005). Damit ergeben sich unterschiedliche Ausgangspunkte der Forschenden und ihrer Forschungsrichtung. Die bottom-up Richtung wird aus Sicht der Entwicklungspolitik verfolgt, die unter Sicherheit *freedom from want*, also „Freiheit von der Not“ versteht. Die sicherheitspolitischen Dimension interpretiert hingegen Sicherheit als Schutz vor physischer Gewalt *freedom from fear* (UNDP 1994:24). Dies gleicht einer top-down Ansicht, da auf Schutz vor externen Akteuren und ihren Auswirkungen auf andere Staaten und Regionen wie z.B. der Einsatz von Landminen, Kriegsökonomien oder zerfallende bzw. zerfallene Staaten fokussiert wird. Jedoch bleibt auch in dieser Perspektive der internationalen Ebene das Individuum zentral (Werthers 2005).

Der Ursprung der Human Security Debatte liegt in dem 1994 veröffentlichte Bericht des UN Development Programm in dem eine Aufsplitterung in folgende sieben Sicherheitsbereiche definiert wurde: *ökonomische* Sicherheit, *Ernährungssicherheit*, *gesundheitliche* Sicherheit, *Umweltsicherheit*, *physische* Sicherheit, *lokale/kommunale* Sicherheit und *politische* Sicherheit

³ Nähere Definitionen der einzelnen Sektoren folgen zum Beginn jedes Kapitels

(UNDP 1994:24). Dabei sind jene sieben Handlungsfelder des Human Security Konzepts teilweise gleich mit den Sektoren der Copenhagen School benannt, meinen jedoch etwas anderes. Dies betrifft die ökonomische, politische und Umweltsicherheit. Andere sind wiederum verwandt wie die militärische und die physische/persönliche Sicherheit oder die gesellschaftliche mit der kommunalen Sicherheit. Gesundheits- und Nahrungssicherheit sind hingegen Unterteilungen des Umweltsektors der Copenhagen School (Zwitter 2010:5).

Dieser Ansatz der Human Security und seine sieben Handlungsfelder bilden den Ausgangspunkt des Konzepts der *Prismatic Security*.

4.3.1. Konzept Prismatic Security

Das ursprüngliche Konzept des *prismatic model* wurde Ende der 50er Jahre von Fred W. Riggs entwickelt. Dieser untersuchte die Konditionen von Entwicklungsländern und forschte diesbezüglich in Thailand und Philippinen. Dabei zog er die Metapher eines Prismas heran. Die Strukturen der traditionellen Gesellschaft repräsentiert das weiße Sonnenlicht, das auf das Prisma fällt. Dieses spaltet den Sonnenstrahl in mehrere farbige Strahlen auf, welche für die verschiedenen Strukturen einer modernen Gesellschaft stehen. Riggs meinte die Entwicklungsländer befänden sich innerhalb des Prismas, also in der Transition von traditioneller zu moderner Gesellschaft, was er als *prismatic societies* beschrieb (Haque 2010:770). In dieser Situation bestehen die vorherige Struktur und die modernisierte nebeneinander, weshalb es zu einem ungleichen sozialen Wandel kommt (Rodman 1968:23). Dies ist charakterisiert durch

“formalism (theory-practice gap), heterogeneity (co-existence of the traditional and the modern), and functional overlaps (similar functions are performed by different institutions)” (Riggs 1964).

Fred Riggs verfolgte das Ziel ein holistisches Ebenbild der Weltgeschehnisse und der internationalen Angelegenheiten bzw. eine „macro society“ nachzuzeichnen (Riggs 1961:181).

Das Konzept der Prismatic Security von Zwitter und de Wilde bietet im Unterschied zu dem ursprünglichen Modell eine Möglichkeit zur direkten und lokalen Anwendung der Copenhagen School. Dieses Herunterbrechen der Theorieschule von internationalem auf lokales Niveau eröffnet neue Analysefelder mit denen die Problematiken, mit welchen die Individuen direkt

konfrontiert werden, behandelt werden können. Dabei unterscheidet sich das Konzept wesentlich von der Theorieschule, in dem der Ausgangspunkt von der bottom-up Perspektive startet und die lokale, humane Sicherheit der Individuen untersucht wird. Die *Copenhagen School* betrachtet hingegen die internationale Sicherheit aus Sicht der top-down Perspektive. Hierbei sind die wesentlichen Referenzobjekte der Staat, die Nation die Wirtschaftsordnung und die Umwelt. Das Konzept der *Prismatic Security* betrachtet hingegen keine Objekte, sondern Gruppen, die bedingt durch ihre Wissensbasis und ihrem kulturellen Hintergrund die Interpretation formieren (Zwitter 2010:4f,7).

In diesem Konzept gilt wie in der *Social Complex Theory* auch, dass sich die unterschiedlichen Sicherheitsbereiche interdependent zu einander verhalten. Jeder Sektor bildet eine wertedefinierte Linse, welche die für sie logische Optik übermittelt. Aus diesem Grund sieht die selbe Problematik durch unterschiedliche Linsen anders aus (Zwitter 2010:3).

Die *Prismatic Security* ist in Anlehnung an ein Prisma in sieben Linsen aufgesplittert, wobei nur auf Grund von Vollständigkeit der Anzahl und Beschaffenheit der Farben tatsächlich weißes Licht erzeugt werden kann. Dabei steht die Vollständigkeit der Anzahl und Beschaffenheit der Farben als Synonym für das Ausmaß analytischer und empirischer Forschung. Das weiße Licht wird als der optimale Zustand interpretiert, in der keine *Securitization* stattfindet, da keine Bedrohung existiert (Zwitter:5f). In der Realität treten jedoch Bedrohungen auf, den die Autoren latente, manifeste und akute Charaktere zuordnen. Ich werde den *Prismatic Security*-Ansatz dahingehend adjustieren, dass ich diese vier angeführten Niveaus von *Securitization* verwerfe, da ich nicht mit vordefinierten Maßstäben arbeiten möchte, die meist die Realität nur abstrakt unterteilen, nicht jedoch adäquat wiedergeben können. D.h. ich möchte mich nicht auf unrealistische Definitionen von nominellen Werten einlassen, was unter "latente, ständige oder akute Bedrohung" zu verstehen wäre. Diese wären wieder nur eine westliche Definition, nicht aber eine individuell kulturell verwurzelte die auf den lokalen Werten basiert, wie es die Autoren jedoch postulieren.

Zwitter und de Wilde formulieren außerdem in ihrem Analysekonzept zwei unterschiedliche Muster der *Securitization*, nämlich jenes der *abstraction & prognosis* in welchem einschlägige, jedoch auch einmalige Geschehnisse maßgebend sind; und jenes der *comparsion & prognosis*, dass einen Anstieg von vielen Geschehnissen beobachtet, welche die *Securitization* jedoch nicht

maßgeblich beeinflussen (Zwitter 2010:17).

4.3.2. Konzeptualisierung der erweiterten Copenhagen School für die Weiterarbeit

Meine Definition von Sicherheit geht über jener Wævers hinaus, der sie als Stabilisierung konfliktreicher oder bedrohender Verhältnisse beschreibt (Buzan 1998:4).

Mein Verständnis von Sicherheit ist nicht unbedingt ein defensives oder reaktionäres, das sich mit bereits ausgebrochenen Konflikten und Bedrohungen auseinandersetzt, sondern ein nachhaltiges, offensives und präventives. Es agiert, bevor noch eine Bedrohung definiert wird. Damit ist eine sicherheitsspendende Struktur gemeint, die Stabilität gewährt, unabhängig von der Fluktuation externer Instabilitäten. Diese Struktur ist das Ergebnis der Wechselwirkung zwischen der globalen Ebene und den Individuen. Dabei findet ein top-down Prozess beginnend bei dem internationalen System über internationale Subsysteme, Units, Subunits zu den Individuen statt, sowie ein bottom-up Prozess der anfangs von Individuen artikuliert wird und sich viceversa bewegend über die Zivilgesellschaft und NGOs organisiert. Die Resultate jener Wechselwirkungen können auf Grund der Evolution der Nationen und der Änderung ihrer Werte immer weiter ausgesponnen werden.

Ich möchte die beiden Strömungen der *Copenhagen School* und des *Human Security* Ansatzes angeregt durch das Konzept der *Prismatic Security* und die tatsächlich stattfindenden Wechselwirkung der top-down Prozesse der internationalen Perspektive und bottom-up Rückkoppelungen der Individuen auf lokaler Ebene, nun zusammenführen.

Zusätzlich zu den Sicherheitsbereichen, die das Konzept der *Prismatic Security* aufwirft möchte ich außerdem weitere Sektoren ausgliedern, da dadurch eine Konkretisierung des Sektors und seiner Linse, also seiner Optik und Logik untersucht werden kann. Darüber hinaus verkleinert sich dabei das Problemfeld und Ansatzmöglichkeit für Lösungen können leichter gefunden werden. Außerdem sollen die Entstehung von Problematiken in den jeweiligen Sektoren sowie die Auslösungsrichtung der Interdependenzen zwischen den Sicherheitsbereichen besser ersichtlich gemacht werden. Aus diesem Grund schaffe ich folgende weitere Sicherheitsbereiche: erstens die **Rechtssicherheit**, die eine tatsächliche Gewaltenteilung sowie eine Kontrollinstanz gegenüber der Exekutive, den BürgerInnen und den Unternehmen darstellt

und folglich Rechtskonformität impliziert und somit u.a. als Instrument der Korruptionsbekämpfung eingesetzt werden kann; zweitens die **Informationssicherheit**, die zum einen die Meinungsfreiheit der Medien und Bürger gewährleistet, aber andererseits auch begrenzt, wenn sie als Spionageakte definiert oder wenn systembedrohende Viren kreiert werden, da diese als Gefährdung der Sicherheit eingestuft und Schutzmechanismen erarbeitet sowie Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden; sowie drittens die **Ressourcensicherheit**, die eine funktionelle Sicherheit darstellt, d.h. Sicherheit betrifft hier die Verteilung und ihre Organisationsstruktur der vorhandenen Ressourcen in einer Gesellschaft. Diese wird in Form von Infrastrukturen in diversen essentiellen Gesellschaftsbereichen verankert, welche somit zu Sicherheitsbereichen umdefiniert werden, folglich *Sicuritization* stattfindet.

Es ergibt sich nun folgendes grafisches Konzept, aus dem je nach Prioritätensetzung innerhalb der Dimensionen andere Sicherheits- bzw. Stabilitätsstrukturen in der Ressourcensicherheit resultieren:

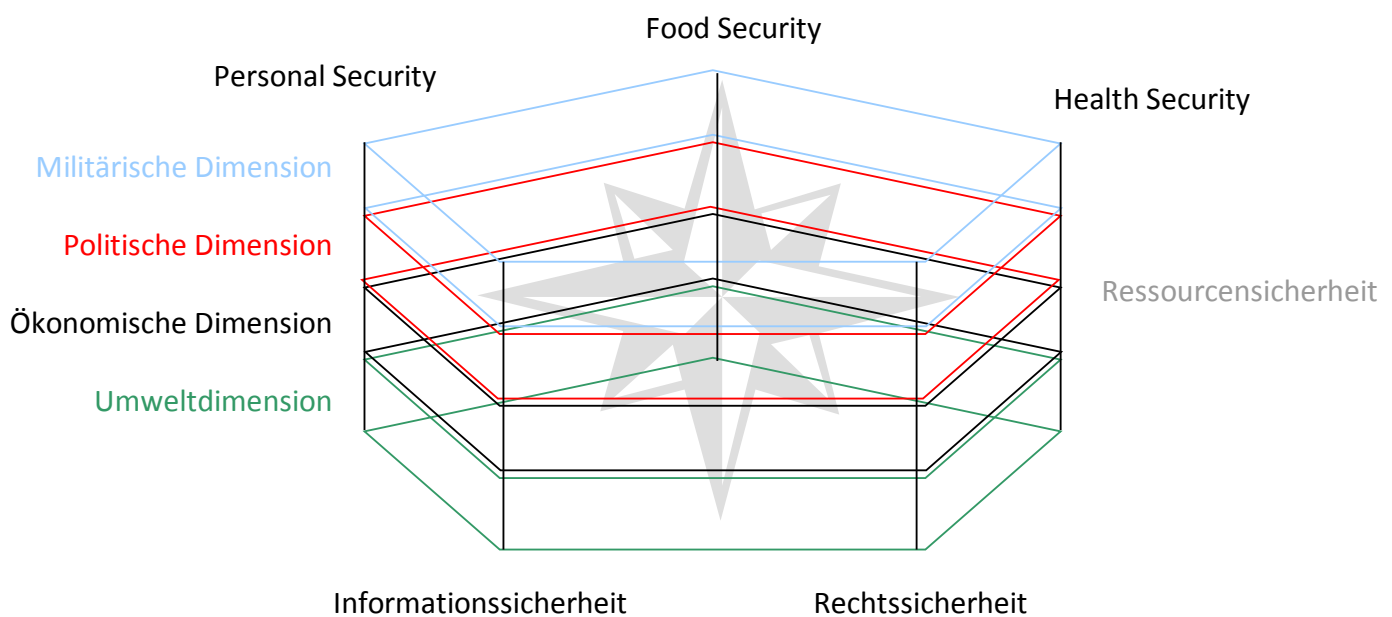


Abb.1: international-lokales 3D Sicherheitsprisma
created by Sigrid Apl 2011

Die Sicherheitsdimensionen sind horizontale Querschnitte der Situation und stellen die internationale Perspektive dar, die von außerhalb des Prismas beobachtet werden können. Dabei wird die Basis von der Umweltdimension gebildet und jede vorhergehende Ebene

determiniert die nachkommende (von unten nach oben), die jedoch wieder Rückkoppelungen entladen kann. Ein Blick von unten hinauf lässt die fünf Sicherheitsbereiche erkennen, die auf lokaler Ebene sofort spürbar sind, wenn beispielsweise physische Gewalt auf eine Person ausgeübt wird (*Personal Security*), keine Nahrungsmittel oder keine ausreichende medizinische Versorgung erhältlich oder leistbar sind (*Food & Health Security*), Handys oder das Internet nicht mehr benutzbar sind (*Informationssicherheit*), oder kein Arbeitsplatz in Aussicht steht, da man trotz ausgezeichneter Ausbildung nicht über die „richtigen“ Kontakte bzw. Formate der Geldkuverte verfügt (*Rechtssicherheit*).

4.4. Resümee

Hinsichtlich Internationaler Politik darf die militärische Perspektive auf keinen Fall vernachlässigt werden. Da die G-20 jedoch offiziell im wirtschaftlichen und finanzpolitischen Raum agieren, reihe ich jenen Bereich an erste Stelle meiner neun Sicherheitsdimensionen und -thematiken. Die Reihenfolge gestaltet sich nun wie folgt: 1. die **ökonomische Dimension**, 2. die **politische Dimension**, 3. die **militärische Dimension** und 4. die **Umweltdimension**. Diese Sektoren definiere ich aus internationaler Sicht mit der *Copenhagen School*, wobei ich sie nicht als Sektoren bezeichne sondern als Dimensionen, um zu betonen, dass es sich dabei lediglich um einen Blickwinkel auf das ganze Geschehen, nicht aber um einen abgegrenzten Bereich handelt, wie es der Begriff „Sektor“ jedoch vermuten lässt. Die **Militärdimension** erläutere ich zusätzlich entlang des Aspekts der **Personal Security** aus dem Human Security-Ansatz, um die bottom-up Perspektive einzufangen. Mit Hilfe des Konzepts der *Prismatic Security* von Zwitter und de Wilde (2010) betrachte ich thematische Felder auf der Policy-Ebene, nämlich Sicherheitsstrategien zu 5. **Food** – und 6. **Health Security**. Darüber hinaus erweitere ich jenes Konzept um zwei zusätzliche Sektoren auf institutioneller Ebene die jedoch teilweise lediglich einen möglichen Blick in die Zukunft darstellen bzw. in der „sideline“ (Interview Muhammad Takdir 2011) der offiziellen Meetings der G-20 behandelt werden, nämlich 7. die **Rechtssicherheit** und 8. die **Informationssicherheit**. 9. die **Ressourcensicherheit** stellt durch ihren funktionellen Charakter, der auf die Organisation von Infrastrukturen bedacht ist, ein Resümee der vorangegangenen Sicherheitskapitel dar. Dabei werden die letzten beiden Thematiken sowie *Health Security* und die militärische Sicherheitsdimension noch primär auf der innenpolitischen Agenda der jeweiligen

Staaten oder in den G8 behandelt, doch künftig könnten diese Themen – auch als Lesson learned von den zu letzt ausgebrochenen Revolutionswelle in Tunesien, Ägypten, Syrien, Jemen, Algerien, Libyen, Oman etc. – in die (zumindest informelle) Agenda der G-20 integriert werden.

Ich werde meine Analyse jeweils mit einer Definition der Dimension bzw. des Sicherheitsbereichs beginnen sowie die Philosophie, die darin vorherrscht, wiedergeben, sofern es sich dabei um eine Dimension handelt. Danach werde ich den Sachverhalt in den G-20 anhand Primär- und Sekundärliteratur nachzeichnen. Aufschluss über einen eventuellen Ausblick können die bisherigen Maßnahmen und Zielsetzungen der nach wie vor präsenten G-8 geben. Um eventuelle Machtverhältnisse und Kooperationen der top-down Prozesse ersichtlich zu machen werde ich eventuell vorhandene Allianzen unter den G-20 offen legen. Um die bottom-up Perspektive und die lokalen Werte zu rekonstruieren, könnten NGOs recherchiert werden, da diese meist in „Bodennähe“ formiert werden und somit die Prioritäten der breiten, aber oft nicht angehörten, Bevölkerung formulieren und wiedergeben. Diese spiegeln jedoch nicht die Politiken der Leader wieder, welche schließlich Gegenstand meiner Analyse sind. Außerdem würde dies den Umfang meiner Diplomarbeit sprengen.

5. Die ökonomische Sicherheitsdimension

5.1. Definition

Seit dem Triumph des Westens über das kommunistische Regime etablierte sich die Ideologie ersteren in einer internationalen Wirtschaftsordnung in Form von liberalen Regeln. Diese messen der Wirtschaft die oberste Priorität bei, die von einem freien Markt begünstigt wird. Wirtschaftliche Effizienz folgt im Liberalismus (im Gegensatz zum nationalstaatzentrierten Merkantilismus) der Logik eines Positiv-Summen-Spiels das sich in einem kurz- bis mittelfristigen Horizont bewegt.⁴ Der Staat soll nur intervenieren, wenn der Markt versagt, wie z.B. in sozialen Angelegenheiten. Seine Rolle aus liberalwirtschaftlicher Perspektive ist als Garant für die geltenden Rechte und die militärische Sicherheit vorgesehen. Die ökonomische Sicherheit wird durch Bedrohung der liberalen Basisprinzipien bedroht, nämlich in Form von Monopolen und Protektionismus (Buzan 1998:95f, 99).

Die Referenzobjekte in der ökonomischen Dimension sind System-bezogen, welches von der liberalen internationalen Wirtschaftsordnung geprägt ist. Dieses wird in erster Linie vom globalen Markt und seine ihn konstituierende Handels- und Finanzinstitutionen strukturiert, wie zB die Weltbank, der Internationale Währungsfond, die WTO und ihre Verträge zur internationalen Liberalisierung. Darüber hinaus garantieren Akteure wie Zentralbankgouverneure die internationale ökonomische Stabilität mittels Diskussionen und Koordinierung ihrer Politiken in Foren wie u.a. *the Bank for International Settlements*. Diese Referenzobjekte funktionieren demnach instrumentell mit dem Ziel die omnipräsente Unsicherheit des Marktes zu reduzieren (ebd.: 102, 106, 109, 115).

Die wesentlichen Inhalte der ökonomischen Sicherheitsdimension sind Handelsbeziehungen, Produktionsverhältnisse (die u.a. von Investitionen abhängen), das Finanz- und Währungssystem inklusive der Börse und Aktienmärkte (Buzan 1998:96) sowie die technologische Entwicklung welche als ewige Triebkraft des positiven Wirtschaftens einer entwickelten Nation betrachtet wird (Blanchard 2009:251). Diese Aktivitäten haben starken Einfluss auf die anderen Dimensionen und die humanen Sicherheitsbereiche auf lokaler Ebene. Die zunehmende Konkurrenz zwischen

⁴ Blanchard als Vertreter der Makroökonomie bemisst die Langfristigkeit bei einem Jahrhundert und mehr (2009:54), also über ein Menschenleben und seinen Handlungs- (Denk-)radius hinaus

Nationalökonomien, transnationalen Konzernen, Börsianern und Spekulanten und ihre Interdependenz haben auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Industrie. Negative Konsequenzen wie steigende Arbeitslosigkeit, ausbleibende Investitionen, globale sowie lokale Ungleichheiten, illegaler Handel mit Drogen oder Waffen und die Zerstörung des Ökosystems stellen dabei Bedrohungen dar, die nicht allein die ökonomische Sicherheitsdimension betreffen (Buzan 1998:96f). Das Wirtschafts- und Finanzsystems verliert an Stabilität und klar strukturierter Durchsetzungskraft wenn die von den Handels- und Finanzinstitutionen erarbeiteten Standards, Normen und Prinzipien nicht akzeptiert oder nicht eingehalten werden, wenn Investitionen reduziert werden, bei zu hoher Verschuldung oder einer instabilen Währungen. Die mit Abstand größte Bedrohung ist jedoch der Zusammenbruch des Systems per sé oder an ihm rüttelnde Krisen, die einen Dominoeffekt auf die involvierten Ökonomien auslösen können (Buzan 1998: 105, 116) – wie dies durch die Finanzkrise 2008 schließlich bewiesen wurde.

Die Vorprogrammierung eben jener war durch die in sich inkohärente Logik des Liberalismus abzusehen in dem „ausreichend Freiheit vorhanden ist, in der das Vorantreiben der eigenen Interessen bis zur Überstrapazierung des Systems möglich ist und zu einem Zusammenbruch des selben führt“ (Buzan 1998:108). Dies wurde mit der unzulässigen Kreditvergabe in der *subprime-crises* bestätigt, welche schließlich zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 führte. Als Antwort darauf deklarierten sich die G-20 seit 2009 als das „primäre Forum für unsere internationalen Wirtschaftszusammenarbeit“ mit dem Ziel der neuerlichen Stabilitätskonsolidierung (Pittsburgh 2009a:Pkt.19).

In diesem Kapitel werde ich die von den G-20 behandelten finanzpolitischen Themen ab dem Höhepunkt der Krise 2008 und ihre Weiterverfolgung rekonstruieren, die jedoch nur einen Teil der Agenda der G-20 darstellen.

5.2. Ökonomische Sicherheit in den G-20

Mit dem Treffen der G-20 am 15. November 2008 in Washington wurde eine neue Ära der G-20 nun als Leaders Penal eingeleitet (Guebert, Lennox 2010:20). Auf Grund der stattfindenden globalen Finanzkrise war jenes Gipfeltreffen den Finanzmärkten und der globalen Weltwirtschaft gewidmet. Das Mandat der G-20 sollte bei einem späteren Summit in Pittsburgh erweitert

werden, indem sie sich ab September 2009 als das „primäre Forum für unsere internationalen Wirtschaftszusammenarbeit“ definierte (Pittsburgh 2009a: Pkt.19).

Auf dem ersten Summit in Washington wurden die **Ursachen** der weltweiten Finanzkrise definiert und Prinzipien festgelegt, nach welchen die Finanzarchitektur in Zukunft funktionieren sollte. Die Staats- und Regierungschefs sahen den Ursprung der globalen Finanzkrise in dem Streben nach höherem Gewinn ohne adäquate Risikoabschätzung innerhalb abgeschwächter Standards, unvernünftigem und unverantwortlichem Risikomanagement der Banken und der internationalen Finanzinstitutionen sowie in den komplexen, undurchschaubaren Finanzprodukten. Die Zerrüttung des globalen Finanzsystems wurde schließlich durch die hohen transnationalen Verflechtungen und der mangelnden Koordination der Makropolitiken und der notwendigen Strukturreformen ermöglicht (Washington 2008a:1, Seoul 2010:27).

Um das globale Finanzsystem zu stabilisieren, einigten sich die Leader auf folgende Prinzipien nach denen die Finanzmärkte reformiert werden sollten: Stärkung von **Transparenz und Rechenschaftspflicht**, erweiterte solide **Regulierung**, Integrität in die Finanzmärkte⁵, gesteigerte **internationale Kooperation** und die **Reform der internationalen Finanzinstitutionen**. Dies sollte innerhalb der alten Vorzeichen der Globalisierung, nämlich in der freien Marktwirtschaft sowie unter Vermeidung von zu einengenden Regulierungen und Protektionismus durchgeführt werden, um schließlich ökonomisches Wachstum und Wohlstand zu erreichen. Außerdem wurde auf jedem Gipfeltreffen das Ziel postuliert, die *Doha Development Round* erfolgreich und rasch abzuschließen (Washington 2008a:4f). Das Prinzip der freien, liberalen Marktwirtschaft wurde ebenso auf jedem Summit wiederholt. 2010 wurde das Abstandnehmen von der Errichtung neuer Handelsbarrieren und Exportrestriktionen sowie die Reduzierung der wegen der Krise aufgebauten Schutzmechanismen der nationalen Ökonomien bis Ende 2013 festgelegt. Dabei werden WTO, OECD und UNCTAD beauftragt die Situation entsprechend ihrer Mandate zu überwachen (Toronto 2010a:7).

Am Anfang der Summit-Epoche wurden in Washington vorsichtig formulierte Implementierungsmaßnahmen betreffend den unmittelbaren und den mittelfristigen Zeitraum definiert, die entlang der zuvor geeinigten Prinzipien strukturiert waren. Diese wurden bei jedem

5 siehe Kapitel *Die Rechtssicherheit*

Gipfeltreffen schrittweise erweitert, ausgefeilt und konkretisiert. So wurden u.a. 2009 in Pittsburgh das *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* ins Leben gerufen, 2010 in Toronto die zum Großteil bereits beschlossenen Schritte zur *Reform des Finanzsektors* in vier Säulen reorganisiert und in Seoul ein detaillierter *Handlungsplan* seitens jedes Mitgliedstaates hinsichtlich Finanzpolitik, Geld- und Wechselkurspolitik, Steuerpolitik, Strukturreformen und Entwicklungspolitik formuliert.

In der Entwicklung der G-20-Summits ist generell eine Delegation verschiedener Maßnahmen unter dem Zeichen der internationalen Koordination zu beobachten. Dabei beauftragen sie zu jedem Themenfeld abgestimmt internationale Organisationen wie IMF, Welt Bank, Multilaterale Entwicklungsbanken, WTO, UN, FAO, etc. zur Zusammenarbeit und Koordinierung ihrer Informationsbeschaffung, Berichterstellung, Standarderarbeitung oder Recherche der *Best Practices* und *Lessons-Learned* Resultate für Folgetreffen der G-20.

Auf dem Gipfeltreffen in Toronto im Juni 2010 wurde die Reform des Finanzsektors basierend auf größtenteils schon vereinbarten Prinzipien und Zustimmungen in vier stützende Säulen neu zusammengefasst. Die erste beinhaltet Maßnahmen die einen starken **Regulierungsrahmen** betrifft. Dabei wurden Überlegungen bezüglich harmonisierten Standards des Kapitals, der Liquidität und weiteren internationalen Rahmenbedingungen (wie Basel II) aus vorangegangenen Sitzungen integriert (siehe Punkt 1 und 2). Die zweite Säule ist der effektiven **Aufsicht** gewidmet (siehe Punkt 3). Die dritte Stütze lagert auf einem lösungsorientierten Ansatz, der **Resolutionen**, Instrumente und Mechanismen des Regulierungsregimes betrachtet (siehe Punkt 2 – *Ziele des Regulierungsregimes*). Die vierte Säule basiert auf **transparenten internationalen Bewertungen** und *Peer Reviews* (siehe Punkt 2). Dabei werden Standards bezüglich der Rechenschaftspflicht (siehe Punkt 1), der Verantwortung des Finanzsektors (siehe Punkt 2 – *Aufgaben des Regulierungsregimes*), sowie der Infrastruktur auf den Finanzmärkten (siehe Punkt 5) behandelt (Toronto 2009b).

5.2.1. Transparenz und Rechenschaftspflicht

Um die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, wurde in Washington 2008 unmittelbar die Bewertung von komplexen und illiquiden Produkten durch die globalen Standardsetter in Auftrag gegeben. Diese sollten außerdem Standards für bilanzunwirksame Hilfsmittel bekannt

geben sowie komplexe Finanzinstrumente offen legen. Darüber hinaus müsse die Zusammensetzung der Governance von internationalen Standarderarbeitungsbehörden überdacht werden. Diese sollten bereits existierende Best Practices aus dem Privatsektor auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen, um darauf basierend eine Zusammensetzung von den effektivsten Praktiken als Leitfaden zu kreieren. Mittelfristig soll schließlich durch Kooperation der Standardsetter untereinander und mit dem Privatsektor ein einziger, globaler *high-quality standard* erarbeitet werden. Zwecks Risikoentlarvung sollen die Kontrollinstitutionen eine präzise, komplette und aktuelle Einschätzung der Unternehmensaktivitäten vornehmen (Washington 2008b:1). Die Implementierung dieser Maßnahmen soll vom *Internationalen Währungsfond (IWF)* und dem *Financial Stability Board (FSB)* in Kooperation mit dem *Financial Action Taskforce* und anderen relevanten Behörden beaufsichtigt werden (London 2009a: Pkt.16).

Das *Financial Stability Forum (FSF)* erarbeitete Prinzipien bezüglich Zahlung und Abgeltung, die in die Langzeit-Zielsetzung und in das Risikomanagement von Unternehmen integriert und vom *Basel Committee on Bank Supervision (BCBS)* in die Richtlinien des Risikomanagements aufgenommen werden sollte (London 2009b:4). Die Reform der Kompensationspraktiken umfassen unter anderem: das Vermeiden von garantierten Boni über Jahre hinweg; die Garantie, dass Ausgleichszahlungen für Vorstände angemessen der Leistung und des eingegangenen Risikos ist; die Begrenzung der variablen Vergütungen mittels einem prozentualen Betrag des Gesamtertrags; die Transparenz der Kompensationspolitiken und -strukturen durch Voraussetzungen der Offenlegung; und die Unabhängigkeit des Komitees von den zu beurteilenden Kompensationspraktiken (Pittsburgh 2009b:Pkt.13).

Im April 2009 vereinbarten die G-20 in London dass, sobald die Erholung des Finanzsystems gesichert ist, die Qualität, Quantität und internationale Konsistenz des *Bankkapitals* verbessert werden soll. Dies soll durch eine Harmonisierung der Definition von Kapital eingeleitet werden. Das *BCBS* soll Empfehlungen bezüglich eines Mindestkapitalsatzes und Rahmenbedingung für die Förderung von Liquiditätspolstern erarbeiten. Zudem sollen bis 2011 alle bedeutenden Zentren den *Basel II* Kapitalrahmen adaptieren, welchen die G-20 Länder bis Ende 2012 auf nationaler Ebene implementieren. Schließlich soll unterstützend zu jenen Basel II Rahmenbedingungen ein internationales *Leverage*⁶-Ratio harmonisiert werden (London 2009b:2, Toronto 2010a:16). Diese

6 *Leverage* = das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital bzw. von Obligationen zu Stammkapital

Forderungen wurden seitens des BCBS bis zum Gipfeltreffen in Seoul Ende 2010 erfüllt. Somit sehen die G-20 das Risiko zu künftigen Krisen gelindert bzw. die Rettung der Banken ohne außerordentliche Hilfestellung des Staates oder auf Kosten der Steuerzahler ermöglicht. In Seoul beschlossen die G-20, dass dieser Regulierungsrahmen seitens der Mitgliedstaaten bis 1.1.2019 (nicht bis Ende 2012 wie ursprünglich festgelegt) vollständig in ihren nationalen Rechtskatalog implementiert werden soll (Seoul 2010b:7).

Anfang 2009 wurde außerdem beschlossen, dass die Bewertung für Finanzinstrumente, hinsichtlich ihres Liquiditätsausmaßes und dem Horizont in dem Kapitalanleger ihre Besitzanteile halten, von den Standardsetzern verbessert werden sollte. Dies hat zum Ziel, die Komplexität der existierenden Standards für Finanzinstitutionen zu reduzieren, die Richtlinien für die Bereitstellung, für bilanzunwirksame Verlustrisiken und Bewertungsunsicherheiten zu verbessern, Klarheit und Konsistenz zu bringen, eine breite Basis an Kreditinformationen und rechtzeitige Erkennung für notwendige Vorkehrungen bei einem vorherrschenden Kreditausfallsrisiko zu schaffen und schließlich Stakeholder, wie z.B. die aufstrebenden Märkte, besser zu inkludieren (London 2009b:5f).

Die strengeren Kapitalstandards des *International Accounting Standards Board (IASB)* sollen den Regierungen wirkungsvollere Instrumente bieten, um Unternehmen in Bezug auf das von ihnen eingegangene Risiko zur Rechenschaft ziehen zu können. Der unabhängige Erarbeitungsprozess eines einzigen, hochqualitativen Katalogs von globalen Standards soll bis Juni 2011 abgeschlossen sein und einen internationalen Vergleich ermöglichen. In Seoul wurde diese Frist auf Ende 2011 verschoben und das IASB dazu aufgefordert, aufstrebende Wirtschaften in den Erarbeitungsprozess einzubinden. Zusätzlich zu bereits vereinbarten Bedingungen fordern die G-20 in Pittsburgh strengere Liquiditätsrisikoanforderungen sowie einen höheren Kapitalbedarf für risikoreiche Produkte und bilanzunwirksame Aktivitäten – die ein Element des Basel II Kapitalrahmens darstellen (Pittsburgh 2009b:Pkt.13f, Seoul 2010b:9). Ende 2010 einigten sich die G-20 auf einen neuen umsichtigen Rahmen für Banken in Form von *Basel III*. Dieser bietet verschiedene Instrumente hinsichtlich Bankenbeaufsichtigung, Resolutionen, höheren Kapitalanforderungen, sowie eine Systemrisikosteuer, welche von einigen europäischen Ländern adaptiert wird (France 2011c).

5.2.2. Regulierungsregime

Unmittelbar nach dem ersten Summit in Washington 2008 planen die G-20 ein Regulierungsregime zu installieren, das eine erweiterte und solide Regulierung gewährleisten kann. Dieses sollte, basierend auf Empfehlungen des IMFs, des ausgeweiteten *Financial Stability Forums*⁷ und anderen Kontrollbehörden, pro-zyklischen Maßnahmen eindämmen. Diese Institutionen sollten zudem einschätzen in welchem Ausmaß Bankkapital, Leverage, Bewertungen und Praktiken zur Rückstellungsverbuchung den ökonomischen Zyklus verstärken. Mittelfristig wird die Garantie von kompatiblen und modernen Finanzregulierungen auf nationaler und regionaler Ebene angestrebt, die in dem Bericht des *Financial Sector Assessment Programme (FSAP)* ausgearbeitet wird und für Transparenz der nationalen Kontrollsysteme sorgen soll (Washington 2008b:2).

Die **Aufgabe** der Kontroll- und Aufsichtsbehörden liegt laut G-20 darin Konsumenten, Anleger, Investoren und Steuerzahler zu schützen; die Marktdisziplin zu fördern; negative Auswirkungen auf andere Länder sowie das Ausmaß an kontrollierten Arbitragen⁸ zu reduzieren; Wettbewerb und Dynamik zu fördern sowie mit den Innovationen des Marktes Schritt zu halten (London 2009a: Pkt.14, Toronto 2010a:18). Das Regulierungsregime muss dafür sorgen, dass *Ressourcenpolster* in wirtschaftlich erfolgreichen Phasen angehäuft werden, die dann im Falle einer Krise eingesetzt werden können (London 2009:Pkt.15) und somit den Kreditfluss weiter aufrecht erhalten (Toronto 2010a:18). Wirtschaften, die bereits über jenen Liquiditätspuffer verfügen, sollten diesen als Kreditvergabeinstrument einsetzen können (London 2009b:2).

Das **Ziel** eines erfolgreichen Regulierungsregimes ist es schließlich makroökonomische Risiken zu identifizieren und bewältigen zu können, um das Systemrisiko zu mindern. Dies gilt für den Bereich von Schattenbanken⁹, Kontrollbanken, ebenso wie für private Kapitalanhäufungen. Diesbezüglich wurden FSB, BIS und internationale Standardsetzer beauftragt makropolitisch umsichtige Instrumente zu entwickeln (London 2009b:3). In Toronto wurden unter der Präsentation der Finanzsektorreform Möglichkeiten von Instrumenten und Mechanismen für eine Erhöhung der Marktdisziplin vorgestellt. Konkret beinhalten diese: den möglichen Einsatz von

7 siehe dazu später Punkt 5 *Reform der internationalen Finanzinstitutionen*

8 Arbitrage= die Ausnutzung von Kursdifferenzen

9 z.B. Finanzinstitutionen die keine Banken darstellen und nicht dementsprechend kontrolliert werden

bedingtem Kapital, *ball-in options*, Zuschläge, Abgaben, strukturelle Begrenzungen und Methoden zur Eingrenzung unsicherer Kreditnehmer. Bei der Auswahl der Instrumente müssen die individuellen Umstände und Möglichkeiten der Länder berücksichtigt werden. Durch diese Maßnahmen zur Verantwortungsübernahme seitens des Finanzsektors resultieren gleiche Ausgangsbedingungen, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen würden (Toronto 2010a:18f).

Frankreich setzt nun in seinem Vorsitzjahr 2011 unter anderem die Priorität, einen strengeren Finanzkontrollmechanismen zu installieren, durch welchen auch „Schattenbanksysteme“ überprüft werden können. Das Problem sieht Frankreich erstens in mangelhafter Beaufsichtigung von Ratingagenturen, Hedge Fonds, speziellen Finanzprodukten wie *over-the-country (OTC) Derivate*¹⁰; zweitens in einer unkompletten Regulierung, da am Ausgangspunkt der Finanzkrise 2007-2008 der Basel II Kontrollrahmen noch nicht vollständig umgesetzt war; sowie drittens ungleicher Regeln der verschiedenen Nationen, die u.a. seitens nicht-kooperativen Staaten bzw. Steuerparadiese durch Informationsverweigerung in Sachen Steuerhinterziehung und Geldwäsche hervorgerufen werden. Aus diesen Gründen verfolgt Frankreich das Ziel, dass die beschlossenen Regulierungsrahmen und Regeln tatsächlich von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Außerdem sollen präventive Maßnahmen getroffen werden, wie die Regelung von Rohstoffmärkten; die Absicherung, dass Risiken nicht über Finanzinstitutionen weitertransportiert werden; technischen Innovationen eindämmen die zu Marktverzerrung oder Marktmissbrauch führen; sowie den Konsumentenschutz in Finanzdienstleistungen verbessern (France 2011c). Die Verbesserung der Marktintegrität und -effizienz soll auf Empfehlungen basieren, welche die IOSCO hinsichtlich neuester technologischer Entwicklungen bis Juni 2011 an das FSB berichten soll (Seoul 2010:10).

5.2.3. Aufsicht und Kontrolle

Zusätzlich soll dieses Regime von umsichtiger Aufsicht unterstützt werden. Diese betrifft die *Kredit-Ratingagenturen*, welche die Einhaltung der höchsten Standards garantieren müssen, Interessenskonflikte vermeiden und größeren Einblick für Investoren und Betroffene gewähren müssen. Außerdem verlangen die G-20 in Washington 2008 ein differenziertes Rating von komplexen Produkten. Schließlich sei die Rolle der Kredit-Ratingagenturen objektive

¹⁰ siehe dazu Punkt 3 *Aufsicht und Kontrolle*

Informationen und Einschätzungen für den Markt zu liefern. Die internationalen Sicherheitsregulierungsbehörden sollen die Adaption der Standards so wie ihre rechtmäßige Konformität überwachen. Darüber hinaus sollen sie strengere Anfragen für Kredite und Sicherheitsaktivitäten der Banken erstellen und Maßnahmen zur Reduzierung des Systemrisikos entwickeln. Diese betreffen z.B. *Credit Default Swaps (CDS)*, die über den Handel an der Börse oder via elektronischer Handelsplattformen vertraglich festgehalten werden sollen, sowie *over-the-country (OTC)* Derivattransaktionen, welche transparenter und sicherer gestaltet werden sollen. Mittelfristig sollen Ratingagenturen registriert werden. Leitende Verwaltungsbehörden und Zentralbanken sollen internationale Lösungsansätze bezüglich Liquiditätsoperationen seitens der Zentralbank für und Liquiditätsüberwachung von transnationalen Banken erarbeiten. (Washington 2008b:2f).

In London weiteten die G-20 die Objekte der Überwachung und der Regulierung auf alle systemrelevanten Finanzinstitutionen, -instrumente und -märkte aus und nennen dabei explizit *Hedge Funds*. Diese müssen über ein geeignetes Risikomanagement verfügen, dürfen den von den Aufsichtsbehörden festgelegten Umfang nicht überschreiten und werden von eben jenen hinsichtlich ihrer Leveragesumme beobachtet. Im Zuge der Mandatsausweitung des ab 2009 *Financial Stability Boards* (davor Financial Stability Forum) wird diese neue Institution damit beauftragt Mechanismen zur internationalen Kooperation zu entwickeln und den Informationsaustausch über systemrisikorelevante Institutionen zu fördern (London 2009a:3f).

Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen in Washington 2008 sollte die Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden in Form von **Aufsichtskollegien** für die größten transnationalen Finanzinstitutionen erfolgen. Diese sollten sich regelmäßig mit den größten globalen Banken versammeln um Unternehmensaktivitäten zu diskutieren und Risiken abzuschätzen. Die Kommunikation und Kooperation zwischen Regulierungsbehörden sollte ebenfalls ausgebaut werden, welche mittelfristig Informationen bezüglich Standards für Rechenschaftspflichten, Prüfungswesen und Depotversicherungen zusammentragen sowie schließlich vorläufige Maßnahmen zur Restabilisierung des Systems koordinieren sollen (Washington 2008b:4f). In London 2009 werden schließlich jene in Washington vereinbarten Aufsichtskollegien für systemrelevante transnationale Banken gegründet und eine Resolution diesbezüglich in

Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank und BCBS erarbeitet. Weitere Beaufsichtigungsobjekte der Behörden sollen Kreditderivatmärkte sein. Dabei sollen Vertreter aus der Industrie Standards entwickeln (London 2009b:3). Zusätzlich zu den Aufsichtkollegien wurden in Toronto Krisenmanagementgruppen für die laut FSB-Determination größten und komplexesten Finanzinstitutionen vorgestellt (Toronto 2010a:18).

Die zu beaufsichtigenden Objekte wurden in Seoul Ende 2010 abermals erweitert, nämlich um Finanzinstitutionen, denen laut FSB eine globale Systemrelevanz zukommt (*G-SIFIs*). Die Krisenmanagementgruppen sollen institutionsspezifische Krisenkooperationsübereinkommen diskutieren, das FSB hingegen die Effizienz und Konsistenz der nationalen Maßnahmen in Form von Peer Reviews überprüfen (Seoul 2010b:7f). Bis zum nächsten Gipfeltreffen im November 2011 werden das FSB und nationale Behörden basierend auf indikativen Kriterien definieren, welche internationale Finanzinstitutionen als *G-SIFIs*, also als globalsystemrelevant gelten. Außerdem wird ein umfassendes Gerüst mit mehreren Anknüpfungspunkten erarbeitet, welches Maßnahmen wie eine intensivere Beaufsichtigung, effektive Resolutionskapazitäten – auch im transnationalen Kontext, sowie bedingtes Kapital und *ball-in* Instrumente umfasst. Zusätzlich werden Bedingungen je nach nationalen Umständen definiert. Diese können systemische Abgaben, Strukturmaßnahmen oder Restriktionen bezüglich des Verlustrisikos betreffen. Sobald die Rahmenprinzipien für *G-SIFIs* vereinbart wurden, werden flächendeckende Bedingungen für system-wichtige Internationale Finanzinstitutionen (*SIFIs*) formuliert (France 2011i:3).

Das Regulierungs- und Beaufsichtigungsregime soll konsistent mit den *IOSCO Code of Conduct Fundamentals* sein. Die *International Organization of Securities Commission (IOSCO)* wird dabei koordinieren und den Austausch von Informationen erleichtern. Die nationalen Behörden sollen dabei für Transparenz und Qualität sorgen sowie Interessenskonflikte managen. Das FSB wird die nationale und regionale Implementierung überprüfen (Toronto 2010a:19). In London werden die Kredit-Ratingagenturen aufgefordert ein differenziertes Rating hinsichtlich struktureller Produkten vorzunehmen und die kompletten *Rating Track Records* sowie ihre Informationen und Vermutungen, die den Ratingprozess untermauern, offen zu legen (London 2009b:6). In Toronto begrüßten die G-20 die von der IOSCO erarbeiteten Prinzipien zur Überwachung von Hedgefonds (Toronto 2010a:19).

2010 wurde auf dem Summit in Pittsburgh schließlich festgehalten, dass standardisierte *OTC* Derivatverträge an der Börse oder auf elektronischen Handelsplattformen gehandelt werden sollten und bis spätestens Ende 2012 über *Central Counterparties (CCPs)* bzw. *Clearinghouses* klar und zentral strukturiert werden. Diese sollen den *Trade Repositories (TRs)* über die gehandelten *OTC*-Derivatverträge berichten. Nicht zentral abgeklärte Verträge sollten höheren Kapitalanforderungen unterliegen. Das FSB soll die Implementierung regelmäßig begutachten und eventuelle Verbesserungsvorschläge hinsichtlich Transparenz in Derivatmärkten, Reduzierung des Systemrisikos und Schutz gegen Marktmissbrauch einbringen. Neben der Beaufsichtigung von *OTC* Derivaten, Kreditratingagenturen und Hedge Fonds wurde auch die Verbesserung der Funktionsweise und Transparenz der **Rohstoffmärkte**, insbesondere bezüglich Preisschwankungen, diskutiert (Pittsburgh 2009b:Pkt.12f). Schließlich soll das Vertrauen in externe Ratings reduziert werden (Toronto 2010a:19). Dies wurde auf dem Gipfeltreffen in Seoul abermals ausdrucksstark wiederholt: „Standard setters, market participants, supervisors and central banks should not rely mechanistically on external credit ratings“ (Seoul 2010b:8).

In Toronto wird den Kernprinzipien des Baseler Komitees betreffend der effektiven Bankenaufsicht beigepflichtet sowie der Implementierung der zehn Schwerpunktempfehlungen bezüglich der Resolution für transnationale Banken bis März 2010 angekündigt. Die Umsetzung auf nationaler Ebene sowie grenzübergreifende Kooperation und Koordinierung der Resolutionen bedarf nationaler Gesetze und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Rechtsinstitutionen¹¹ (Toronto 2010a:4, 17). Um diese zu unterstützen erarbeitete das BCBS Empfehlungen für Börsetätigkeiten als Orientierungshilfe (Seoul 2010b:8).

5.2.4. Risikomanagement

Um das betriebsinterne Risikomanagement effektiv und tatsächlich risikoadäquat zu gestalten, fordern die G-20 alle Banken und Finanzunternehmen auf ihr Risikomanagement zu verschärfen, ihre internen Kontrollen zu stärken und strengere Risikomanagementpraktiken anzuwenden. Dafür sollen die Regulierungsbehörden Implementierungsmaßnahmen bieten, die u.a. Abhilfe in Sachen Management des Liquiditätsrisikos schaffen sollen wie z.B durch Liquiditätspolster. Außerdem sollen diese zeitlich gerechte und umfassende Risikokonzentrationen sowie gegensätzliche

¹¹ Mehr zu diesem Thema unter Kapitel *Die Rechtssicherheit*

Risikopositionen bezüglich Produkten und geografischer Lage offen legen. Mittelfristig sollen internationale Standardsetzungsbehörden gewährleisten können, dass Regulierungsbehörden auf die Entwicklung und Innovationen des Marktes schnell reagieren können. Dabei sollen die Amtsinhabenden substantielle Veränderungen der Preise und ihre Auswirkungen auf die Makroökonomie und das Finanzsystem beobachten (Washington 2008b:3).

In London billigten die G-20 die Implementation der neuen Prinzipien des FSF bezüglich Zahlungen und Rückerstattungen und appellieren an die *corporate social responsibility*, die soziale Verantwortlichkeit aller Unternehmen (London 2009a:Pkt.15). Außerdem solle Risikokapital mit transparenten und international vergleichbaren Messinstrumenten des nicht-Risikos – unter Einbezug des bilanzunwirksamen Verlustrisikos – dargestellt werden. In London wurde das BCBS Anfang 2009 beauftragt bis 2010 ein Risikomanagement für *Securitizations*, also die Verbriefungen von Krediten, Hypotheken oder Bankrisiken in Wertpapierform, zu entwickeln (London 2009b:2).

In Pittsburgh appellierten die G-20 an Banken einen größeren Anteil ihrer Profite als Kapital einzubehalten, um weitere Kredite vergeben zu können. Die Schirmherren oder Urheber bei Verbriefungen von Krediten in Wertpapierform sollten einen Teil des Risikos mittragen, um sie zu umsichtigerem Handeln zu animieren. Die G-20 postulieren die Notwendigkeit ein proportionales Gleichgewicht zwischen umsichtigen Politiken auf Makro- und Mikroebene herzustellen, um das Risiko effektiv beobachten und kontrollieren zu können (Pittsburgh 2009b:Pkt.12).

Auf dem Gipfeltreffen Ende 2010 in Seoul betonen die G-20, dass die Größe und Komplexität von Unternehmen innerhalb eines Rahmens bleiben muss um das Systemrisiko unter Kontrolle zu halten. Dabei greifen sie auf den Resolutionsrahmen des FSB für system-wichtige Finanzinstitutionen (SIFIs) zurück bzw. für jene, denen hinsichtlich des globalen Systems gewisse Wichtigkeit beigemessen wird (G-SIFIs). Diese sollten über eine höhere Kapazität verfügen um Verluste absorbieren zu können (Seoul 2010b:7).

5.2.5. Reform der Internationalen Finanzinstitute

Als sofortig notwendigen Schritt sehen die G-20 bei ihrem ersten Gipfeltreffen 2008 die Erweiterung der Mitglieder des *Financial Stability Forums (FSF)* um die aufstrebenden Wirtschaften, damit ein tatsächliches und adäquates Abbild der ökonomischen Realität

gewährleistet wird. Der IMF als Überwachungsorgan und das FSF als Standardsetzungsbehörde sollten ihre Kooperation verstärken, um Regulierungs- und Überwachungsmaßnahmen effektiv in die makropolitischen Rahmenbedingungen zu integrieren und ihre Aufgaben zur Frühwarnung besser wahrnehmen zu können. Institutionen wie der IMF, die Gruppe der Weltbank und Multilaterale Entwicklungsbanken müssen notwendigerweise ihre Ressourcen erhöhen. Zudem sollen internationale Finanzinstitutionen ihre Kreditvergabeinstrumente überarbeiten und adaptieren. Mittelfristig sollen die aufstrebenden Wirtschaften mehr Gewicht in der Repräsentation der Bretton Woods Institutionen erhalten. Der IMF solle länderspezifische Beobachtungsberichte mit Fokus auf Finanzsektoren erarbeiten und die Programme der IMF-Weltbank-Kooperation hinsichtlich Einschätzungen des Finanzsektors integrieren. Weiters sollten Industrienationen, IMF und weitere Internationale Organisationen Programme zum Aufbau von Kapazitäten in den aufstrebenden Wirtschaften und den Entwicklungsländern fördern, die entlang internationaler Standards und den neuen Regulierungsmaßstäben erarbeitet wurden (Washington 2008b:5).

In London etablierten die G-20 als Nachfolger des *Financial Stability Forums* das neue *Financial Stability Board (FSB)* mit gestärktem Mandat und institutioneller Basis. Dieses Gremium umfasst nun alle G-20 Mitgliedstaaten, sowie Spanien und die Europäische Kommission. Es soll mit dem IWF kooperieren und Frühwarnungen bezüglich makroökonomischen und finanziellen Risiken sowie Abhilfemaßnahmen hierfür publizieren (London 2009:Pkt.15). Die gesteigerte Kapazität und die Aufgaben des FSB betreffen: die Einschätzung von Schwächen und der Angreifbarkeit des Finanzsystems und seiner Stabilität, das Definieren von Gegenmaßnahmen hierzu; eine gesteigerte Koordination und intensiver Informationsaustausch der verantwortlichen Behörden; die Beobachtung und Beratschlagung bezüglich Marktentwicklungen und ihre Auswirkungen für Regulierungspolitiken; Empfehlungen zu Best Practice und zur Erfüllung der Regulierungsstandards erarbeiten; die Darstellung von einem gemeinsamen strategischen Überblick hinsichtlich Politiken der internationalen Standardsetzungsbehörden; eine Richtliniensetzung für die Aufsichtskollegien und die Bestimmung von systemrelevanten transnationalen Unternehmen. Das FSB soll den G-20 regelmäßige Berichte über den Fortschritt der implementierten internationalen Finanzstandards vorlegen. Seine Partner für die Zusammenarbeit hinsichtlich der Erstellung einer internationalen Resolution für transnationale

Banken sind der IMF, die Weltbank und das *Basel Committee on Banking Supervision (BSBC)* (London 2009b:1f). Im Februar 2011 begrüßten die G-20 Finanzminister und Zentralbankgouverneure die Gründung von regionalen Beratungsgruppen und beauftragten das FSB Vorschläge zwecks Stärkung seiner Governance, Ressourcen und Reichweite zu definieren (France 2011i:3).

Bis zu dem Gipfeltreffen in London überarbeitete der IWF sein Instrument der neuen *Flexible Credit Line (FCL)* und reformierte die Rahmenbedingungen seiner Kreditvergabe und der Konditionalitäten hinsichtlich Dauer und Beseitigung der Obergrenze (London 2010a:5). Länder mit einem starken Fundament und adäquaten Strategien wird eine verfeinerte Form des FCLs geboten, welche die Vorhersagemöglichkeit und die Effizienz steigert. Mit der *Precautionary Credit Line (PCL)* wurde ein neues Instrument zur Prävention geschaffen, das eine Liquiditätsprovision bietet, sofern es sich um Länder mit gewisser wirtschaftlicher Basis handelt, die jedoch einer gewissen Anfälligkeit ausgesetzt sind. Die Anfrage für FCL kann von Ländern angesucht werden, die einem (oft gemeinsamen) Schock ausgesetzt sind. Diese Kreditinstrumente sowie die Zusammenarbeit zwischen *Regional Financing Arrangements (RFAs)* und dem IMF stellen Elemente des globalen Finanzsicherheitsnetzes dar (Seoul 2010b:6).

Um künftig Finanzkrisen bewältigen bzw. verhindern zu können wollen die G-20 die Langzeit-Relevanz der internationalen Finanzinstitutionen (IFI), ihre Effizienz und ihre Legitimität stärken. Diese Modernisierung betrifft die Reform ihrer Mandate, ihr Ziel und ihre Governance. Dafür soll ihre strategische Aufsicht und ihr Entscheidungsfindungsprozess verbessert werden. Konkret stimmten die G-20 einer Reformierung der Stimmenanteile und Quotenregelung im IWF zu. Im Zuge dessen beschlossen sie eine intensivere Miteinbeziehung der Fund's Governors in Sachen Strategie und Rechenschaftspflicht des IMF. Bezüglich der Ernennung der Direktoren und der Vorstandsvorsitzenden fordern die G-20 einen transparenten, öffentlich zugänglichen und leistungsbezogenen Auswahlprozess. Zudem versprachen sie auf dem Gipfeltreffen in London 2009 die Reformen der Weltbank von Oktober 2008 zu implementieren (London 2009a:Pkt.20).

In Pittsburgh wurde schließlich im September 2009 die **IWF-Reform** bezüglich einer Quotenverschiebung um 5% von über- zu unterpräsentierten Ländern vereinbart. Außerdem wurden dem erneuerten und ausgeweiteten *IMF New Arrangements to Borrow* \$500 Milliarden beigepflichtet. Darüber hinaus hat der IMF *Special Drawing Rights (SDR)* die Bereitstellung von

Geldmitteln in der Höhe von \$283 Millionen erlassen. Davon gehen über \$100 Millionen an aufstrebende Wirtschaften und Entwicklungsländer. Der vereinbarte Verkauf von IMF Gold – im Einklang mit dem neuen Einnahmenmodell – plus interne Erlöse und jene aus weiteren Quellen werden die Kreditvergabekapazität des IWF mittelfristig verdoppeln (Pittsburgh 2009b:Pkt.19).

In Seoul wurde das Beaufsichtigungsmandat des IMF erweitert, indem das *Financial Sector Assessment Programme (FSAP)* in den Artikel IV *Consultation for Members with Systematically important Financial Sectors* aufgenommen wurde. Zudem fordern die G-20 den IMF auf, weitere Reformen bezüglich bilateraler und multilateraler Arbeit zur Überwachung von Finanzstabilität, Makroökonomie, struktureller und Wechselkurspolitiken durchzuführen mit Fokus auf systembezogene Thematiken, Synergien zwischen Überwachungsinstrumenten und der Wahrung der Unabhängigkeit der Beaufsichtigungsorgane (Seoul 2010b:5).

Um das tatsächliche ökonomische Gewicht innerhalb der **Weltbank** adäquat und aktualisiert wiederzuspiegeln wird die Stimmenstärke der Entwicklungs- und Transitionsländer, zusätzlich zu der 1,46% Steigerung der ersten Phase, um weitere 3,13% angehoben und resultiert in einer gesamten Stimmgewichtung von 47,19% (Toronto 2010d:Pkt.11). Dabei wird die Weltbank in Zusammenarbeit mit den regionalen Entwicklungsbanken und anderen Internationalen Organisationen beauftragt globale Problematiken wie den Klimawandel oder Food Security zu koordinieren und neue Wege für die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen zu finden, die den Übergang zu einer *grünen Wirtschaft* und Investitionen in saubere Energiequellen ermöglichen (Pittsburgh 2009a:Pkt.21, Pittsburgh 2009b:Pkt.19-24, 27).¹²

Die **Multilateralen Entwicklungsbanken** (MDBs) haben ihre Kreditvergabe erhöht und neue Instrumente zur Erleichterung der Kreditvergabe entwickelt. Sie werden diesbezüglich eine Summe von \$100 Millionen frei machen. Außerdem begrüßen die G-20 die zusätzlich erarbeiteten Maßnahmen, wie den befristeten Zugriff von abrufbaren Kapitalbeiträgen von ausgewählten Gebern. Diese werden von den Finanzministern auf ihren möglichen Einsatz in eventuell auftretenden künftigen Krisen geprüft (Pittsburgh 2009b:Pkt.22). Die G-20 unterstützen Maßnahmen der MDBs zwecks effizienterem Einsatz von Privatkapital in Form von Kreditgarantien, Anleihenversicherungen und Zwischenfinanzierungen. Außerdem soll der neue

¹² Näheres zu den Beschlüssen der G-20 bezüglich Klimawandel folgt unter Kapitel *Die Umweltdimension*, zu *Food Security* unter dem gleichnamigen Kapitel

IFC Global Trade Liquidity Pool über \$50 Millionen liquide Geldmittel für den Handel über die nächsten drei Jahre [bis 2012] bereitstellen. Dabei soll eine Kofinanzierung durch den Privatsektor von mindestens \$250 Millionen stattfinden sowie bilaterale Beiträge auf freiwilliger Basis von \$3-4 Millionen (London 2009c:2).

Ergänzend zu der Reform des Stimmengewichts in der Internationalen Finanzkooperation (IFC) von 6,07% auf insgesamt 39,48% des Stimmanteils für Entwicklungs- und Transitionsländer, wird von den G-20 ein *hybrides Langzeit-Instrument* hinsichtlich Gesellschaftern und einbehaltene Einkünfte in Betracht gezogen. Die Erleichterung der Kreditvergabe zu Vorzugsbedingungen soll sich vor allem auf die Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IDA) und den Entwicklungsfond für Afrika konzentrieren (Toronto 2010d: Pkt.7f).

In Seoul wurde Ende 2010 die **Ausbauung der IFI-Reform** beschlossen, indem folgende Vereinbarungen getroffen wurden: eine umfassende Revision der Quotenformel bis Jänner 2013, eine größere Repräsentation der Schwellen- und Entwicklungsländer im *Executive Board* durch zwei von den europäischen Ländern überlassenen Sitzen, und durch die Möglichkeit des zweiten durch die Rotierung des Sitzes für alle Mehr-Länder-Wahlkreise; sowie das Streben nach einem komplett-gewähltem Vorstand¹³. Das *Executive Board* soll mit Zustimmung der IMF Mitglieder, die Größe von 24 Sitzen beibehalten. Nach der Beendigung der 14. Generalüberprüfung ist eine Revision der Zusammensetzung des Vorstands für alle acht Jahre vorgesehen (Seoul 2010b:4f).

Außerdem verlautbart Botschafter Mabhongo das Streben Afrikas bzw. der Entwicklungsländer nach einer weiteren Reformierung der internationalen Finanzinstitute. Sie wollen ein Durchbrechen des ungeschriebenen Gesetzes erreichen, welches besagt, dass der Präsident der Weltbank von den USA beschickt, jener des Internationalen Währungsfond von Europa entsandt wird (siehe Interview Mabhongo).

5.2.6. Reform des Internationalen Geld- und Währungssystems

In London wurde 2009 in der Betrachtung der möglichen Optionen für einen Wirtschaftsaufschwung davon abgesehen, dass jener auf *konkurrierenden Währungsabwertungen* beruhen solle (London 2009a:2f). Auf dem Gipfeltreffen in Pittsburgh wurde vom IWF gefordert

13 Derzeit werden die fünf Vorstandsdirektoren aus den USA, UK, Deutschland, Japan und Frankreich lediglich ernannt

seine Hilfsmaßnahmen gegenüber jenen Mitgliedsländern zu steigern, die von stark schwankenden Wechselkursen, plötzlich auftretenden Kapitalflüssen und exzessiven Reservenakkumulation betroffen sind (Pittsburgh 2009b:Pkt.20).

Im Zuge des Gipfeltreffens in Toronto im Juni 2010 appellierten die G-20 an eine größere Wechselkursflexibilität um das Wirtschaftswachstum tragen zu können und adressierten diese Botschaft klar an die aufstrebenden Wirtschaften. Dabei betonen sie die möglichen negativen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzstabilität durch übermäßige Schwankungen und ungewöhnliche Bewegungen in Wechselkursen (Toronto 2010a:2f, 13). In Seoul wurde schließlich ausdrücklich das Ziel eines stabilen und widerstandsfähigen Internationalen Geld- und Währungssystems formuliert. Dabei wurde der IMF beauftragt alle Aspekte dazu, inklusive der Kapitalflussschwankungen, zusammenzutragen (Seoul 2010b:6).

Unter dem derzeitigen Vorsitz Frankreichs soll nun eine Reform des Internationalen Währungssystems in Angriff genommen werden, wie sie in der Geschichte schon einige Male stattfand (Frankreich nennt das Kompensationssystem, verschiedene Formen des Goldstandards, sowie das derzeitige variable Währungssystem mit fluktuierenden Wechselkurse und fixen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen). Grund dafür sehen sie in den steigenden Schwankungen der Wechselkurse; den beschleunigten Kapitalzu- und -abflüssen, die Liquiditätskrisen begünstigen. Von diesen sind vor allem die aufstrebenden Wirtschaften betroffen (zwischen 1990 und 2010 erfolgten 42 plötzliche Stopps von Kapitalzuflüssen). Das Risiko eines „Währungskrieges“ durch nicht-kooperative Wirtschaften und ihre Wechselkurspolitiken, sowie die wachsenden makroökonomischen Ungleichheiten von Gesamtdefiziten und -überschüssen veranlassen Frankreich die Reorganisation des Internationalen Geld- und Währungssystems auf die Tagesordnung des kommenden Gipfels zu setzen (France 2011a+b).

Diese soll durch Maßnahmen in folgenden vier Bereichen erfolgen: 1) eine gestärkte Koordinierung der makroökonomischen Politiken und hierbei der Erarbeitung eines gemeinsamen Maßstabes um globale Ungleichheiten messbar zu machen; 2) die Reduzierung der Notwendigkeit von Reservenanhäufungen als Absicherung in künftigen Krisen mittels Stärkung der Instrumente des IMFs im Hinblick auf Länder, welche von Liquiditätskrisen bedroht sind; 3) um stabile Kapitalflüsse zwecks Finanzierung von Wachstum und Entwicklung zu gewährleisten, möchte

Frankreich dem IMF die Beaufsichtigungsautorität übertragen¹⁴, welche in Form von multilateralen Regeln erfolgen kann, die eine freie Kapitalbewegung ermöglicht, den Staat jedoch bei massiven Kapitalzu- und -abflüssen intervenieren lässt; 4) die Internationalisierung von aufstrebenden Währungen durch Maßnahmen unterstützen wie etwa durch die Modifizierung von Wechselkursregimen und einer erhöhten Kooperation des Managements bezüglich Währungsreserven. Darüber hinaus will Frankreich weitere verwandte Themen diskutieren, wie die Rolle von *Special Drawing Rights (SDR)* und Finanzsicherheitsnetzen im Falle von ökonomischen Schocks; eine internationale Reservenbewertung durch den IMF und die Veränderung des Verhältnisses der internationalen Währungen innerhalb des SDR-Korbs. Die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken und der IMF sollen Erfahrungsberichte anfertigen, die Maßnahmen zur Stärkung von lokalen Kapitalmärkten sowie zu inländischen Währungsdarlehen in aufstrebenden Wirtschaften und in Entwicklungsländern betreffen (Paris 2011i).

Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaft Frankreichs ist die Bekämpfung der Rohstoffpreisschwankungen, speziell jene des Ölmarktes und in der Landwirtschaft. Frankreich möchte diese Preisschwankungen behandeln, da sie einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum bedingt durch die verursachte reduzierte Vorhersehbarkeit und Sicherheit darstellen. Die Finanzstabilität und -aufsicht soll den Akteuren ermöglichen sich selbst gegenüber Preisschwankungen schützen zu können. Dies erfordert einen speziellen Regulierungsrahmen für Rohstoffderivatmärkte, auf denen derzeit ein ungleich mehrfaches Ausmaß gehandelt wird, als tatsächlich auf den Realmärkten vorhanden ist (z.B. wird im Vergleich zum physischen Markt auf den Finanzölmärkten das 35-fache Volumen gehandelt) (France 2011d).

Die Bekämpfung von Rohstoffpreisschwankungen soll mittels verbesserter Regulierung und Kontrolle der Rohstofffinanzmärkte erfolgen, indem eine Harmonisierung in Form eines gemeinsamen Regelkatalogs für Rohstoff- und Finanzmärkte vorgenommen wird. Die Regelungen sollen auch Maßnahmen hinsichtlich Marktmissbrauch und Preismanipulation beinhalten. Darüber hinaus soll die Transparenz auf den realen Rohstoffmärkten durch adäquate Informationen des Angebots, der Nachfrage und des tatsächlich Ausmaßes der Rohstoffvorräte verbessert werden. Dies würde die Behinderung der Preisbildung und die Preisschwankungen

14 Der derzeitige IMF Präsident ist der Franzose Dominique Strauss-Kahn

reduzieren. Neben Vorhaben zur Prävention und zum Management in Nahrungsmittelkrisen möchte Frankreich effektive Absicherungsinstrumente entwickeln um die ärmsten Bevölkerungen vor Preisschwankungen zu schützen (France 2011d).

5.2.7. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Um die Wirtschaftserholung zu unterstützen, wurden die Interessensraten gesenkt und der „ganze“ Umfang der geldpolitischen Instrumente eingesetzt, um für Preisstabilität zu sorgen, die heimischen Kreditvergabesysteme und die internationalen Kapitalflüsse wieder in Gang zu bringen. Insgesamt wurden Fiskal- und Monetärpolitiken im „höchsten“ Ausmaß aufgewendet um den Finanzsektor zu stützen. Allein auf dem Summit in London wurden \$ 1 Billion an zusätzlichen Ressourcen beschlossen, die durch die Internationalen Finanzinstitutionen und den Finanzhandel in die Weltwirtschaft gepumpt werden sollen (London 2009a:2).

Um das Wirtschaftswachstum weiterzutragen, bauen die G-20 auf die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie langzeitige und nachhaltige Fiskalpolitik, Preisstabilität und die Eröffnung von Exit-Strategien, welche die Nachfrage reanimieren sollen. Dadurch werden die Langzeitkosten der Wirtschaften und das benötigte Ausmaß an steuerpolitischer Konsolidierung langfristig gesenkt (London 2009a:2f).

Auf ihrem Summit in Pittsburgh 2009 erkannten die G-20 die Wichtigkeit des Privatsektors, staatlicher Rücklagen, und struktureller Reformen für ein nachhaltiges, langfristiges und ausgeglichenes Wachstum, der die Entwicklungsungleichgewichte reduzieren soll. Dabei versprochen sie destabilisierende Booms, die Entstehung von Spekulationsblasen und untragbare globale Finanzflüsse zu vermeiden sowie für Preisstabilität zu sorgen. Diese Bestrebungen werden in dem dato etablierten *Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth* strukturiert. Der IMF soll dabei eine unterstützende Rolle innehaben, indem er das Zusammenpassen der nationalen und regionalen Rahmenbedingungen analysiert, um schließlich die kollektive Konsistenz der Fiskal-, Monetär-, Handels und Strukturpolitiken zu gewährleisten. Außerdem soll er basierend auf bereits existierenden bilateralen und multilateralen Beobachtungsanalysen der G-20 und dem *International Monetary Finance Committee (IMFC)* regelmäßig Bericht erstatten. Hierbei werden die einzelnen Mitgliedstaaten beauftragt mittelfristige Politikrichtlinien zu setzen. Die Grundwerte von nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten nennen die G-20, basierend auf Kanzlerin

Merkels' Charter: Eigentum, Integrität und Transparenz sowie Kohärenz in ökonomischen, sozialen und umweltbezogenen Strategien, fairer und transparenter Wettbewerb und Innovationen (Pittsburgh 2009a:Pkt.14, Pittsburgh 2009b:Pkt.3-5,7,9).

Um den Zugang zu Finanzdienstleistungen für die Ärmsten zu verbessern, unterstützen die G-20 neue Methoden eben jene in Anspruch nehmen zu können, wie z.B. Mikrokredite, welche auf den erfolgreichen Modellen der Finanzierung der Klein- und Mittelbetriebe basieren und jene erweitern. Diesem Thema widmet sich die dato etablierte *G-20 Financial Inclusion Experts Group*, welche in Kooperation mit der *Consultative Group to Assist the Poor (CGAP)*, der *International Finance Corporation (IFC)* und anderen internationalen Organisationen Lessons-learned und Best-Practices determiniert und davon ausgehend Standards bezüglich Zugang zu Finanzquellen und -kenntnissen sowie bezüglich Konsumentenschutz erarbeiten soll. 2011 beauftragten die Finanzminister und Zentralbankgouverneure die OECD und das FSB mit der Entwicklung von gemeinsamen Prinzipien des Konsumentenschutzes im Bereich der Finanzdienstleistungen (Paris 2011i:3).

2009 wurde die *G-20 SME Finance Challenge* gegründet, die an den Privatsektor appelliert ihre besten Vorschläge zu präsentieren, wie die Mobilisierung von privater Finanzierung durch die öffentliche Hand stimuliert werden kann (Pittsburgh 2009b:41). Dies soll nicht zu letzt den Multilateralen Entwicklungsbanken zu Gute kommen und sich auf die Prinzipien der *finanziellen Inklusion*¹⁵ stützen (Toronto 2010a: 6).

In Toronto werden neben den bereits formulierten finanziellen Eckpfeilern, auf die der Wirtschaftsaufschwung gestützt ist, die Wichtigkeit der Realökonomie, von stärkeren sozialen Sicherheitsnetzen, Investitionen in die Infrastrukturen und größere Wechselkursflexibilität in einigen aufstrebenden Märkten diskutiert (Toronto 2010a:2f, 13).

Im *Soul Multi-Year Action Plan* sehen die G-20 vor, den Handel mit und innerhalb der Entwicklungsländer, vor allem der *Low Income Countries (LICs)*, zu erleichtern. Dies soll mittels zoll- und quotenfreien Marktzugang für LICs ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen Süd-Süd-Kooperationen und die Einbindung des Privatsektors gestärkt werden. Die WTO, OECD, die Weltbank und andere multilateralen und regionalen Entwicklungsbehörden sollen hierbei die

15 Mehr dazu im Kapitel *Die politische Sicherheitsdimension*

Beaufsichtigung und Evaluierung übernehmen sowie in Koordination bis Juli 2011 einen *Global Aid for Trade*-Bericht erstellen (Seoul 2010d:4).

In Paris diskutierten die Finanzminister und Zentralbankgouverneure Maßnahmen zur Reduzierung von außerordentlichen Ungleichheiten und werden diesbezüglich indikative Richtlinien erarbeiten. Diese betreffen die Einschätzung einerseits von Staatsverschuldung und -defizit, des privaten Sparkurses und der privaten Verschuldung, sowie andererseits der externen Ungleichheiten hinsichtlich Handelsbilanz, netto Investitionszuflüssen und Investitionstransfers, welche auf Grund des Wechselkurses durchgeführt werden (Paris 2011i:1).

5.2.8. Internationale Kooperation

Die internationale Kooperation wird 2010 durch den *Seoul Action Plan* in Form von konkreten und länderspezifischen Vorhaben organisiert. Dabei sind Maßnahmen in folgenden fünf Bereichen vorgesehen: Geld- und Wechselkurspolitik, Handel und Entwicklungspolitik, Fiskalpolitik, Finanzreformen, Strukturreformen und strukturelle Reformen. Letztere inkludieren Umstrukturierungen auf dem Gütermarkt, dem Arbeitsmarkt (inkl. Ausbau von Humankapital und Fähigkeiten durch erarbeitete Schemen für die Weiterbildung), eine Steuerreform, ein *grünes Wachstum* mit Innovationen in neuen nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten, die Reduzierung der Abhängigkeit von der Nachfrage aus dem Ausland, die Stärkung von sozialen Sicherheitsnetzwerken und öffentlichen Gesundheits- und Pensionssystemen sowie Investitionen in die Infrastruktur. Bezüglich den Vorhaben zur *Geld- und Wechselkurspolitik* wiederholen die G-20 die Wichtigkeit von Preisstabilität, die von den Zentralbanken verfolgt wird. Darüber hinaus betonen sie ein Wechselkurssystem, das auf den Marktbestimmungen beruht und das Abstandnehmen von wettbewerbsähnlichen Währungsabwertungen. Bezüglich der *Handels- und Entwicklungspolitik* wiederholen die G-20 ihre neoliberalen Prinzipien, erkennen jedoch die Interkonnektivität zwischen globalem Wachstum, Ausgeglichenheit der Verhältnisse sowie der Entwicklung. Aus diesem Grund fokussieren die G-20 ihre Unterstützung in *low-income Countries (LICs)* auf die dortige Infrastruktur, Humanressourcen und Entwicklung, Handel, Investment des Privatsektors und Arbeitsplatzschaffung, Food Security, anhaltendes Wachstum, finanzielle Inklusion, landesinterne Ressourcenmobilisierung und Wissensaustausch. Die *Finanzreform* besteht im wesentlichen darin, die elaborierten globalen Standards auf nationaler und

internationaler Ebene zu implementieren und Marktfragmentation sowie Protektionismus und kontrollierte Arbitragen zu vermeiden. Bei der Umsetzung dieser Reformvorhaben stützen sich die G-20 auf Expertisen von OECD, IMF, Weltbank, ILO und anderen internationalen Organisationen (Seoul 2010b:1ff).

Darüber hinaus wurde in Seoul die Ausweitung des *Mutual Assessment Programms* beschlossen, in dem auch außerhalb der G-20 die Kooperation und Koordinierung der verschiedenen Systeme geprüft werden soll, um schließlich die externe Tragbarkeit des globalen Systems zu stützen. Dies soll mittels indikativer Richtlinien erfolgen und nationale sowie regionale Umstände, vor allem bei großen Rohstoffproduzenten, berücksichtigen. Damit soll eine Abhilfemaßnahme zur Früherkennung von Ungleichgewichten geschaffen werden. Dabei sollen ebenfalls Konsistenz in Fiskal-, Monetär-, Struktur-, Wechselkurspolitiken etc. und jene betreffend den Finanzsektor erreicht werden. Die Framework Arbeitsgruppe und der IMF werden mit der Erstellung jener Richtlinien beauftragt (Seoul 2010:3).

5.3. Lösungsansatz

Um die Abhängigkeit von Ratingagenturen zu reduzieren bestünde die Überlegung meinerseits (die von Botschafter Mabhongo gestützt wird – siehe Interview), eine weitere Bretton Woods Institution zu schaffen, die globale Ratings vornimmt. Die Stimmen in solch einer Institution müssen jedoch tatsächlich gerecht verteilt werden, d.h. unabhängig von GDP, Währungsreserven, Investitionen, Handelsbilanz, Population etc., sprich z.B. ein Vertreter pro Land.

Eine weitere, vermutlich nachhaltigere Option wäre ein UN-geleitetes Department das diesbezüglich agiert und Informationen publiziert.

5.4. Blick in die Zukunft

Viele Institutionen, ihre Wirkungsbereiche und ihre Instrumente zielend auf globale Finanz- und Wirtschaftsstabilität wurden erst in den vergangenen Jahren definiert bzw. sind im Begriff geschaffen zu werden und sind Großteils noch nicht umgesetzt. Aus diesem Grund wird erst in Zukunft bestätigt oder widerlegt werden können, ob sie ihre Aufgabe adäquat und wirksam erfüllen und ihre Ziele, nämlich künftige Krisen zu verhindern, tatsächlich erreichen können.

Bezüglich der Heterogenität der Gruppe erkennen einige westeuropäische Politiker einen „Mini-Lateralismus“, d.h. eine Gruppenbildung innerhalb der Gruppe der 20. Dies ist eine Anspielung auf die BRIC-Staaten, welche ursprünglich von einer Prognose des heutigen Goldman Sachs Asset Management Chef im Jahr 2001 begrifflich geschaffen wurden, um das künftige wirtschaftspolitische Gewicht der vier Staaten Brasilien, Russland, Indien und China zu umschreiben (O'Neill 2001). Diese Gruppe hält seit 2009 ebenfalls jährliche Gipfeltreffen ab und erweiterte kürzlich ihre Mitglieder um Südafrika. Auf ihrem vergangenen Gipfeltreffen am 14. April 2011 beschlossen die fünf Nationen ihre Handelsbeziehungen untereinander zu stärken und bestreben eine erweiterte Basis des internationalen Systems an Währungsreserven. Demnach begrüßen sie die aktuelle Diskussion um Reformierung der Komposition des SDR-Währungskorbes des IWF (BRICS 2011:Pkt.16,26). Die BRICS verpflichten sich dem Multilateralismus, der internationalen Kooperation (mit relevanten internationalen und regionalen Organisationen sowie besonders mit Schwellen- und Entwicklungsländern um schließlich ihre Präsenz in internationalen Angelegenheiten zu verstärken), der Demokratieförderung *in internationalen Beziehungen*, sowie dem Weltfrieden, Sicherheit, Stabilität und der Förderung von mehr globaler Gerechtigkeit. Dabei betonen die BRICS die Notwendigkeit die UN und ihren Sicherheitsrat u.a. hinsichtlich ihrer Repräsentanz zu reformieren, beschreiben/erkennen jene inter-gouvermentale Organisation aber auch als die zentrale Figur des internationalen Parketts (BRICS 2011:Pkt.5-8). Jedoch bekräftigen sie ihre Unterstützung, die G-20 als primäres Forum für die internationale Wirtschaftszusammenarbeit zu etablieren, da die Gruppe der 20 eine größere Rolle in der globalen Wirtschafts-Governance spielen soll (ebd:Pkt.14).

6. Die politische Sicherheitsdimension

6.1. Definition

Die Eingrenzung von politischer Sicherheit ist insofern schwierig, da gewissermaßen alle konstituierenden Prozesse – z.B. die Meinungsbildung oder die Etablierungen von Wirtschaftszentren und Finanzinstitutionen sowie die Gründung von souveränen Staaten – als Politik interpretiert werden können. Im engeren Sinne ist unter der politischen Sicherheitsdimension die „organisierte Stabilität von Staaten, Regierungssystemen und Ideologien, die den Staaten und Regierungen ihre Legitimität verleiht,“ gemeint, wobei die Regierung die legitimierte Stimme des Staates darstellt (Buzan 1998:119,152). Demnach ist das vorhandene Verständnis von Politik in Anlehnung an Max Weber „die relativ stabile Institutionalisierung von Autorität“ (ebd.:143). Politik kann jedoch ebenso politische Strukturen, Prozesse und Institutionen implizieren. Das primäre Referenzobjekt in dieser Dimension ist jedoch der territoriale Staat, der im Speziellen die Identität einer Nation auf einem bestimmten Territorium, ihre organisierte Ideologie und ihre Institutionen verkörpert (ebd.:142ff). Schließlich ist die Souveränität das determinierende Kennzeichen eines Staates, die ihm das Recht zur Wahl der Regierungsform verleiht (ebd.:150, 152). Neben den Staaten als *securitizing actors* können ebenso internationale Medien und INGOs eine erhebliche Rolle spielen (ebd.:149).

Die politische Sicherheit wahrt ihre Stabilität durch den internen Faktor der Legitimität und den externen Faktor der Anerkennung von anderen Staaten. Im Falle von instabilen oder geschwächten Staaten, sogenannten *weak states*, ist die Anerkennung oft strapaziert. Dies wird in Form von Instabilität der Institutionen und der Ideologie, exzessive Gewalt und einem überdurchschnittlichen Maß der Autorität seitens der Regierung sichtbar (ebd.:144). Wesentliche Bedrohungen der politischen Sicherheitsstabilität können die zu dato existente Struktur der Regierung betreffen (wenn beispielsweise die legitimierende Ideologie in Frage gestellt wird), sowie die territoriale Integrität im Falle eines Identitätsverlusts eines Staates oder die Existenz des Staates per sé wenn sein Recht zur Autoritätsausübung öffentlich angezweifelt wird (Buzan 1998:150). Somit bergen Sezessionskonflikte (wie zB Eritreer, Tibeter, Ibos), Inklusionsbestrebungen (Nord- und Süd Korea, China und Taiwan) oder Irredentismen (Kaschmir,

Kurilen, Nagorny-Karabach) destabilisierendes Potenzial gegenüber der politischen Sicherheit (Buzan 1998:153).

Klassische Referenzobjekte auf internationaler Ebene sind supranationale Staatenzusammenschlüsse (wie die EU), selbstorganisierte jedoch staatenlose Gruppen sowie transnationale Bewegungen. Referenzobjekte mit systemischem Charakter sind Institutionen und Organisationen von internationaler Governance. Dies gilt als fortdauernde Stabilitätssicherung.

„Collective institutions can stabilize units individually, or they can serve to stabilize something larger, such as a pattern among or across them“ (Buzan 1998:147).

Buzan nennt die UNO als ein wesentliches Beispiel dieser Referenzgruppe, da sie die Basisprinzipien des Völkerrechts in Form ihrer Charter repräsentiert. Diese legitimiert ihr Handeln im Sinne von der souveränen Gleichheit der Staaten (*nonintervention*), der Beistandserklärung zur UNO (*check and balances* and *nonhegemony*), der Selbstbestimmung (*noncolonization*) und der Achtung der Menschenrechte (UN Charta 1946:3-4, Buzan 1998:149). Die Bedrohung hierbei stellt folglich die Nicht-Anerkennung der UN Prinzipien dar, da sie ihre Durchsetzungskraft erheblich schwächen würde. Ein revolutionärer Staat muss folglich in eine Kooperation eingegliedert werden um die Stabilität der internationalen Ordnung weiterhin gewährleisten zu können (Buzan 1998:154).

6.2. Politische Sicherheit in den G-20

Die G-20 sehen die Rolle der Nationalstaaten erstens in der Umsetzung ihrer entwickelten globalen Standards um internationale Harmonie und Konsistenz zu schaffen. Die zweite wesentliche Aufgabe der Staaten ist nach innen eine stabile Struktur zu etablieren, die künftige Krisen verhindern und Sicherheit spenden soll.

Im folgenden werde ich die politische Sicherheitsdimension der G-20 nachzeichnen und entlang der von ihnen kreierte Stabilität an Hand der internationalen Kooperation, der finanziellen Träger des Aufbaus von Kapazitäten sowie schließlich die strukturelle Prinzipiensetzung behandeln, welche schwache und fragile Staaten profund stärken sollen.

6.2.1. Stabilität durch internationale Kooperation

Die G-20 möchten die Möglichkeit nutzen, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach der Krise zu einem nachhaltigen, gestärkten, inklusiven und widerstandsfähigen Wachstum beizutragen, der mit den Entwicklungsländern und *Low Income Countries (LICs)* geteilt wird. Dabei formulieren sie in dem *Seoul Development Consensus for Shared Growth* ihre Bestrebungen, jene Ziele des High-Level Meetings bezüglich der *Millennium Development Goals*¹⁶ zusätzlich zu ergänzen, da Ende 2010 durch die Krise weitere geschätzte 64 Millionen Menschen in extremer Armut¹⁷ leben. Nun erkennen die G-20 als Forum der globalen Wirtschaftszusammenarbeit ihre Verantwortung indem sie ihre Rolle ihrem Mandat anpassen müssen und wollen gemeinsam mit Spendern, dem UN System und den multilateralen Entwicklungsbanken sowie weiteren Akteuren und Entwicklungsländern, v.a. LICs zusammenarbeiten um die Millennium Entwicklungsziele tatsächlich erreichen zu können. Außerdem stellen die LICs neue Pole des globalen Wachstums dar, welche die globale Nachfrage und Investitionslandschaft verschieden und neuartig gestalten. Um schließlich die Armut zu reduzieren, Menschenrechte zu verbessern und ordentliche Arbeitsplätze zu schaffen ist eine stärkere Beziehung zwischen Hoch-, Mittel- und Niedriglohnländern notwendig. Dabei sollen gleichwertige Partnerschaften zwischen LICs, entwickelten und aufstrebenden Nationen gegründet bzw. gestärkt werden. Diese sollen den Privatsektor ebenso wie die Zivilgesellschaft mit einbinden und fokussiert auf das Ziel der Beseitigung von Engpässen in LICs arbeiten. Die G-20 erkennen jedoch weiters, dass keine einheitliche Formel für alle Länder konzipiert werden kann, sondern individuelle maßgeschneiderte Entwicklungsstrategien erarbeitet werden müssen. Bei dem Entwicklungsprozess müssen die jeweiligen Länder eine führende Rolle einnehmen und ihre nationalen Umstände und Bedürfnisse hinreichend integrieren (Seoul 2010c:1f).

16 Die politische Sicherheitsdimension betrifft neben dem ersten Millennium Entwicklungsziel (die Reduzierung der extremen Armut) das Achte, nämlich eine globale Partnerschaft für Entwicklung zu schaffen. Dies umfasst die Unterstützung mittels *Official Development Assistance (ODA)*, den Marktzugang für Entwicklungsländer zu verbreitern, Tarifiereduzierung – v.a. von Agrarprodukten (davon profitieren die am wenigsten entwickelten Länder am meisten), eine Bewältigung der Schuldenlast sowie in Kooperation mit dem Privatsektor die Nutzungsmöglichkeiten von neuen Technologien, v.a. im Informations- und Kommunikationssektor auszuschöpfen (UN 2010:66-72).

17 Weniger als USD 1,25 pro Tag

6.2.2. Stabilität durch finanzielle Kapazitäten

Auf dem ersten Gipfeltreffen in Washington 2008 zeigten die G-20 das Engagement mögliche Optionen zu erforschen, welche den aufstrebenden Nationen und den Entwicklungsländern den abermaligen Zugang zu Krediten gewährleistet. Diese sollen neben den erhöhten und modernisierten Kreditvergabeinstrumenten des IMFs und der Weltbankgruppe, den Privatsektor und Investitionen in die Infrastruktur inkludieren (Washington 2008b:5).

Auf dem Summit in London vereinbarten 2009 die G-20 eine Aufstockung der zusätzlichen Ressourcen von \$850 Milliarden durch die internationalen Finanzinstitutionen um den Kapitalfluss für Entwicklungs- und aufstrebende Länder nicht abreißen zu lassen. Davon sind \$250 Milliarden durch bilaterale Finanzierung sofort über den IMF, weitere \$500 Milliarden mittels dem *new Arrangement to Borrow* und \$100 Milliarden unmittelbar bzw. rund \$300 Milliarden in den nächsten drei Jahren über die Multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) verfügbar (London 2009c:1). Rückblickend haben die G-20 mit weiteren Partnern die Kapitalbasis der MDBs¹⁸, der Weltbankgruppe, vor allem der *Internationale Bank for Reconstruction and Development (IBRD)* und der *International Finance Cooperation (IFC)*, um 85 % bzw. \$350 Milliarden erhöht. Einige G-20 Mitglieder steuerten Mittel zum *Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT)* bei (Toronto 2010d:1,5).

Durch diese gegenzyklische Finanzspritze soll die Finanzierung von Bankkapital, Infrastruktur, Handel, Zahlungsbilanzunterstützung, Umschuldungen und soziale Unterstützung gewährleistet werden. Dies führt zu einer Reduzierung der Langzeit-Kosten und des Ausmaßes der Haushaltskonsolidierung sowie zu einer gesteigerten Tragfähigkeit der Finanzpolitik und Wahrung der Preisstabilität. Darüber hinaus sollen diese Maßnahmen den Übergang zu einer *green economy* beschleunigen (London 2009a:3-5, London 2009c:1). In Toronto betonten die G-20 die Wichtigkeit der internationalen Finanzinstitutionen wie MDBs und IMF indem sie hierbei als globale Kooperationsplattform fungieren (Toronto 2010a:5).

Die G-20 meinen ihre kollektive Verantwortung in Anbetracht der ungleich starken Auswirkungen der Finanzkrise – vor allem gegenüber den Ärmsten Ländern – erkannt zu haben, weshalb sie

¹⁸ Asian Development Bank (AsDB), the African Development Bank (AfDB) [jene Kapitalbasis wurde zwecks Erreichung der MDG um 200% erhöht], the Inter-American Development Bank (IADB), the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)

folgende Versprechungen verlautbarten: die Bereitstellung von \$50 Milliarden für sozialen Schutz, Handel und Entwicklung in den *Low income Countries (LICs)*; Kreditvergaben zu Vorzugsbedingungen und flexible Finanzierung für LICs in den nächsten 2-3 Jahren durch den Verkauf von IMF-Gold und weiteren Einnahmeüberschüssen in Gesamthöhe von \$6 Milliarden; die Überprüfung der Flexibilität des *Debt Sustainability Frameworks (DSF)* dessen Zugangsbegrenzung auf das Doppelte angehoben wurde; und schließlich die Erreichung der *Millennium Development Goals (MDG)* und die Zusicherungen bezüglich der *Official Development Assistance (ODA)*, der *Aid for Trade*, Schuldenerlass und der *Gleneagles Commitments* (mit Fokus auf die sub-Sahara Zone) tatsächlich zu erfüllen. Zudem bekundeten die G-20 ihre Unterstützung durch freiwillige bilaterale Beiträge zum *World Bank Vulnerability Framework*, welches über eine *Infrastructure Crises Facility* und einen *Rapid Social Response Fund* verfügt. Die G-20 rufen 2009 die Vereinten Nationen auf in Zusammenarbeit mit weiteren globalen Institutionen einen Mechanismus zu entwickeln, welcher die Auswirkungen der Krise auf die ärmsten Länder überwachen soll (London 2009a:7f, London 2009c:1f). Auf dem Summit in Toronto 2010 gründeten die G-20 die *Working Group on Development* und betrauten sie mit der Erarbeitung von Maßnahmen abzielend auf starkes Wirtschaftswachstum, einer Entwicklungsagenda und einem *Multi-Year Action Plan*, der in Seoul Ende 2010 adaptiert wurde (Toronto 2010a:8).

In Pittsburgh beschlossen die G-20 den Zugang zu Finanzdienstleistungen der Armen zu verbessern, indem sie neue Instrumente wie Mikrokredite zur Selbsthilfe unterstützen (Pittsburgh 2009b:Pkt.41). Auf ihrem Gipfeltreffen in Toronto wiederholte die Gruppe ihr Bestreben die Entwicklungsunterschiede zu reduzieren. Sie wollen neue Ansätze zur Entwicklungsfinanzierung seitens öffentlicher und privater Quellen verfolgen. Um den Zugang zu Finanzdienstleistungen und zu Arbeitsplätzen in den aufstrebenden Wirtschaften zu ermöglichen, unterstützen die G-20 Klein- und Mittelbetriebe (SME). Aus diesem Grund haben sie die *SME Finance Challenge* gegründet, welche die vielversprochensten Modelle von öffentlich-privaten Partnerschaften für Klein- und Mittelbetriebe darstellen sollen. Dabei begrüßen sie die postulierte Unterstützung der MDBs (Toronto 2009a:3,27).

Um die multilateralen Entwicklungsbanken effizienter zu gestalten verabschiedeten die G-20 in Toronto Reformvorhaben, welche auf eine erhöhte Transparenz und Rechenschaftspflicht abzielt.

Die institutionelle Governance soll dahingehend verbessert werden, dass die Staaten stärker ihre länderspezifischen Facetten einbringen sollen, sie dezentralisierter gestaltet und wo angemessen das System des Landes genutzt wird. Dabei sollen Richtlinien für das Beschaffungswesen sowie neue Möglichkeiten zur Verwaltung und Aufzeichnung der Ergebnisse und der finanziellen Beiträge erarbeitet werden. Zudem sollen ein besseres Wissensmanagement, die Wahrung der Humanressourcen, bessere Implementierung des Umwelt- sowie des sozialen Schutzes und ein vernünftiges Risikomanagement gewährleistet werden (Toronto 2010d:3).

6.2.2.1. Finanzielle Inklusion

Die G-20 erachten derzeit zwei Millionen Menschen als von Finanzdienstleistungen exkludiert. Um den armen Bevölkerungsschichten Zugang zu Finanzquellen zu verschaffen formulierte die Gruppe in Toronto einen Prinzipienkatalog zwecks innovativer finanzieller Inklusion. Dieser basiert auf Erfahrungen und Lessons learned v.a. seitens Leadern aus den Entwicklungsländern . Die darin enthaltenen neun Prinzipien kreieren das Umfeld und bestimmen das Tempo des Integrationsprozesses. Dabei handelt es sich um einen umfassenden Ansatz, der über die ökonomische Sphäre und ihren Handlungsbereich hinausreicht. Konkret betreffen die **Prinzipien der finanziellen Inklusion**: eine starke Regierung mit breiter Basis; eine Marktvielfalt die Wettbewerb und verschiedenartige Finanzdienstleistungen (wie Versicherungen, Spareinlagen, Kredite, Zahlungen und Transfer) zulassen; technologische und institutionelle Innovationen die infrastrukturbedingte Hürden der finanziellen Exklusion überwinden; Konsumentenschutz; die Entwicklung von Finanzkenntnissen und -fertigkeiten; die Kreierung eines institutionellen Umfelds, das klare Linien der Verantwortlichkeit und der Koordinierung unter Regierungen vorgibt und Partnerschaften zwischen Regierungen, Unternehmen und anderen Stakeholdern erleichtert; ein neuer Wissen-schaffender „test and learn“ Ansatz der Daten und Maßnahmen austestet und weiterentwickelt; ein regulierendes Politikrahmengerüst, welches tatsächlich den Risiken und Vorteilen von innovativen Produkten, d.h. die Differenzen und Barrieren der existenten Regulierung, ausfindig machen; sowie schließlich die Reflektierung der internationalen Standards und nationalen Umstände in das strukturelle Rahmengebilde. Dies soll erhöhten Schutz und Sicherheit für Finanzmärkte und Konsumenten bieten. (Toronto 2010e).

Basierend auf jenen Toronto Prinzipien wurde ein **Aktionsplan für finanzielle Inklusion** entwickelt, der als Arbeitsprogramm für das Jahr 2011 gilt. Dieser beinhaltet: die Erfolgserfahrungen und Lessons learned der SME Bestandsaufnahme; die Implementierung mindestens eines der Toronto Prinzipien seitens der G-20 Mitgliedstaaten; die Animierung der Standardsetzungsbehörden zur Eingliederung der genannten Zielsetzungen in ihre Arbeit; die Bestärkung des Privatsektors weitere Maßnahmen zur finanziellen Inklusion zu setzen; die Verfügbarkeit von Daten als Maßstab der finanziellen Inklusion zu erweitern; die Unterstützung von *Peer-learning*, also die Fähigkeiten von Kollegen zu lernen, basierend auf Weiterbildungsprogrammen; die Koordination zwischen nationaler und internationaler Ebene zu verbessern; sowie schließlich die Integration des Konzepts der finanziellen Inklusion in Finanzbewertungsprogramme anzustreben (Seoul 2010d:7).

Außerdem wurde in Seoul Ende 2010 in Zusammenarbeit mit der *Alliance for Financial Inclusion*, der *Consultive Group to Assist the Poor* und der *International Finance Corporation* die Gründung der *Global Partnership for Financial Inclusion (GPFI)* als inklusive Plattform aller G-20 Länder sowie auch interessierte nicht-G-20 Mitglieder und relevanter Stakeholder vollzogen. Diese soll als systematische Struktur in den kommenden Jahren den Staaten helfen die Toronto Prinzipien für finanzielle Inklusion in die Praxis umzusetzen. Zudem soll sie Daten zwecks Messung des Voranschreitens der finanziellen Inklusionsvorhaben zusammentragen und einen effektiven und effizienten Mechanismus des Informationsaustauschs gewährleisten. Die Aufgabe der Partnerschaft ist es weiters die Engagements zur finanziellen Inklusion zu koordinieren, einen systematischen Überblick des Fortschritts bieten, finanzielle Mittel zur Unterstützung der einzelnen Maßnahmen mobilisieren, eine Projektgruppe gründen und koordinieren, welche auf spezielle Thematiken der finanziellen Inklusion abzielt (wie z.B. bezüglich Informationsdaten); sowie einzelnen Ländern Hilfestellung leisten, wenn diese zusätzliche und explizite Ziele erreichen wollen. Die GPFI wird dabei ihre Arbeit mit der APEC Initiative und ähnlichen koordinieren. Der Fortschritt und der Jahresbericht sollen auf dem kommenden Gipfeltreffen in Frankreich im November 2011 vorgelegt werden (Seoul 2010b:14, Seoul 2010d:7).

Darüber hinaus wurde im Zuge der in Toronto gegründeten *G-20 SME Finance Challenge* ein flexibler Finanzrahmen für Klein- und Mittelbetriebe konstruiert. In jenem werden bereits existente Finanzierungsstrategien zur Mobilisierung von Subventionen, Risikokapital und

Privatfinanzierung durch den neuen, multilateralen *SME Finance Innovation Fund* ergänzt. Dabei verpflichteten sich Kanada, Korea, die USA und die *Inter-American Development Bank* zur Beisteuerung von \$528 Millionen mittels Subventionierung und Kofinanzierung (Seoul 2010b:14, Seoul 2010d:7).

6.2.3. Stabilität durch Staatskonsolidierung

In Pittsburgh gründeten die G-20 das *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* welches unter anderem die Haushaltspolitik des Staates betreffen. Dabei appellieren sie an eine verantwortungsvolle und tragbare Finanzpolitik im langfristigen Kontext und Flexibilität im kurzfristigen, um auf Krisen und Schocks rasch reagieren zu können. Von hohen Defiziten betroffene Staaten sollen diese reduzieren, private Spareinlagen fördern, ihre Finanzpolitik konsolidieren und den Exportsektor stärken (Pittsburgh 2009d).

Die Staaten sollen Stimulierungspläne entwickeln, welche die Konditionen für eine robuste Nachfrage des Privatsektors und eine nachhaltige und tragbare Finanzpolitik der Regierungen schaffen. Dabei müssen hoch verschuldete Staaten die Haushaltskonsolidierung, die „wirtschaftswachstumsfreundlich“ gestaltet sein soll, rascher vollziehen und nationale Sparmaßnahmen ankurbeln. Somit sollen den Herausforderungen hinsichtlich alternden Bevölkerungen und der Übertragung von heutigen Schulden an die folgenden Generationen entgegnet werden und dem Risiko einer Ausweitung der Ungleichgewichte in den Handelsleistungsbilanzen vorgebeugt werden (Toronto 2010a:1-3,10).

In einigen Ländern beobachteten die G-20 Unsicherheit und Fluktuationen auf den Finanzmärkten, die sie als Konsequenz von hohen Finanzdefiziten und steigender Verschuldung interpretieren. Als konkrete Antwort darauf haben die entwickelteren Nationen der G-20 in Toronto zugestimmt, beginnend mit 2011 ihre Defizite bis 2013 zu halbieren und ihre Verschuldungsquote (gemessen am BIP) bis 2016 zu stabilisieren oder zu reduzieren. Alle Staaten sollen einen glaubhaften Haushaltskonsolidierungsplan mit klaren Zielsetzungen im mittelfristigen Rahmen vorlegen, der nationale sowie wirtschaftswachstumbezogene und finanzpolitische Situationen und Umstände berücksichtigt und auf Wirtschaftswachstum abzielt. Zur tatsächlichen Erreichung der Pläne können gestärkte Budgetrahmen und Institutionen Abhilfe leisten. Zusätzlich zu diesen mittelfristigen Vorhaben sollen auch strukturelle Reformen zwecks langfristigen

Wachstum erarbeitet werden (Toronto 2010a:1-3,10,12).

Im *Multi-Year Action Plan* wurden in Seoul konkrete Handlungsschritte zur Mobilisierung der inländischen Ressourcen präsentiert. Dabei erachten die G-20 es als notwendig die Steuerregime und Finanzpolitiken der Entwicklungsländer zu stärken um eine nachhaltige Einnahmehasis für ein allumfassendes Wachstum und soziale Gleichberechtigung sowie Transparenz und Verantwortung der öffentlichen Finanzen zu erzielen. In einer Zusammenarbeit von der OECD *Task Force on Tax and Development*, UN, IMF, Weltbank und regionaler Organisationen (wie das *Inter-American Center for Tax Administration* oder das *African Tax Administration Forum*) sollen an Hand der afrikanischen Steuersysteme bis Juni 2011 wesentliche Kapazitätenrestriktionen bestimmt werden um schließlich Empfehlungen zum Kapazitätenaufbau zu formulieren. Diese sollen eine verbesserte Effizienz und Transparenz der Steuersysteme sowie strengere Steuerpolitiken verfolgen um die Einnahmehasis zu erhöhen und Steuerhinterziehung und Steuerumgehungen zu bekämpfen. Dabei soll die Erosion der Steuereinnahmehasis in Entwicklungsländern mit Fokus auf den Zusammenhang zwischen nicht-kooperativen Gerichtsbarkeiten und dem Entwicklungsstand des Landes beleuchtet werden. Darüber hinaus soll diese Kooperation im mittelfristigen Kontext eine Wissensmanagementplattform und eine Basis für die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern bieten. Diesbezüglich sollen bis Juni 2011 Daten von den G-20 Ländern und internationalen Organisationen hinsichtlich der Unterstützung von Steuersystemen erhoben und veröffentlicht werden. Zudem sollen objektive Messinstrumente zur Erstellung eines Fortschrittsberichts der Steueradministrationssysteme in LICs erarbeitet werden. Außerdem sollen Abhilfemaßnahmen für einen effektiven Preistransfer von multinationalen Steuerunternehmen in Entwicklungsländern identifiziert werden (Seoul 2010d:9).

6.2.4. Stabilität durch strukturelle Rahmenbedingungen¹⁹

Das Fundament des *G-20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* bilden strukturelle Reformen. Diese beinhalten u.a. das Ziel eines integrativeren Arbeitsmarkts auf dem qualitativ hochwertige Bildung und Weiterbildungsprogramme geboten werden. Die Installierung eines Angestellten-orientierten Grundprinzips soll die Ergebnisse der *London Jobs Conference*, des *Sozialgipfels in Rom* sowie der *ILO Resolution on Recovering from the Crises: A Global Jobs Pact*

¹⁹ siehe auch Kapitel 12 *Ressourcensicherheit*

und die diesbezüglichen ILO Standards reflektieren. Dabei sollen Innovationen und Investitionen in neue Technologien, saubere Energie, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur verfolgt und in die individuellen Nationalpolitiken eingebunden werden. Die G-20 betonen die Wichtigkeit Schulungen nicht auf kurzfristige, unternehmerische Zielsetzungen auszurichten, sondern eine Strategie des lebenslangen Lernens anzustreben. Die ILO soll in Kooperation mit weiteren Organisationen und NGOs eine Weiterbildungsstrategie erarbeiten. Außerdem sollen die entwickelten Länder den Entwicklungsnationen Hilfestellung leisten (Pittsburgh 2009b:Pkt.44-46). Dies findet beispielsweise in Afrika statt, wo indische Agrarexperten afrikanische Landwirtschaftsarbeiter schulen (siehe Interview Botschafter Khullar).

Die Kernprinzipien einer nachhaltigen ökonomischen Aktivität benennen die G-20 u.a. als die Berücksichtigung aller Betroffenen, also Konsumierenden, Arbeitenden, Investierenden und Unternehmern gleichermaßen und unabhängig ihres mehr oder minder vorhandenen Reichtums. Sie fordern in Anbetracht der globalen Interkonnektivität zu einer bewussten und gesteigerten Verantwortung auf, welche eine Politik generieren soll die ökonomische, soziale und umweltbedingte Aspekte berücksichtigt. (Pittsburgh 2009c).

6.2.4.1. Seoul Development Consensus & Multi-Year Action Plan's on Development

Die G-20 einigten sich auf ihrem Gipfeltreffen in Seoul Ende 2010 auf folgende sechs Kernprinzipien, die das Fundament des *Seoul Development Consensus for Shared Growth* und seines *Multi-Year Action Plan's on Development* bilden sollten: 1) der Fokus auf das Wirtschaftswachstum und die fortlaufende Ressourcenmobilisierung via ODA um die Erreichung der *Millennium Development Goals* und die Reduzierung der Entwicklungsunterschiede tatsächlich zu ermöglichen; 2) die Animierung von weiteren Entwicklungsländern als gleichwertige Partner, die ihre Politiken selbst und verantwortungsbewusst gestalten; 3) der systemische Charakter aller globalen und regionalen Problemfelder (wie z.B. regionale Integration) die mit Hilfe von internationalen Institutionen oder koordiniert über Süd-Süd- bzw. triangulärer Kooperation bearbeitet werden können; 4) die Wichtigkeit des Privatsektors (da dieser Arbeitsplätze und neue Technologien schafft) und seiner entsprechenden Einbindung, sowie ein Politikumfeld, das nachhaltige Investitionen und das Wachstum des Privatsektors fördert; 5) die komplementäre Unterstützung der bereits existierenden Engagements in Entwicklungspolitik mit Fokus auf das

Grundmandat der G-20 als primäres Forum für internationale Wirtschaftszusammenarbeit; und schließlich 6) die Orientierung an Outputs mittels tatsächlich möglichen, praktischen und verantwortungsvollen Maßnahmen, welche die Wachstumsmöglichkeiten der Entwicklungsländer verbessert und diesbezügliche Blockaden beseitigt (Seoul 2010b:12,14, Seoul 2010c:2f).

Hinsichtlich Entwicklungsländer, im speziellen LICs, stützen die G-20 ihre im Seoul Consensus vereinbarte Politik auf folgende neun Grundpfeiler: Infrastruktur, Entwicklung von Humanressourcen, Handel, Privatinvestment und Arbeitsplatzschaffung, Food Security, widerstandsfähiges und anhaltendes Wachstum, finanzielle Inklusion, Ressourcen im Inland mobilisieren und Wissensaustausch. Diese Eckpfeiler sollen zu einem Angleichen der Entwicklungsunterschiede, einer Verbesserung der Menschenrechte und der Gender Gleichberechtigung führen (Seoul 2010b:12, Seoul 2010c:3).

Im **Multi-Year Action Plan** wurden nun konkrete Handlungsanweisungen basierend auf jenen neun Grundpfeilern formuliert. Um die Implementation von nationalen und regionalen **Infrastrukturprojekten** in Sektoren in denen Engpässe herrschen weiter auszubauen, wollen die G-20 Investitionen aus öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Quellen mobilisieren. Zu diesem Zweck gründeten die G-20 auf ihrem Gipfeltreffen in Seoul das *High-Level Panel* welches die Aufgabe hat Empfehlungen für Maßnahmen zur Infrastrukturfinanzierung zu erarbeiten sowie die Rahmenpolitiken der MDBs zu überprüfen. Hinsichtlich der Entwicklung von **Humanressourcen** müssen die Kompetenzen tatsächlich den Forderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Dies hat zur Folge, dass Investment angezogen wird, anständige Arbeitsplätze geschaffen werden und die Produktivität gesteigert wird. Dabei verfolgen die G-20 international vergleichbare Indikatoren für Kompetenzen und Fertigkeiten, sowie die diesbezügliche Weiterentwicklung von nationalen Lösungen – basierend auf der *G-20 Training Strategy*. Der Zugang zum **Handel** mit den entwickelten Ländern sowie zwischen den Entwicklungsländern und LICs untereinander soll gesteigert und die ökonomische Integration in der Region verstärkt werden. Dafür soll ein zoll- und quotenfreier Zugang zu den Märkten nach den *Hong Kong commitments* gewährleistet werden. Um ein verantwortungsbewusstes **Privatinvestment** und Arbeitsplätze zu erhöhen sollen Schlüsselindikatoren erarbeitet werden, welche wirtschafts- und

beschäftigungspolitische Auswirkungen auf die Investitionen des Privatsektors bemessen und gegebenenfalls eine Steigerung erzielen können (Seoul 2010b:11-13).

Neben **Food Security**²⁰ wird im *Multi-Year Action Plan* ein **anhaltendes Wachstum** angestrebt, das externen Schocks standhalten und sie bewältigen kann. Dafür ist es notwendig für Einkommenssicherheit und soziale Schutzprogramme zu sorgen. Zu diesem Zwecke sollen die *UN Global Pulse Initiative* implementiert und die Transferkosten für Überweisungen reduziert werden. Das Thema des sozialen Schutzes wird unter der Präsidentschaft Frankreichs im Jahr 2011 fokussiert. Dabei wurden internationale Organisationen beauftragt diesbezüglich Best Practices zu formulieren (France 2011a). Die unter dem Punkt *Stabilität durch finanzielle Kapazitäten* beschriebene **finanzielle Inklusion** stellt ebenfalls eine stützende Säule des Seoul Handlungsplans dar. Eine weitere bildet die Mobilisierung von **Ressourcen im Inland**. Diese konzentriert sich auf die Verbesserung der Administrationssysteme, welche die Steuern und Abgaben seitens der Bevölkerung verwalten und für eine nachhaltige Einnahmehasis und soziale Gleichberechtigung sorgen sollen. Der letzte Punkt des *Multi-Year Action Plans* ist das Engagement des **Wissensaustauschs** und der Teilhabe an Erfahrungen (vor allem der Entwicklungsländer untereinander) um schließlich ihre Kapazitäten zu steigern und an Hand einer breiten Wissens- und Erfahrungsbasis die beste länderspezifische und individuell maßgeschneiderte Strategie zu erarbeiten (Seoul 2010b:13).

Die Implementierung des *G-20 Multi-Year Action Plan's* soll von der Arbeitsgruppe für Entwicklung überblickt werden und künftig ein ständiger Bestandteil der G-20 Summits sein. Dabei werden Entwicklungen des Vierten *High-Level Forums on Aid Effectiveness*, das Ende 2011 in Korea stattfindet, ebenfalls beobachtet werden (Seoul 2010c:3, Seoul 2010d:1).

6.3. Politische Sicherheit in den G-8

In der politischen Sicherheitsdimension der G-20 sind wesentliche Parallelen zu den Handlungen der G-8 erkennbar. So haben schon die G-8 festgestellt, dass Wirtschaftswachstum die Armut reduzieren kann – sofern die richtigen Konditionen herrschen. D.h. folgende Grundbedingungen müssen gegeben sein: die Integration in regionale und internationale Märkte, die Senkung von Tarifen und Barrieren sowie die Partizipation und Stärkung des Privatsektors und die Investition in

²⁰ siehe gleichnamiges Kapitel

Infrastruktur sowie die Kostensenkung für Geldsendungen. 2008 investierten die G-8 rund US \$14 Millionen in *Aid for Trade* (2005 waren es ca. \$10 Millionen) (G-8 2010:23-28).

Bezüglich finanziellem Kapazitätenaufbau sind die G-8 ebenfalls tonangebend. Sie haben bereits erkannt, dass für effektive Entwicklungshilfe eine starkes System vor Ort vorhanden sein muss, dass den Staatshaushalt und das Beschaffungswesen verwalten kann, Programme entwickelt und ausführt und darüber hinaus die Geschehnisse beobachtet, überprüft und die Ergebnisse der Öffentlichkeit und den Parlamenten präsentiert. Außerdem sehen die G-8 die Notwendigkeit für eine tatsächlich effektive Entwicklungshilfe in einer bestimmten Vorhersehbarkeit, die Aufhebung von Lieferbedingungen an welche die Entwicklungshilfe gekoppelt ist sowie die gegenseitige Rechenschaftspflicht für die Ergebnisse. Dies nehmen die G-8 sichtlich Ernst und publizieren 2010 den *Muskoka Accountability Report*, in dem die postulierten Versprechungen welche u.a. in Gleneagel gemacht wurden aufgelistet und der aktuelle Stand und Fortschritt berichtet wird. Wesentliche Lessons learned der G-8 sind die verlangte systematische Veränderung seitens Geber- und Empfängerländer sowie die Notwendigkeit das Schuldenlevel auf einem tragbaren Niveau zu halten. Zu diesem Zweck wurden seit 1999 von den G-8 Staaten den *Heavy Indebted Poor Countries (HIPC)* 90% ihrer Schuldenlast erlassen (G-8 2010:13-22). Zudem machte Kanada als Ersteller des Accountability Reports die Erfahrung, dass es schwierig ist einheitliche Definitionen zwischen Geber- und Empfängerländern zu finden, wie u.a. ob zum Zeitpunkt der Versprechungen *current* oder *constant dollars* gemeint waren (Interview Sloan 2011²¹).

6.4. Blick in die Zukunft

Der Unterschied zu den G-8, in welchem auch das Potenzial der G-20 in Sachen Entwicklungspolitik liegt, erkenne ich in der nahen Zusammenarbeit zwischen den G-20 und den Bretton Woods Institutionen. Somit können sie auf die Struktur und Zielsetzung der Entwicklungsbanken einwirken und diese auch nachhaltig verändern sowie neue Ressourcen diesbezüglich ausschöpfen (siehe den oben genannten Verkauf von IMF-Gold).

Frankreichs Präsident Sarkozy verlautbarte die Überlegung ein permanentes G-20 Sekretariat zu installieren, dass sich generellen Themen wie z.B. der Entwicklungspolitik widmen würde. Die

21 John Sloan ist der derzeit amtierende kanadische Botschafter in Russland und fungierte auch als Sous-Sherpa der G-8. Er wirkte maßgeblich bei der Erstellung des *Muskoka Accountability Report* mit.

nachfolgende G-20 Präsidentschaft im Jahr 2012 von Mexiko birgt ebenso die Wahrscheinlichkeit die Agenda der Gruppe zu erweitern. So nennt der mexikanische Präsident Calderón explizit das Thema der Entwicklung (Guebert, Lennox 2011a:10).

Zudem ist die Türkei im Juni 2011 Gastgeber der vierten *UN Conference on the Least Developed Countries* (Toronto 2010a:8) und könnte eventuell zu Fortschritten hinsichtlich der Erreichung der Millennium Entwicklungsziele (MDG) beitragen.

7. Die militärische Sicherheitsdimension

7.1. Definition und Überblick

Laut *Copenhagen School* ist das zentrale Referenzobjekt des Militärs der Staat. Dabei definiert sich der moderne Staat durch die ihm zugesprochene Souveränität, welche die Exklusivität der Rechtssprechung zur Selbstregierung über ein gewisses Territorium und sein Volk meint. Um diese Fähigkeit des Regierens und der territorialen Integrität aufrechtzuerhalten beschäftigt sich die sicherheitspolitische Agenda der militärischen Dimension mit internen und externen militärischen Bedrohungen. Darüber hinaus kann militärische Gewalt jedoch auch gegen nichtmilitärische Bedrohungen, wie Migranten oder Ideologien, eingesetzt werden, sofern sie die Verteidigung des Staates oder der Regierung rechtfertigen (Buzan 1998:49f).

Die typischen Formen dieser Bedrohungen der militärischen Dimension sind militante Separatisten, Revolutionäre, **Terroristen, kriminelle Organisationen oder Bewegungen**, Milizen oder Mafias. Deren Streben liegt darin, ein unabhängiger, autoritärer Staat zu werden, welcher folglich die Souveränität des bis dato regierenden Staates gefährdet. Dabei handelt es sich konkret um secessionistische oder autonomistische Bewegungen (Bsp. Tschechen, Tamilen, Kurden, Osttimoren, Basken, Eritreer). Andere Typen sind unverwirklichte Nationalitäten die über mehrere Staaten verstreut sind (Kurden, Serben, Palästinenser, Russen) sowie rebellische Bewegungen (Khmer Rouge und UNITA) (ebd.: 50, 53f).

“They can easily be cast as threats to state sovereignty and, by the kind of statelike activities they engage in, can motivate the existing state to use military force to secure its monopoly over legitimate violence” (Buzan 1998:53).

Weitere Referenzobjekte der militärischen Dimension können die **Nichtverbreitung von spezifischen Waffen** sein (nuklear, biologisch oder chemisch), eine **Ausgewogenheit der vorhandenen Mächte** oder das Völkerrecht. *Securitizing actors* sind Staatsrepräsentanten oder auch hohe Beamten von Internationalen Organisationen der militärischen Dimension wie z.B. von der NATO. *Functional actors* sind Regierungen und ev. Firmen der Rüstungsindustrie (Buzan 1998:55,57).

Durch das Ende des Kalten Krieges verschob sich der Fokus der militärdimensionalen Agenda von der globalen Ebene zur lokalen. Dies liegt darin begründet, dass die Mächte des bilateralen

Weltsystems ihre Autorität über die ehemaligen Kolonialstaaten überstülpten (siehe Stellvertreterkriege und Austesten von neuen Waffen). Dabei wurden die „neuen“ Staaten der Dritten Welt von den rivalisierenden Supermächten mit modernen Waffen beliefert und somit die lokalen sicherheitspolitischen Militäragenden, die sich gerade im Entwickeln befanden, wesentlich beeinflusst (Buzan 1998:61). Nach dem Wegbrechen dieser Instanzen wird in vielen Staaten die Auseinandersetzung mit der internen Struktur erstmals tatsächlich lokal ausgetragen. Dies hat Jean-Paul Hébert vom *Centre interdisciplinaire de recherche sur la paix et d'études stratégiques (EHESS)* untersucht und schlussfolgert: „Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 [fanden] mehr Bürgerkriege als klassische Kriege zwischen Staaten statt.“ (Hébert 2010:12)

Aus diesem Grund verschiebt sich der Fokus der militärischen Sicherheitsdimension von globaler auf die lokale Ebene. Außerdem weicht die Logik der Verteidigung vor Bedrohungen einer Logik, die eher von politischen oder ökonomischen Interessen geleitet wird wenn z.B. *Peacekeeping Organizations* in Krisengebieten installiert werden (Buzan 1998:49).

Diese friedenserhaltenden Missionen verfolgen eine ähnliche Perspektive, die den Aspekt der *Personal Security* des Human Security Ansatzes behandelt, nämlich die Wahrung des Schutzes gegenüber körperlicher Gewalt. Die UNDP benennt die wesentliche Faktoren von physischer Gewalt: die Bedrohungen ausgehend vom Staat (in Form von körperlicher Folter), Bedrohungen ausgehend von anderen Staaten (Krieg), von Gruppen (ethnische Konflikte), von Individuen oder Gangs gegen andere Individuen oder Gangs (Kriminalität, Gewalt auf der Straße), Bedrohungen zielend auf Frauen (Vergewaltigung), zielend auf Kinder (Kindesmissbrauch) oder auf das Individuum selbst (Selbstmord, Drogen) (UNDP 1994:30). Diese Formen der physischen Gewalt treten häufiger in Staaten auf, die lediglich von einer schwachen politische, ökonomischen und rechtlichen Struktur zusammengehalten werden und somit Platz für jene Nötigungen lassen.

7.2. Die militärische Sicherheit in den G-20

Die militärische Sicherheitsdimension der G-20 beschränkt sich im Gegensatz zu jener der G-8 auf die Bekämpfung krimineller Strukturen im Finanzsektor. Diese stellen jedoch die Basis für kriminelle Machenschaften dar, da sie die Beschaffung und das Ausmaß der Ressourcen bestimmen. Die G-20 versuchen nun dieses finanzielle Grundfundament kleinstmöglich einzugrenzen, indem sie ihre auftretenden Formen wie Geldwäscherei oder die Nutzung von

informellen Banknetzwerken ausfindig macht und bekämpft. Zudem bietet Korruption ebenfalls eine Schnittstelle und ein Schlupfloch für die Terrorismusfinanzierung, weshalb sie v.a. 2011 auf der Agenda der G-20 steht. Darüber hinaus ist die Gruppe bestrebt ein Koordinierungs- und Kooperationsnetzwerk zu schaffen, innerhalb dem Informationen rasch ausgetauscht werden können.

7.2.1. Terrorismusfinanzierung

Den Anfang nahm die finanz-militärische Sicherheitspolitik der G-20 im Jahr 2001, als im Zuge des Terrorangriffs auf die USA die Agenda der G-20 auf jenes Ereignis angepasst wurde. Ebenso der Standort des Treffens wurde nun von ursprünglich Indien auf Kanada verlegt. Dabei verpflichteten sich die G-20 Finanzminister und Zentralbankgouverneure (zu jenem Zeitpunkt trafen sich die G-20 noch nicht auf Leaders-Ebene) zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung um das Problem an seiner Wurzel zu behandeln. Dabei erstellten sie einen multilateral kooperativen *Action Plan on Terrorist Financing*, der Terroristen den Zugang zum Finanzsystem und dessen Missbrauch über informelle Banknetzwerke verwehren soll. Es wurden konkrete Schritte angewiesen, wie die Einfrierung der Vermögenswerte von Terroristen, die Implementierung von UN Konventionen (z.B. der *UN Convention on the Suppressing of the Financing of Terrorism and Against Transnational Organized Crime* oder später der *UN Convention Against Corruption*). Weitere Handlungen sollten die Kooperation durch Informationsaustausch sein und bei Bedarf technische Hilfestellung zu leisten, sowie die Arbeit des *UN Counter-Terrorism Committee* zu unterstützen. Darüber hinaus waren die G-20 bestrebt *Financial Intelligence Units* zu etablieren. Die Implementierung des erarbeiteten *Action Plan on Terrorist Financing* sollte von der Weltbank, dem IMF, der *Financial Action Task Force (FATF)* und FATF-ähnlichen regionalen Behörden überwacht werden (G-20 2008:30f,45,70-74).

2003 beschlossen die G-20 Minister und Bankgouverneure, dass die Bewertung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäscherei eine permanente Komponente des IMFs und der Weltbank sein sollte (Mexiko 2003:2). Die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, die überarbeiteten 40 Empfehlungen der FATF und die *FATF Special Recommendations* zu implementieren. Jene letzteren behandeln u.a. die Herausforderung durch illegale Geldkuriere und den Gebrauch des informellen Sektors bezüglich Geldübersendungen (Berlin 2004:3). 2005

begrüßten die G-20 das Vorantreiben von hohen Standards bezüglich Transparenz und effektivem Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten durch das *OECD Global Forum on Taxation* (Xianghe 2005:3). 2006 appellierten sie an eine engere Kooperation zwischen der Weltbank, dem IMF, der FATF und den Regionalbehörden im FATF-Stil. Ihre Aufgabe soll es dabei sein, die Implementation von internationalen Standards hinsichtlich *Anti-Money Laundering/Counter-Financing of Terrorism (AML-/CFT)* zu fördern.

2008 postulierten die G-20 in Washington nun auf Summit-Level die Wichtigkeit der Arbeit der FATF gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung aktiv vorzugehen. Außerdem bekundeten sie ihre Unterstützung der Initiative *Stolen Asset Recovery (StAR)*, die ausgehend von einer Kooperation der Weltbank und der Vereinten Nationen gegründet wurde. Die G-20 appellierten an die OECD den Steuerinformationsaustausch um die Untersuchung von Transparenzmängeln und Fehlern im Informationsaustausch zu erweitern (Washington 2008b:4).

7.3. Militärische Sicherheit in den G-8

Die G-20 sind bestrebt sichere Strukturen in schwachen Staaten aufzubauen, die eine Krise verhindern bzw. rasch bekämpfen können. Noch zeigen sie jedoch kein Engagement an militärischen Operationen teilzunehmen, wie es jedoch sehr wohl von den G-8 bereits verfolgt wird. Diese haben das Ziel Friedens- und Sicherheitskapazitäten zu verbessern, den Wiederaufbau nach einem Konflikt, sowie die Reintegration von ehemaligen Kombattanten, z.B. in Form des *Multi-country Demobilization and Reintegration Programme (MDRP)* der Weltbank, zu fördern. Ihre Operationen belaufen sich auf die Stärkung von Peacekeeping und Peacekeepingkapazitäten in Form von finanzieller und technischer Unterstützung sowie in Sachen Weiterbildung. Dabei wollen sie fragilen Staaten unter die Arme greifen, wobei die höchste Instabilität derzeit in Afrika zu verorten ist. Diese ist zudem die letzten Jahre angestiegen (2008 bargen 19 Staaten ein hohes Risiko zur Instabilität, 2010 waren es 23), weshalb der ständige militärpolitische Fokus der G-8 auf dem afrikanischen Kontinent liegt. Dort unterstützen sie unter anderem die *African Peace and Security Architecture (APSA)* (G8 2010:7,60-64).

Zudem engagieren sich die G-8 im Kapazitätenaufbau von Polizei- und zivilen Experten. Aus diesem Grund trainierten sie im Jahr 2010 rund 75.000 Truppen. Außerdem sind sie bestrebt illegalem Waffenhandel von kleinen und leichten Waffen (*SALW - Small Arms and Light Weapons*)

sowie dem illegalen Handel von natürlichen Ressourcen entgegenzuwirken. Ein Fokus liegt hierbei auf sogenannten Konfliktressourcen wie Rohöl, Diamanten, Mineralien, Bauholz und anderen knappen Ressourcen. Darüber hinaus unterstützen die G-8 konkrete Missionen wie die *Peace Support Operations (PSOs)* und die *UN Peacebuilding Commission* (G8 2010:60-65).

Die G-8 bearbeiten ebenso wie die G-20 das Problemfeld der Korruption. Sie unterstützen ebenso die *UNCAC* und das *StAR*, wollen die Gesetzte gegen Bestechung von ausländischen Amtsträgern verstärken und die Transparenz in Rohstoffsektoren erhöhen (G8 2010:55-58).

7.4. Blick in die Zukunft

Ob die G-20 die G-8 geleiteten militärischen Missionen übernimmt oder ausbaut ist ungewiss, wird aber als eher unwahrscheinlich erachtet, obwohl sie enorme Mittel hätten (15 der 20 weltweit höchsten Staatsausgaben für militärische Zwecke werden von G-20-Staaten aufgewendet – siehe Statistik). Dort wo ich hingegen das Potenzial der G-20 sehe, ist zum Einen in Sachen Konfliktprävention, da sie bestrebt sind stabile Staaten aufzubauen. Und Zweitens kann das durch das G-20 installierte Koordinationsnetzwerk in anderen Dimensionen wie der ökonomischen oder in der Rechtssicherheit das Anti-Korruptionsregimes, sofern es etabliert und funktionstüchtig ist, als Machtstruktur genutzt werden, indem kriminelle Machenschaften wie Korruption aber auch organisierte Verbrechen wie die Terrorismusfinanzierung, kriminelle Organisationen und illegale Bewegungen ausfindig gemacht werden können. Dieses könnte dann auch für andere kriminelle Strukturen angewendet werden, auf deren Wegen z.B. die Verbreitung von Waffen stattfindet. Somit würde dem Manko der G-8 hinsichtlich des Kontrollmangels von Waffentransfers Abhilfe geschaffen.

Die vorerst geringe Ambition der G-20 sich militärisch zu organisieren könnte auf die Heterogenität der Gruppe oder auf die weite Entfernung jenes Themas zum ursprünglichen Gründungszweck der G-20 als ökonomisches Forum zurückgeführt werden. Doch künftig könnte das informelle Diskussionsforum als Gelegenheit zur Problembesprechung anderer oftmals pikanter Thematiken genutzt werden und diese in der „Sideline“ der offiziellen und öffentlichen Agenda (siehe Interview Takdir) bzw. in den Treffen von einzelnen Sherpas besprochen werden.

8. Die Umweltdimension

8.1. Definition

Die Sicherheitspolitik der Umweltdimension befasst sich mit der Erhaltung der lokalen und planetaren Biosphäre, da sie als essentielles Trägersystem interpretiert wird, von der alle Menschen abhängen. Das Motto dabei lautet "think globally, act local" und ist stark von einer nachhaltigen Perspektive geprägt. Das Referenzobjekt in dieser Dimension ist "the risk of losing achieved levels of civilization ... while apparently being able to prevent doing so" (Buzan 1998:75f, 87).

Der Prozess der *Securitizing* hängt dabei einerseits von dem Diskurs innerhalb der Wissenschaft und andererseits von jenem in der Politik ab, welchem Thema eine höhere Priorität beigemessen wird. Die politische Sphäre sollte dabei adäquat zur Öffentlichkeit stehen. Somit wird die politische Agenda von öffentlichen Debatten bestimmt, sofern sie vom Volk akzeptiert und von den Medien transportiert werden. NGOs können bei diesem Meinungsbildungsprozess ebenfalls eine große Rolle spielen (Buzan 1998:72, 92). Diesen Prozess beeinflussen *lead actors* (als Initiatoren des Diskurses), *veto actors* und *veto coalitions* (als organisierte Gegenbewegung, die konträre Interpretationen entwickeln) sowie *functional actors* (die keinen Politisierungsprozess anstreben, aber sehr wohl eine Auswirkung auf das Ökosystem haben, z.B. TNK) (ebd.:77ff). Zusätzlich zu diesen Spielern kommt die geopolitische Lage und der Lebensstandard einer Region hinzu, da sie die Interessen eines Landes und den Stand ihrer Wissenschaft bestimmen (ebd.:74).

Die wesentlichen Gebiete der Umweltdimension sind die **Zerstörung des Ökosystems** und der **globale demografische Wandel**. Die Weltbevölkerung und das Ökosystem stehen interdependent zueinander, da sie sich gegenseitig determinieren und sich viceversa Grenzen auferlegen. Diese sind zunehmend verschwimmend, was eine klare Zuteilung von Ursache und Auswirkung erschwert (ebd.: 74ff). Den Ausweg aus dieser Situation sieht De Wilde ähnlich wie Brand:

„The only way to secure societies from environmental threats is to change them“
(Buzan 1998:76).

8.2. sicherheitspolitische Maßnahmen der G-20 innerhalb der Umweltdimension

Das Thema des demographischen Wandels wurde bisher nur auf Ministerial-Ebene in der Pre-Summit-Phase diskutiert. Dies wurde 2004 durch die Präsidentschaft Deutschlands initiiert und in den Folgejahren 2005 unter China und 2006 unter Australien fortgesetzt. Außerdem wurde die erste Studiengruppe der G-20 in Australien initiiert und sollte sich dem Thema des demografischen Wandels widmen. Diese bildete, neben den diesbezüglich organisierten Workshops, ein hilfreiches Instrument zum freien und informellen Meinungs austausch zu jenem Thema (G-20 2008:110). Hierbei lag der.

Der Demografische Wandel wurde von den G-20 Ministern fokussierend auf Migration und die alternden Bevölkerungen behandelt. Sie betrachtet in ihrem Treffen jedoch nicht die wachsende globale Bevölkerung und ihre damit verbundene Herausforderungen für das globale Ökosystem. Joschka Fischer hingegen hebt jene bei seinem Vortrag im Oktober 2009 an der Johns Hopkins University in Bologna hervor. Er präsentierte seine sicherheitspolitischen Perspektiven und die Auswirkungen, die der demografische Wandel auf den Energiesektor und die Umwelt hätten. Dabei wies er auf den rapiden Bevölkerungswachstum hin: am Ende des zweiten Weltkriegs umfasste die Weltbevölkerung 2,5 Milliarden Menschen, heute sind es ca. 7 Milliarden und in 20 Jahren werden es rund 9 Milliarden Menschen sein (siehe Statistik), die in über 190 verschiedenartigen Staaten leben werden. Darüber hinaus möchten die Schwellen- und Entwicklungsländer ebenfalls einen Lebensstandard, wie jenen der entwickelten Nationen genießen, was enorme Auswirkungen auf das Konsumverhalten, den Energieverbrauch und die -erzeugung sowie schließlich das globale Umweltsystem haben wird (Fischer 2010:5ff).

Bereits auf dem ersten Summit in Washington Ende 2008 waren sich die G-20 bewusst, neben der globalen Finanzkrise auch andere Verpflichtungen wie u.a. die Wahrung der Energiesicherheit und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu übernehmen (Washington 2008a:5).

In Pittsburgh gründeten die G-20 das *Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth*, in welchem sie Messmethoden erarbeiten wollen, mit deren Hilfe auch die Umwelt- und die soziale Dimension der ökonomischen Entwicklungen betrachtet werden kann. Eine Komponente dieses Rahmengerüsts zwecks nachhaltigem Wachstum stellen die Energiesicherheit und der Klimawandel dar (Pittsburgh 2009b:Pkt.5, 28). Die G-20 einigten sich auf einige Grundwerte die in

diesem Rahmen gelten sollten, wie u.a. die Notwendigkeit einer kohärenten ökonomischen, sozialen und umweltbezüglichen Strategie; oder weiters die Nachhaltigkeit von Produktion, Konsum und Nutzung der Ressourcen, um unsere Umwelt zu erhalten und den Klimawandel zu mindern (Pittsburgh 2009c:Pkt.3-5).

8.2.1. Die UN Konferenz zum Klimawandel

Auf ihrem zweiten Gipfeltreffen in London 2009 wiederholten die G-20 ihre Bestrebung, den Klimawandel zu lindern und ergänzten, dass dabei ein Prinzip der *gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung* herrsche²². Sie seien darüber hinaus bestrebt, auf der im Dezember des selben Jahres stattfindenden *UN Climate Change Conference* in Kopenhagen, eine Übereinkunft betreffend des Klimawandels zu erreichen. Sie bestätigten abermals auf ihrem Treffen in Pittsburgh im September, vor der Klimakonferenz in Kopenhagen, die Prinzipien, Ziele und Bestimmungen des *United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)*. Sie einigten sich aber lediglich darauf das Übereinkommen müsse die Themen des Klimaschutzes, Adaptierungen, Technologien und Finanzierung beinhalten (Washington 2008a:5, London 2009a:9, Pittsburgh 2009b:Pkt.32). 2010 erweiterten sie die zu behandelnden Themenfelder um Transparenz und Forstschutz (Seoul 2010b:16).

Nach der Klimakonferenz in Kopenhagen wiederholten diejenigen, die dem Abkommen beigetreten sind, dessen Unterstützung und Umsetzung und riefen gleichzeitig alle anderen auf, an ihm teilzunehmen²³. Sie postulierten abermals ihr Engagement – unter Anbetracht ihrer Kapazitäten – auf der folgenden Konferenz in Cancun Ergebnisse zu erzielen (Toronto 2010:8). Ende 2010 begrüßten sie schließlich die erwarteten Resultate der *High-Level Advisory Group on Climate Change Financing* des UN Generalsekretärs, die u.a. innovative Finanzierungsinstrumente untersuchten, und leiteten den angefertigten Bericht an ihre Finanzminister weiter. Dabei würden die G-20 Leader *fast-start finance commitments* unterstützen (Seoul 2010b:16). Die Finanzminister diskutierten auf ihrem Treffen im Februar 2011 jenen Bericht und begrüßten die positiven Ergebnisse der Klimakonferenz in Cancun, besonders die Gründung des *Grünen Klimafonds*. Sie

22 Die aufstrebenden Wirtschaften betrachten sich „nicht als Teil der Ursache, aber als Teil der Lösung“ (siehe Interview Botschafter Khullar) bzw. sehen sie sich nicht für den Klimawandel verantwortlich, da ihn die Industrienationen verursacht hätten (siehe Interview Sloan).

23 Für eine Aufschlüsselung der zum Kyoto-Protokoll beigetretenen G-20 Länder siehe Punkt *Statistiken* am Ende dieses Kapitels.

würden die Diskussionen zur Mobilisierung finanzieller Ressourcen von öffentlichen, privaten, bilateralen wie multilateralen und schließlich innovativen Finanzierungsmethoden weiter verfolgen (Paris 2011i).

8.2.2. Die Rolle der Weltbank

In Pittsburgh beschlossen die Leaders die Mandatsausweitung der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken, da sie eine führende Rolle in Thematiken, welche eine globale Koordinierung verlangen, übernehmen sollten und dabei auch zusammen auftreten und agieren sollten. Die Reform ihrer Mission wird nun auf u.a. die Problematik des Klimawandels ausgeweitet. Die G-20 hielten zudem fest, dass ausreichend Ressourcen für die Weltbank und ihre Entwicklungsbanken zu Verfügung gestellt werden, um dieses neue Mandat in Kooperation mit weiteren internationalen Organisationen ausführen zu können. Dabei sollen besagte Akteure Beiträge zur Finanzierung des Übergangs zu einer *green Economy* leisten, indem sie in eine Generierung und Nutzung von nachhaltiger und sauberer Energie investieren und generelle Energieeffizienz sowie Klimafreundlichkeit stützen. D.h. konkret müssen in die länderspezifischen Entwicklungsstrategien Maßnahmen gegen den Klimawandel integriert werden, die inländischen Politiken diesbezüglich verbessert, und der Zugang zu neuen Finanzierungsquellen für Klimaschutzmaßnahmen eröffnet werden. Außerdem würden die G-20 *freiwillige* Finanzierungen von Programmen erhöhen, welche die Ärmsten mit sauberer und erschwinglicher Energie versorgen, indem sie beispielsweise Programme für erneuerbare Energie weiter ausbauen (Pittsburgh 2009a:Pkt.21ff, Pittsburgh 2009b:Pkt.24).

In der Finanzsektorreform, die 2010 in Toronto präsentiert wurde, forderten die G-20 von den Entwicklungsbanken u.a. die Implementierung von umweltbezüglichen und sozialen Absicherungen. Sie betonten abermals dass jene eine größere Rolle im globalen Problemlösungsfindungsprozess bei transnationalen Thematiken wie Klimawandel oder Nahrungssicherheit spielen müssten (Toronto 2010d:2f).

8.2.3. Fossile Energie

2009 postulierten die G-20 die Aussetzung und Rationierung der Subventionierungen von fossilen Brennstoffen in mittelfristigem Kontext, da diese zu verschwenderischem Konsum und geringerer

Energiesicherheit führen. Darüber hinaus behindere jene Subventionierung die Investierung in saubere Energiequellen und reduziere das Engagement, Maßnahmen gegen den drohenden Klimawandel zu entwickeln (Pittsburgh 2009a:Pkt.24f). Laut OECD und der *International Energy Agency (IEA)* würde die Streichung der Subventionen von fossilen Brennstoffen bis 2020 eine Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 10% verringern. Wenn ein Staat seine Subventionierung kürzt, muss er jedoch die ärmsten Bevölkerungsschichten vor den negativen Auswirkungen beschützen. Die G-20 versprachen angesichts der Energiearmut in manchen Regionen die Lieferung essentieller Energiedienstleistungen, durch Geldtransfers und andere adäquate Mechanismen, während sie mittelfristig eine Rationalisierung und des Aussetzen der *ineffizienten* Fördermittel von fossilen Brennstoffen verfolgen. Dies gilt jedoch nicht für saubere und erneuerbare Energiequellen sowie Technologien, die zur Emissionsreduzierung beitragen. Die G-20 Energie- und Finanzminister sollten diesbezügliche Strategien und Zeithorizonte zur Implementierung erarbeiten. Dabei suchen die G-20 um Unterstützung der betroffenen Länder bei den internationalen Finanzinstitutionen an und appellieren an alle Nationen weltweit jene Politiken zu adaptieren sowie ihre Subventionierung auszusetzen (Pittsburgh 2009b:29). In Seoul wiederholten sie dieses Bestreben, schwächten seine Wirksamkeit jedoch ab, indem sie sich bezüglich der Fristsetzung auf nationale Umstände berufen. Sie erkannten, dass die Programme und Politiken zur Aussetzung der ineffizienten Subventionen von fossilen Brennstoffen einen gewissen Stand der Wissenschaft, an Experten und Kapazitäten verlangt. Die G-20 Finanz- und Energieminister sollten bis zum darauf folgenden Summit in Cannes im November 2011 einen Fortschrittsbericht der jeweiligen Länder vorlegen (Seoul 2010b:14f).

Die G-20 wollen im Zuge eines nachhaltigen Wachstums Energie aus verschiedenen, verlässlichen, erschwinglichen und sauberen Quellen beziehen. Beziehend auf die *St.Petersburger Prinzipien der Globalen Energiesicherheit* postulieren die Leader das gemeinsame Interesse von Energieproduzenten, -konsumenten und Transitländern eine weltweite Energiesicherheit zu gewährleisten. Dabei sind exzessive Preisschwankungen für Produzenten wie Konsumenten gleichsam schädigend. Konkret versprachen die G-20 zum einen Energiemarkttransparenz und Marktstabilität zu fördern, indem sie komplette, akkurate und zeitlich gerechte Informationen über das Ausmaß der Ölproduktion, des -konsums, der Raffinierung und der Vorräte, wenn möglich regelmäßig (am besten monatlich, beginnend mit Jänner 2010), zu publizieren. Die

Gruppe begrüßte die Bereitschaft des *International Energy Forum (IEF)* in Form der *Joint Oil Data Initiative (JODI)* ihre Datensammlung bezüglich Erdgas dementsprechend auszuweiten. Die G-20 Mitgliedstaaten werden ihre inländischen Kapazitäten zur Datensammlung des Energiemarktes verbessern, um die Energienachfrage und Versorgungsprognose besser ermitteln zu können, und suchen bei der OPEC und *International Energy Agency (IEA)* um eine adäquate Hilfestellung zur Kapazitätenentwicklung an. Außerdem sollen die Dialoge zwischen Produzenten und Konsumenten intensiviert werden, um bessere Marktkenntnisse, u.a. hinsichtlich Lieferung und Nachfrage sowie Preisfluktuationen, zu erhalten (Pittsburgh 2009b:Pkt.28). Dieser Punkt wurde in der IEF-Charter verankert. Zudem plant das IEF in Zusammenarbeit mit IEA und OPEC ein jährliches Symposium abzuhalten, in dem die größten relevanten Institutionen ihre Ausblicke betreffend des Energiemarktes abgeben. Dabei werden sie von den G-20 gebeten ein gemeinsames Communiqué und einen gemeinsamen Bericht zu erstellen, in welchem sie ihre Ausblicke und ihre Prognosen für die Ölmarktnachfrage und sein Angebot in kurz-, mittel- und langfristigem Kontext erstellen. Darüber hinaus begrüßen die G-20 die fortlaufende Arbeit der Organisationen an den Verbindungen zwischen dem physischen und dem Finanzmarkt des Rohöls (Seoul 2010b:15).

Zusätzlich zu jenen Vorhaben bezüglich der Markttransparenz sollen die Energiemärkte besser kontrolliert und beaufsichtigt werden, indem die Empfehlungen betreffend Terminwarenmärkte (formuliert von der *International Organization of Securities Commissions – IOSCO*) umgesetzt werden. Dabei suchen die G-20 bei relevanten Kontrollbehörden an, Daten über große Konzentrationen von Handelspositionen hinsichtlich Öl in den nationalen Terminwarenmärkten sowie bezüglich grenzübergreifender Rohölmärkte zu sammeln und Schritte gegen Marktmanipulation, die zu exzessiven Preisschwankungen führen, zu formulieren. Die Marktdaten sollen bestmöglich verfeinert und in internationaler Koordinierung verbessert werden. Die IOSCO soll den nationalen Regierungen bei der Implementierung dieser Politiken und in zukünftigen Analysen (z.B. betreffend Preisschwankungen) Hilfestellung leisten, länderspezifische Empfehlungen formulieren und regelmäßig über den Fortschritt berichten (Pittsburgh 2009b:Pkt.28). Die IOSCO erstellte im Juni und November 2010 je einen Bericht und wurden in Seoul von den G-20 gebeten die folgenden Entwicklungen auf den ländergrenzüberschreitenden Ölmärkten zu beobachten und dem FSB Überlegungen für weitere Handlungsschritte zur

Transparenzsteigerung und zur besseren Regulierung der Finanzölmärkte vorlegen. Außerdem wird die Energie-Expertengruppe gebeten ihre Arbeit bezüglich Preisvolatilität auf andere fossile Brennstoffe auszuweiten (Seoul 2010b:15).

Die G-20 beauftragten u.a. IEA, OPEC, OECD und die Weltbank eine Analyse zum Umfang der Energiesubventionierung und Vorschläge zur Umsetzung ihrer Initiativen zu Verfügung zu stellen (Pittsburgh 2009b.Pkt.30). Jene Organisationen wurden auf dem Gipfeltreffen in Seoul gebeten den weiteren Fortschritt zu bewerten und zu überprüfen und bis zum darauf folgenden Summit in Frankreich Ende 2011 zu berichten bzw. bis zum Finanzministertreffen im April 2011 einen gemeinsamen Bericht vorzulegen, welcher die Einschätzung des Öl Spotmarktpreises von Ölpreisberichterstattem beinhaltet sowie seine Auswirkungen auf die Transparenz und Funktionalität des Ölmarktes. Außerdem sollten die Organisationen spezifische Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der JODI Datenbank hinsichtlich Qualität, Aktualität und Verlässlichkeit abgeben und entsprechende Zeitrahmen und Umsetzungspolitiken vorschlagen (Seoul 2010b:15). Die Finanzminister begrüßten bei ihrem Treffen im Februar 2011 den Zwischenbericht der genannten Organisationen und baten um weitere Details zur Umsetzung ihrer Empfehlungen. Sie wendeten sich an das IEF, auf deren nächstem Treffen Ende Februar, konkrete Strategien zur Verbesserung des Dialogs zwischen Produzenten und Konsumenten zu erarbeiten. Sie fragten bei IMF, IEF, IEA, GECF und OPEC an, bis Oktober 2011 konkrete Empfehlungen zu formulieren, um die Arbeit der G-20 von den Schwankungen des Ölpreises auf jene von Gas und Kohle zu erweitern (Paris 2011i).

8.2.4. Saubere Energie

Als wesentliche Maßnahmen des Umweltschutzes und gegen den Klimawandel nennen die G-20 die Erhöhung der Lieferung von erneuerbarer und sauberer Energie, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Förderung des Umweltschutzes. D.h. die Adaptierung von adäquaten Technologien und Maßnahmen muss beschleunigt werden. Konkret legen die G-20 fest, die Investitionen in saubere und erneuerbare Energie sowie Energieeffizienz anzuregen, sowie klimafreundliche Energieförderungsprojekte in Entwicklungsländern finanziell und technisch zu unterstützen. Zudem wollen sie die Verbreitung der Technologie für saubere Energieformen erleichtern, wie z.B. durch gemeinsame Forschung und Kapazitätenaufbau. Sie diskutierten die

mögliche Eliminierung oder Reduzierung von Handels- und Investitionsbarrieren, beriefen sich dann jedoch auf die Freiwilligkeit und auf die Weiterverfolgung dieser Themen in adäquaten Foren (Pittsburgh 2009b:Pkt.31).

Um den **Zugang** zu Energie zu erhöhen, wollen die G-20 den Einsatz von sauberen und erschwinglichen Energieressourcen in den Entwicklungsländern fördern. Zu diesem Zwecke verpflichten sie sich zu *freiwilligen* Finanzierungsprogrammen, wie das Ausbauen von dem *Renewable Energy Program* und der *Energy for the Poor Initiative*. Darüber hinaus sollen bilateralen Leistungen besser aufeinander abgestimmt werden (Pittsburgh 2009b:Pkt.40).

8.2.5. Meeresschutz

Angesichts der Ölverschmutzung im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010 erkennen die G-20 die erforderliche Zusammenarbeit und Ermittlung von Best Practices in Sachen Meeresumweltschutz, Verhinderung von Unfällen auf Offshore-Explorationen, in der Entwicklung sowie auf Transportwegen und wie mit den Konsequenzen am besten umgegangen werden kann (Toronto 2010a:8). In Seoul begrüßten die G-20 den diesbezüglichen Fortschritt der durch die *Global Marine Environment Protection (GMEP)* Initiative erreicht wurde. Als ersten Schritt des Torontomandats arbeitete die GMEP-Expertenuntergruppe an einer Überprüfung der internationalen Kontrolle der Offshore-Exploration von Öl und Gas, ihrer Produktion und des Transports. Künftige Initiativen sollten von bereits vorhandenen und verfügbaren Resultaten seitens der US-amerikanischen *National Commission on the BP Deepwater Horizon Oil Spill* und der australischen *Montara Commission of Inquiry* profitieren. Die Untergruppe solle in Zusammenarbeit mit der *International Maritime Organisation (IMO)*, OECD, IEA, OPEC, *International Regulators Forum* und der *International Association of Drilling Contractors* in Konsultation mit relevanten Stakeholdern bis zum Gipfeltreffen in Frankreich Ende 2011 einen Bericht erstellen, in welchem sie die Best Practices zum Meeresumweltschutz wiedergeben (Seoul 2010b:15f).

8.2.6. Klimawandel und Grünes Wachstum

Auf dem G-20 Summit in Seoul Ende 2010 postulierten die Leader der globale Klimawandel sei als dringliche Priorität für alle Nationen einzustufen. Die G-20 erkannten den Zusammenhang

zwischen dem Klimawandel und der fortlaufende Reduzierung der Artenvielfalt und definierten dies als globale ökologische und ökonomische Herausforderung.

Auf diesem Gipfeltreffen verpflichteten sich die Mitglieder zu nationalgeleiteten Politiken die auf ein grünes Wachstum abzielen. Diese sollen ein umweltfreundliches und nachhaltiges globales Wachstum gewährleisten, welches Arbeitsplätze schafft, während der Energiezugang für die Armen gesichert wird. Die G-20 verstehen ein nachhaltiges grünes Wachstum als einen integralen Bestandteil von Entwicklung und einer Strategie einer qualitativ hochwertigen Entwicklung, die es den Nationen ermöglicht alte Technologien zu überwinden indem sie Energieeffizienz und saubere Technologien umsetzen. Die Gruppe will nun durch ihr Handeln das geeignete Umfeld für jene Entwicklungen schaffen und den Einsatz neuer Technologien mittels technischem Transfer und Kapazitätenaufbau grenzüberschreitend verbreiten. Sie unterstützen die Initiativen der *Clean Energy Ministerial* und würden dabei eine Kombination aus Forschung und Entwicklung sowie Lenkungsmaßnahmen mit den führenden Wirtschaftlern vorschlagen und bitten die *Energy Experts Group* diesbezügliche Beobachtungen durchzuführen um einen Fortschrittsbericht bis 2011 in Cannes anzufertigen. Außerdem legten die G-20 fest, Investitionen in Technologien für sauberer Energie, Energie- und Ressourceneffizienz, grüne Transportmöglichkeiten sowie grüne Städte mittels Finanzierungsmobilisierung zu fördern. Weitere diesbezügliche Vorhaben sind z.B. die Etablierung von klaren und konsistenten Standards, die Entwicklung von langfristigen Energiepolitiken, die Unterstützung von Bildung, Unternehmen sowie Forschung und Entwicklung (*R&D*) anzuregen und dabei eine permanente grenzübergreifende Kooperation zu schaffen, die in Koordination mit den nationalen Gesetzeskonzepten agiert (Seoul 2010b:16).

8.3. Lösungsansatz

Um diese Umstrukturierung zu einem grünen Wachstum tatsächlich zu organisieren, braucht es Antworten und Lösungsmodelle auf die Herausforderungen bezüglich 1) der weiterhin gewährleisteten Effizienz seitens der Industrie um einen möglichen Wirtschaftseinbruch zu vermeiden; 2) neue und innovative Finanzierungsquellen und 3) effektive, realistische und anwendbare Instrumente. Mankiw nennt eine Möglichkeit die Wirtschaft für jene Industrien aufrechtzuerhalten, die ihre verursachten CO₂-Emissionen als unverzichtbar betrachten, indem Verschmutzungszertifikate von Staat versteigert werden. Die Anzahl der ausgegebenen Zertifikate

ist an die Höhe der vom Staat tolerierbarer Verschmutzungswerte gebunden. Der Preis der folglich limitierten Aushändigung von Verschmutzungszertifikaten würde vom Höchstbietenden bestimmt werden (Mankiw 2007:171f). Somit wäre gleichzeitig eine Finanzierungsquelle für weitere Klimaschutzmaßnahmen installiert, während wahrscheinlich viele Industrien auf eine emissionsreiche Produktion verzichten müssten. Der derzeitige Handel von Emissionszertifikaten wäre damit zwar nicht eingedämmt, er hätte allerdings eine andere Organisationsform, die nicht die verhandelnden Firmen sondern den Staat bereichern würde.

Wenn diese Transition zu einer grünen Wirtschaft also tatsächlich stattfinden würde, würden Arbeitsplätze sowie Einkommen und Erträge geschaffen werden. Sie würde die Forschung an neuen Technologien vorantreiben. Darüber hinaus würden sie neue politische Strukturen und neuartige regionale Kooperationen benötigen (Fischer 2010:12). Die derzeit vorherrschende Knappheit an Ingenieuren, die neue Technologien entwickeln und installieren können, müsste aufgefüllt werden, indem geeignete Studiengänge angeboten und gegebenenfalls unterstützt werden. Dies verlangt zudem ein Brückenbauen zwischen der Nachfrage der Wirtschaft und angebotenen Möglichkeiten der Bildung – geleitet von den politischen Zielen und ihren strukturellen Rahmenbedingungen (Financial Times 2011/01/12). Eine nachhaltige und klimafreundliche Wirtschaft muss 1) den Klimawandel lindern, 2) die Artenvielfalt aufrecht erhalten und 3) für Nahrungssicherheit sorgen. Dabei muss ein intelligenter, systematischer Ansatz verfolgt werden, der auf lokaler Ebene und vor dem Hintergrund dieser drei Grundaspekte, die möglichen Optionen und schließlich die beste Komposition der potenziellen Energiequellen herausfiltert (Interview Sandoval). Bei der Nutzung jener Energieträger ist die dezentralisierte Organisation und Infrastruktur vorteilhaft, da sie eine relative Unabhängigkeit von Großstädten und reduzierte Transferkosten ermöglicht (Interview Khullar).

8.4. Blick in die Zukunft

Die G-20 bearbeiten bereits Themen der fossilen Brennstoffe, wie die finanzpolitischen Auswirkungen und Abhängigkeiten von Öl, und werden dies auf Erdgas und Kohle ausweiten. Im Zuge der durch das Erdbeben und den anschließenden Tsunami verursachte Atomkatastrophe in Japan Mitte März 2011 und den verheerenden Folgen, die trotz fortgeschrittenen Technologien des 1.Welt-Landes bereits die Ausmaße der Tschernobyl-Katastrophe von 1986 erreicht und

vermutlich noch überschreiten werden, da radioaktives Wasser ins Meer geleitet wurde und somit der Lebensraum sowie die Nahrungskette vieler Tierarten und des Menschen betroffen ist, könnten die G-20 auch das Thema der Nuklearenergie in absehbarer Zukunft auf ihre Tagesordnung setzen.

Frankreichs Präsident Sarkozy verlautbarte die Überlegung ein permanentes G-20 Sekretariat zu installieren, welches sich generellen Themen wie z.B. dem Klimawandel widmen würde. Die nachfolgende G-20 Präsidentschaft im Jahr 2012 von Mexiko birgt ebenso die Wahrscheinlichkeit, die Agenda der Gruppe zu erweitern. Der mexikanische Präsident Calderón nennt dabei explizit das Thema des Klimawandels (Guebert, Lennox 2011a:10).

Als weitere künftige umweltsicherheitspolitische Herausforderungen benennt Joschka Fischer den Zugang zu Trinkwasser zu sichern sowie die Nachfrage nach Fleischprodukten zu regulieren (Fischer 2010:11). Diese Themen liegen jedoch nach meiner Einschätzung noch in ferner Zukunft der G-20-Agenda.

9. Food Security

9.1. Definition

Die UNDP definiert in ihrem *Human Development Report 1994* Ernährungssicherheit als **Zugang zu den Grundnahrungsmitteln** in ökonomischer wie physischer Hinsicht. Dieser muss jedenfalls – entweder durch die Möglichkeit der Selbstproduktion, durch Erwerb oder auf Grund von staatlicher Verteilung – in ausreichendem Maß vorhanden sein. Das Problem der Unterernährung in vielen Regionen der Welt ist durch die ungerechte Verteilung der Nahrungsmittel und das Fehlen von konsequenten Machgebern bedingt. Zum Erscheinen des Berichts betrug die Anzahl der unterernährten Menschen in Sub-Sahara Afrika rund 240 Millionen, also 30% der Bevölkerung. Weltweit hungerten dato 800 Millionen Menschen (UNDP 1994:27). Heute hingegen leiden eine Milliarde Menschen an Unterernährung (FAO 2010:4) bzw. an chronischem Hunger, wie dies die amerikanische Ernährungsinitiative formuliert. Dies entspricht einem Sechstel der Weltbevölkerung (US Government 2010a:2).

Die US-amerikanische Regierungsinitiative *Feed the Future* definiert Nahrungssicherheit wie folgt:

“A family is considered food secure when its members do not live in hunger or fear of hunger. ... People must also have the knowledge and basic sanitary conditions to choose, prepare, and distribute food in a way that results in good nutrition for all family members. Finally, the ability to access and utilize food must remain stable and sustained over time” (US Government 2010a:iv).

9.2. Maßnahmen zu Food Security in den G-20

Neben seitenweisen ökonomischen Verpflichtungen ist in dem Leaderstatement, das nach dem ersten G-20 Gipfeltreffen 2008 verfasst wurde, auch das Engagement der Gruppe bezüglich anderen globalen Herausforderungen wie unter anderem die Nahrungssicherheit in einem Satz festgehalten (Washington 2008a:5).

9.2.1. Millennium Development Goal No.1

In Washington erkannten die G-20 die schädlichen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Ärmsten der Welt und wiederholten die Wichtigkeit der *Millennium Development Goals (MDGs)* (Washington 2008a:5). Vor allem durch die folgende Nahrungsmittelkrise, verursacht durch die weltweite Steigerung der Nahrungsmittelpreise während der Finanzkrise, mussten die Ärmsten in

einen globalen Wirtschaftswachstumsplan eingeschlossen werden. Deswegen verlautbarten die G-20 in Pittsburgh ihre bereits postulierten Versprechungen bezüglich der MDGs und der *Official Development Assistance* einzuhalten und gemeinsam zu kooperieren um den Zugang zu Nahrungsmitteln, Kraftstoffen und Finanzierung für die armen Regionen der Welt zu verbessern und die illegalen Kapitalabflüsse, die von den Entwicklungsländern für andere Zwecke wieder hinaus transferiert werden, einzudämmen (Pittsburgh 2009b:Pkt.34-38, Pittsburgh 2009a:Pkt.22).

Konkret handelt es sich um das erste MDGs, welches sich auf die Nahrungssicherheit bezieht. Es verfolgt unter anderem die Halbierung der Anzahl an weltweit hungernden Menschen (siehe Statistik). Der ökonomische Aspekt jenes Zieles widmet sich zum einen der Halbierung von extremer Armut, d.h. Menschen die mit weniger als \$1 pro Tag auskommen müssen; und zum anderen der Erreichung von Vollbeschäftigung und einen ordentlichen Arbeitsplatz für jeden – Männer, Frauen sowie Jugendliche. Tatsächlich wurde die Anzahl der Menschen, die 2005 mit weniger als \$1,25 pro Tag ihren Lebensunterhalt finanzieren mussten, in den meisten Regionen seit 1990 reduziert. Das Ziel der Halbierung wurde von Ostasien, Süd-Ost-Asien und den europäischen CIS-Ländern erreicht. Eine verschlimmerte Situation im Vergleich zu 1990 hingegen ist in den asiatischen CIS-Ländern, Westasien und den Transitionsländern Süd-Ost-Europas zu finden. Das Bestreben hinsichtlich der Nahrungsperspektive wurde 2005 um Längen verfehlt. In manchen Regionen, wie Ozeanien, Ostasien (exklusive China) und Westasien stieg die Anzahl der unterernährten Bevölkerung sogar an. 2008 waren noch mindestens 6% und maximal 46% (in Südasien) der Kinder unter fünf Jahren untergewichtig. Die Gesamtzahl und der Prozentsatz der unterernährten Personen in Entwicklungsländern bleibt somit weiterhin hoch und erreichte, nach einem leichten Anstieg ab 2000, während der Finanz- und Ernährungskrise 2009 wahrscheinlich einen neuen Höhepunkt. Zuvor waren 2007 830 Millionen Menschen unterernährt, was über 15% der Bevölkerung in Entwicklungsländern widerspiegelt. Das sind 25 Millionen mehr, als fünf Jahre zuvor (UN 2010:6-15).

9.2.2. Eine weltweite Partnerschaft für Landwirtschafts- und Nahrungssicherheit

Die *Global Partnership for Agriculture, Food Security and Nutrition* wurde 2009 auf dem G-8 Summit in Aquila, Italien, gegründet (G-8 2010:42). Bereits zuvor, im Juni 2008, wurde als Reaktion auf die dato vorherrschende Nahrungskrise (laut Frankreich) von dem französischen Präsidenten

Sarkozy die Idee geboren eben jene weltweite *Partnerschaft für Landwirtschafts- und Nahrungssicherheit sowie Ernährung* zu gründen. Ihre drei Ziele sollten: eine geeignete Form der Governance zwecks hoher Kohärenz errichten; Expertisen und Nahrungswissenschaften zugänglich machen; sowie eine entsprechende Finanzierung gewährleisten. Die Partnerschaft förderte eine Reform des UN-Komitees für Nahrungssicherheit und etablierte zudem eine High-Level Gruppe von Experten, welche wissenschaftliche Expertisen liefern (France 2011e).

In London versprachen die Leader Ressourcen, die dem sozialen Schutz in den ärmsten Ländern zu Gute kommen sollte. Dabei wollen sie in langfristige Nahrungssicherheit investieren und die *Infrastructure Crises Facility* und den *Rapid Social Response Fund* des *Vulnerability Framework* der Weltbank mittels freiwilligen und bilateralen Spenden aufstocken (London 2009a:8). Um eine langzeitige Nahrungsmittelsicherheit zu etablieren benötigt es eine fortwährende Finanzierung und gezielte Investierung. Dabei soll die in Aquila kreierte *Initiative zur Nahrungssicherheit* eine Hilfestellung bieten, welche die Implementierung der *Global Partnership for Agriculture and Food Security* unterstützt und Abhilfe in exzessiven Schwankungen der Nahrungsmittelpreise schaffen soll (Pittsburgh 2009b:Pkt.39).

In Toronto wurde 2010 das *Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP)* gegründet um vorangegangene Zielsetzungen in Sachen Nahrungssicherheit und die Implementierung der *Global Partnership for Agriculture and Food Security* adäquat umzusetzen. Dieses Programm ist in Form eines Multi-Geber Treuefonds organisiert, welcher von der Weltbank verwaltet wird und von vielen Internationalen Organisationen bereits implementiert wurde (US Government 2010a:5). Die Partnerschaft soll dabei die Produktivität im Landwirtschaftssektor sowie die Einkommen der ländlichen Bevölkerung erhöhen und ein nachhaltiges Landwirtschaftssystem aufbauen. Dabei soll dem Privatsektor die Möglichkeit zur Partizipation eröffnet werden, welche wiederum die Investition in kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe und Ackerbauern seitens Privater fördern würde. Zudem möchten die G-20 ergebnisorientierte Mechanismen erforschen, welche die Nutzung des Privatsektors für Innovationen in der Landwirtschaft untersuchen. Diese wurden später auf dem darauffolgenden Summit in Seoul in Form des *Multi-Year Action Plan* weiterverfolgt. Zudem rufen sie auf jenem Summit in Toronto zur Implementierung der Aquila Initiative und ihren Prinzipien auf (Toronto 2010a:6).

9.2.3. Multi-Year Action Plan

In Seoul wird das Thema der Nahrungssicherheit eigenständig sowie unter anderen Aspekten aufgegriffen. Dies betrifft beispielsweise ihre Vorhaben bezüglich Handel und Entwicklungspolitik, in welchem sie ausdrücklich die Nahrungssicherheit in LICs stabilisieren wollen. Um dies gewährleisten zu können, behandeln sie später jenen Sicherheitsbereich als eigene Rubrik im *Multi-Year Action Plan*.

Dabei sollen die **Kohärenz** und die effektive **Koordinierung** der Sicherheitspolitiken bezüglich Nahrung ausgebaut werden um die Landwirtschaftsproduktivität und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen sehen die G-20 vor, das derzeit vorhandene System der Agrarwissenschaft zu stärken. Dafür sollen FAO und Weltbank Empfehlungen zu innovativen und lösungsorientierten Mechanismen formulieren, wie dies beispielsweise von der *Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR)* untersucht wurde. Darüber hinaus sollen FAO, die Weltbank und die OECD in Zusammenarbeit mit der *Aquila Food Security Initiative (AFSI)* die Einhaltung der Versprechen von den G-20 überwachen und den Fortschritt bis zum kommenden Summit in Frankreich Ende 2011 zu berichten. Mittelfristig will die Gruppe Technologien in der tropischen Landwirtschaft untersuchen um weitere Kapazitäten aufzubauen. Zudem fragten sie die wichtigsten internationalen Organisationen im Ernährungsbereich, wie das *UN Committee on World Food Security (CFS)*, Engpässe zu identifizieren und Optionen zur Kohärenzsteigerungen bezüglich unterschiedlicher Praktiken vorzuschlagen. Dies soll in Harmonie mit den in Rom, auf dem Weltgipfeltreffen zur Nahrungssicherheit Ende 2009, vereinbarten Prinzipien zur globalen Politikkohärenz stehen. Außerdem verfolgen sie eine Risikominderung für eine nachhaltige Landwirtschaftsproduktivität, sowie das Ziel einen adäquaten Zugang zu Lebensmitteln, Nahrung und Krisenprävention zu gewährleisten. Die Resultate sollten auf die Nutzung des Potenzials innerhalb des Agrarsektors konzentriert sein und ein anhaltendes Wirtschaftswachstum sowie Armutsreduzierung schaffen. Der Privatsektor sollte sein diesbezügliches Engagement ebenfalls ankurbeln. Schließlich sollen die Nord-Süd-, aber auch die Süd-Süd- sowie die trianguläre Kooperation gestärkt werden (Seoul 2010b:13, Seoul 2010d:6).

Das zweite Vorhaben, das im *Multi-Year Action Plan* bezüglich Nahrungssicherheit publiziert

wurde, ist die Risikominderung der **Preisvolatilität** mit Hinblick auf den Stärkeren Schutz für die Meistverletzlichen. Dabei sollen Internationale Organisationen, wie FAO, IFAAD, IMF, OECD, UNCTAD, WFP, die Weltbank und WTO gebeten werden, in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Stakeholdern Vorschläge zu einem verbesserten Management und reduzierten Risiken hinsichtlich der Preisschwankungen von Nahrungsmitteln und anderen Agrarprodukten zu entwickeln – ohne dabei den Markt zu verzerren. Die Weltbank wurde beauftragt Maßnahmen zu erarbeiten, die transparentere Informationen über nationale und regionale Nahrungsmittelvorräte und Nahrungsmittelproduktionspläne liefern. Dabei müssen Ernährungsmaßnahmen sowie die humanitäre Versorgung für die ärmsten Bevölkerungsschichten gewährleistet werden. Außerdem soll mittelfristig die Versorgung durch kleinstrukturiert Landwirtschaft gestärkt werden. Mittels regionaler und inländischer Strategien soll ihr Marktzugang verbreitert werden. Die G-20 bitten UNCTAD, die Weltbank, FAO, IFAD und andere relevante Internationale Organisationen Möglichkeiten zu untersuchen, welche verantwortungsbewusste Investitionen in den Agrarsektor bezwecken (Seoul 2010d:6).

Die G-20 erkennen den Bedarf an weiteren Finanzierungsquellen für die landwirtschaftliche Entwicklung und begrüßen die Versprechen seitens des GAFSP und anderen bilateralen und multilateralen Initiativen. Sie rufen den Privatsektor, die G-20-Mitglieder sowie Nicht-Mitglieder auf, sich ebenfalls an jenem oder ähnlichen Programmen zu beteiligen (Seoul 2010d:6).

9.2.4. Die Rolle der Weltbank

Im Zuge der Reform des Finanzsektors auf internationaler Ebene und den internationalen Finanzinstitutionen, allen voran die Bretton Woods Institutionen, betrauen die G-20 von da an die Weltbank mit weiteren global zu koordinierenden Problemfeldern wie Klimawandel und Nahrungssicherheit. Für entsprechende Ressourcen für die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken wird von den G-20 gesorgt. Die Weltbank wurde in Pittsburgh beauftragt einen neuen multilateralen Treuefond zu gründen, welche dato neue *Food Security Initiative* für LICs stützt, und in jenen Ländern die Hilfsprogramme im Agrarsektor ausbaut. Dies soll die globale Ernährungssituation verbessern und nachhaltige Landwirtschaftssysteme aufbauen. Dabei sollen Programme wie z.B. das *Comprehensive African Agricultural Development Programme (CAADP)* und ähnliche eingesetzt werden, welche eine schnelle Verfügung von finanziellen Mitteln

gewährleisten, die Politiken des Landes selbst wahren, den Prinzipien der Effektiven Entwicklungshilfe nicht widersprechen und schließlich die Partizipation von privaten Stiftungen, Wirtschaften und NGOs ermöglichen. Diese Leistungen sollten das *UN Comprehensive Framework for Agriculture* ergänzen (Pittsburgh 2009a:Pkt.21-24, Pittsburgh 2009b:Pkt.39).

Konkret verlangen die G-20 von der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und anderen internationalen Organisationen, dass ihr Fokus bezüglich Nahrungssicherheit mit entsprechend spezialisierten Akteuren, wie der *Food and Agricultural Organisation (FAO)*, dem *International Fund for Agricultural Development (IFAD)*, dem *World Food Programme (WFP)* und anderen Stakeholdern, abgestimmt und ihre Arbeit in Kooperation untereinander ausgeführt wird. Ihr Schwerpunkt sollte auf gesteigerter Produktivität in der Landwirtschaft sowie dem verbesserten Zugang zu Technologien und Nahrungsmitteln konzentriert sein und einen Mechanismus inkludieren, der die primäre Führung von dem jeweiligen Land selbst gewährleistet (Pittsburgh 2009a:Pkt.21-24, Pittsburgh 2009b:Pkt.39).

In Toronto wiederholen die G-20 in ihrem Konzept zur Reform des internationalen Finanzsektors dezidiert das ausgeweitete Mandat der Multilateralen Entwicklungsbanken, indem sie bei transnationalen Problemen, wie Nahrungssicherheit, eine gewichtigere Rolle als Lösungsfinder spielen müssen. Diese neu strukturierten Entwicklungsbanken sollen einen effizienten Beitrag zur Sicherheit und zur Erhöhung des Lebensstandards der ärmsten Menschen leisten (Toronto 2010d:3).

9.2.5. Prioritäten für 2011

Nachdem die G-20 Länder über 54% der globalen Landwirtschaftsflächen, 65% des Ackerlandes und 77% der weltweiten Getreideproduktion von 2008 verfügten, sieht Frankreich die G-20 als das richtige Forum an, um das Thema der Nahrungsmittelpreisschwankungen in Angriff zu nehmen. Die Wichtigkeit für stabile Lebensmittelpreise liegt darin, dass exzessive Preisvolatilität die Nahrungssicherheit erheblich gefährden kann. Über diesen Aspekt werden die G-20 Landwirtschaftsminister auf ihrem erstmaligen Treffen auf G-20-Ebene Mitte 2011 beraten. In Zukunft sollen Ernährungskrisen wie jene 2007-2008 und den daraus folgenden Aufständen (z.B. in Senegal oder Mosambik) vermieden werden. Diese resultieren aus den Auswirkungen von Nahrungsmittelpreisschwankungen einerseits auf die Konsumentenkaufkraft sowie andererseits

auf die Löhne der Rohstoffproduzenten. Um Vorkehrungsmaßnahmen bzw. das Management in ausgebrochenen Krisen zu verbessern soll die Agrarproduktion in den Schwellenländern gesteigert werden. Darüber hinaus hat laut Frankreich die vergangene Nahrungskrise gezeigt, dass ein Mangel an einer internationalen Behörde herrscht. Diese sollte die Reaktionen der Regierungen widerspiegeln und unilaterale Maßnahmen die kontraproduktiv sein könnten (wie z.B. Exportrestriktionen) bündeln. Außerdem sollen strategische Notfalllager für Lebensmittel angelegt werden. Im Endeffekt müssen Nahrungskrisen international besser koordiniert werden (France 2011d).

Frankreich rechnet vor, wenn die Weltbevölkerung bis 2050 auf 9 Milliarden Menschen ansteigt müsste die Agrarproduktion um 70% angehoben werden und die Investitionen in Entwicklungsländer müssten um \$83 Milliarden pro Jahr erhöht werden. Laut FAO besteht für 2011 die Gefahr, dass sich die Versorgungskrise von 2008 heuer wiederholen könnte (France 2011a).

Um in dieser Ausgangslage, in welcher der Zugang zu Agrarland schwer erkämpft ist, effektive Nahrungssicherheit gewährleisten zu können, sieht Frankreich den Bedarf an einer weiten Palette öffentlicher Politiken. Diese umfasst nicht nur den Landwirtschaftssektor, sondern auch jenen der Bildung, der Gesundheit, Energie, Handel und die Wissenschaft. Frankreich erkennt dabei vier Dimensionen der Nahrungssicherheit: 1) die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf Grund ausreichender Agrarproduktion, 2) den Zugang zu Hauptnahrungsmitteln und ihre adäquate Subventionierung, 3) die nährreiche und gesunde Qualität der Lebensmittel, sowie 4) die Stabilität der Nahrungsversorgung um Krisen vorzubeugen. Um diese Sicherheit tatsächlich wahren zu können bedarf es der Zusammenarbeit aller Involvierten. Dabei müsse die globale Partnerschaft für Nahrungsmittelsicherheit dafür sorgen, dass die Dimensionen zueinander in Gleichgewicht stehen, während sie Lösungen für anstehende Probleme wie Nahrungsmittelpreisvolatilität, Ackerbesitz und den Klimawandel zu erarbeiten sucht (France 2011e).

9.3. Blick in die Zukunft

Zur Zeit verhandeln Afrika und die EU über ein *Economic Partnership Agreement (EPA)* die ihre Handelsbeziehungen, inklusive Zollltarife, in verschiedenen Sektoren regeln soll. Ein Risiko das einige Experten sehen, ist die WTO-kompatible Linie welche die EU einhalten muss. Somit würden

sich sogenannte *WTO plus Obligationen* über das EPA auf die afrikanischen Wirtschaften durchschlagen. Dieses Übereinkommen wird jedenfalls Auswirkungen auf den Agrarsektor haben. Bei einer Liberalisierung müsste bezüglich der Nahrungssicherheit mit verheerenden Konsequenzen gerechnet werden, da die Lebensmittelpreise dann auch von den Importen abhängen würden, ebenso die Löhne der Landwirte. Westafrika, Ost- und Südafrika (ESA) und die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) haben sich dazu bereit erklärt Verhandlungen zwecks Liberalisierungsbestreben durchzuführen. Dabei sieht die EU eine Reduzierung der Zölle von europäischen Waren um 80% nach Afrika und eine vollständige Zollaufhebung von Waren die von Afrika in die EU geliefert werden. Der große Unterschied zwischen diesen beiden Regionen liegt jedoch in der Produktionsweise: die EU subventioniert ihre Agrarbauern, welche in großen Mengen produzieren. Die meisten afrikanischen Bauern hingegen bewirtschaften eine geringe Fläche und produzieren lediglich für den lokalen Vertrieb. Unter diesen Voraussetzungen wird es für die afrikanischen Bauern schwer mit den wettbewerbsfähigen Landwirten der EU mithalten zu können. Zudem wird durch die EU-Subventionen oft der reale Preis gedrückt, d.h. ein afrikanischer Agrarwirt muss seine Ware von Anfang an billiger, als sein europäisches Pendant anbieten, um den Zuschuss der EU wieder aufzuwiegen und mit dem Wettbewerb mithalten zu können. Dies schlägt sich wiederum direkt auf den somit reduzierten Lohn und Lebensstandard nieder. Es wird unweigerlich dazu führen, dass einige afrikanische Landwirtschaftende vom Markt verdrängt werden. Darüber hinaus ist die Selbstversorgung mit lokalen Nahrungsmitteln des jeweiligen Farmers, seiner Familie und der Region, die er vorher beliefert hatte, offensichtlich nicht mehr möglich. Die Region ist nun von den Lebensmittelpreisen der Importe abhängig, die in Krisenzeiten heftig auf die globalen Finanzmärkte reagieren (Machemedze 2010:22f).

9.4. Lösungsansatz

In letztbeschriebenem Fall könnte die Reduzierung der Nahrungsimporte Abhilfe schaffen, die gleichzeitig eine Reduzierung der Abhängigkeit ausländischer Märkte und ihrer Preise mit sich bringen würde. Somit würden sich die Folgen der Preisspekulationen im Lebensmittelbereich nicht direkt und sofort auf die Regionen niederschlagen. Außerdem wäre das Ansteigen des Weltpreises ein Vorteil für jene Länder, da sie, bei Bedarf, laut Theorie der Mikroökonomie nach Mankiw in

diesem Falle im Vergleich billiger produzieren könnten (sofern der Regionalpreis unter jenem des Weltmarktes liegt) und somit die Nachfrage steigen würde (Mankiw 2007:144).

Dass heißt, wie schon in der politischen Sicherheitsdimension erwähnt, müsste Personal im Agrarsektor geschult werden, wie z.B. durch importiertes *Know How* von weiter entwickelten Ländern. Dies findet derzeit unter anderem zwischen Indien und Afrika statt, wobei indische Experten den afrikanischen Agrarbauern neue Techniken näher bringen (Interview Khullar).

9.5. Allianzen

Im Zuge der US-amerikanischen Regierungsinitiative *Feed the Future* bilden die USA mit Brasilien, Indien, Nigeria und Südafrika eine strategische Partnerschaft (US Government 2010a:24)

Die G-8 leisteten einen wesentlichen Grundstock in Sachen Nahrungssicherheit, auf den die G-20 aufbauen können. Diese Basis wird unter anderem von den Vereinbarungen auf dem G-8 Summit in Aquila 2009 gebildet. Im Zuge der dortigen gemeinsamen Deklaration einigten sich 40 Welt-Leader und Direktoren von Internationalen Organisationen auf die wesentlichen Prinzipien im Bereich der Nahrungssicherheit. Um den Rückgang der Investitionen in den Agrarsektor entgegenzuwirken gründeten die acht Leader die *Aquila Food Security Initiative (AFSI)*. Diese zielt erstens auf die kurzfristige und schnell reagierende Notfallversorgung ab, die in Form von *Emergency Food Aid* installiert wurde, sowie zweitens langfristige Entwicklungsmaßnahmen, z.B. in der Infrastruktur, plant. Durch die G-8 und weiteren Gebern sollen \$20 Milliarden frei gemacht werden. Dabei sollen die Transparenz und die Rechenschaftspflicht der geäußerten Versprechungen verbessert werden. Aus diesem Grund veröffentlichte Kanada, welches 2010 den Vorsitz führte, einen *Accountability Report* (G-8 2010:42-45).

In dieser Sicherheitsdimension ist das Zusammenspiel von G-8 und G-20 schön ersichtlich. Die G-8 legen auf dem Aquila Summit die Prinzipien für Nahrungssicherheit fest und die G-20 veranlassen die Weltbank zur Gründung eines geeigneten Fonds, der die finanziellen Ressourcen für ihr Vorhaben mobilisiert.

10. Health Security

10.1. Definition

In Entwicklungsländern liegt die tatsächliche Todesursache von vielen Krankheiten wie Tuberkulose, Durchfallerkrankungen, oder akuten Atemwegserkrankungen, in Unterernährung und einer unsicheren Umwelt, v.a. wegen verschmutztem Wasser. In Industrieländern sind Krebs oder Kreislauferkrankungen ebenfalls oft mit ihrer Umwelt verknüpft. Das wesentliche Problem der Wahrung der Gesundheitssicherung ist der Zugang zu Ärzten oder gesundheitlichen Einrichtungen bzw. die Möglichkeit einer Gesundheitsversicherung sowie die Staatsausgaben in jenem Sektor (UNDP 1994:27f).

10.2. Health Security in den G-20

Die G-20 haben bisher noch keine ausdrücklichen Vorhaben im Bereich der Gesundheitssicherheit geäußert. Allerdings vermuten Experten, welche die internationalen Entwicklungen in Sachen Gesundheit verfolgen sowie G-20 ForscherInnen, dass die Gruppe jenes Thema noch aufgreifen wird. Bis dato behandelten sie verwandte Themen, welche Auswirkungen auf die Gesundheit haben, wie Nahrungsmittelsicherheit, alternde Bevölkerungen, Klimawandel und Entwicklung (Blouin 2010:2, Guebert et al 2010:19f).

Auf dem ersten Summit der G-20 erwähnten sie gesundheitspolitische Maßnahmen nur in einem Nebensatz, in Kombination mit reihenweise anderen globalen Herausforderungen wie u.a. Klimawandel, Energiesicherheit, Nahrungssicherheit, Armut und schließlich Krankheiten (Washington 2008a:5). Im Zuge des in Pittsburgh etablierten *Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth* war die Gruppe ambitioniert den Ärmsten und somit verletzlichsten intensivere Unterstützung zu liefern. Dabei sollte die Finanzierung von den wesentlichen Kernbereichen wie u.a. Gesundheit weiterhin gewährleistet werden. Das neue *UN Global Impact Vulnerability Alert System* soll den G-20 helfen die Entwicklungen zu überblicken (Pittsburgh 2009b:Pkt.34).

Zudem bestätigten sie die *Millennium Development Goals (MDG)* wie versprochen bis 2015 zu erreichen und die *Official Development Assistance (ODA)* zu liefern (Pittsburgh 2009b:Pkt.37). Dabei betreffen die MDG Nr. 4-6 den Gesundheitsbereich. Dies sind im Detail die Reduzierung der

Kindersterblichkeit um zwei Drittel der unter 5-jährigen (UN 2010:26ff); die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern soll durch den allgemeinen Zugang zu reproduktiver Behandlung vor und während der Geburt sowie während der Schwangerschaft für jede Frau ermöglicht und gewährleistet werden, und die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel gesenkt werden (UN 2010:30ff); das sechste Millennium Entwicklungsziel ist die Verbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten wie Tuberkulose bis 2015 anzuhalten und danach zu reduzieren sowie allen Betroffenen eine geeignete Behandlung und Versorgung zu ermöglichen (UN 2010:40-51).

In den erarbeiteten Grundwerten, auf welchen das *Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth* aufgebaut ist, erkennen die G-20 ihre Verantwortlichkeit u.a. hinsichtlich der Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheitsnetzwerke, Bildung, Armutsbekämpfung, Diskriminierung und aller Formen der sozialen Exklusion (Pittsburgh 2009c:Pkt.5). In Toronto benennen die G-20 die Komponenten von sozialen Sicherheitsnetzwerken als öffentliche Gesundheitsversorgung sowie Pensionspläne (Toronto 2010b:12).

Im Zuge des erarbeiteten *Mult-Year Action Plans* in Seoul auf dem vergangenen Gipfeltreffen wurden Maßnahmen zur Entwicklung von Humanressourcen mit speziellem Hinblick auf LICs formuliert. Dabei sollen auf internationaler Ebene vergleichbare Indikatoren von Fertigkeiten für Anstellungen und Produktivität erarbeitet werden, welche u.a. die Verbindung von Bildung, gesundheitlichen Problemlagen, Gender Ungleichberechtigung und die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen adäquat vermitteln. Die Investitionen in Entwicklungsländer und LICs sollen zudem dadurch gesteigert werden, indem auf die *G-20 Training Strategy* aufgebaut wird und Differenzen zu den nationalen Politiken hinsichtlich Gender-Unterschiede und gesundheitlichen Problematiken, wie *nicht übertragbare Krankheiten* herausgefiltert und harmonisiert werden (Seoul 2010d:7). Bei diesen sogenannten *nicht übertragbaren Krankheiten* handelt es sich z.B. um Diabetes, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Herz-Lungen-Erkrankung und Fettleibigkeit. Um diesen gesundheitlichen Aspekt in den G-20 Handlungsplan aufzunehmen war Indonesien eine treibende Kraft. Nachdem jene Erkrankungen die Kompetenz und folglich die Produktivität beeinträchtigen, stellen sie offensichtlich eine Behinderung für die ökonomische Entwicklung dar. Diese Perspektive zeigen die OECD ebenfalls in ihrem 2010 erschienenen Bericht *Health:*

improving healthcare is vital for long-term growth auf und betonen v.a. die Verbindung zwischen der Prävention von chronischen Krankheiten und einem langfristigen Wirtschaftswachstum. Ebenso schneidet der IMF das Gesundheitsthema an, indem die negativen Auswirkungen auf das staatliche Defizit ermittelt werden, welche bedingt durch die steigenden Kosten der medizinischen Versorgung vermutlich nicht bis 2013 halbiert werden können – wie dies jedoch von den G-20 angestrebt wird (Guebert, Lennox 2011a:9f).

Außerdem wurden im Seoul *Multi-Year Action Plan* einige Handlungsmaßnahmen definiert, die unweigerlich ein Fundament für ein funktionstüchtiges Gesundheitssystem bilden. Dieses umfasst z.B. die Installierung einer geeigneten Infrastruktur sowie die Nahrungsmittelsicherung. Die postulierten Bestrebungen, ein Übereinkommen bezüglich Klimaschutz innerhalb des UNFCCC zu erreichen, hätte ebenfalls positive Auswirkungen auf die globale Gesundheit (Guebert, Lennox 2011a:10).

Darüber hinaus wurde das Thema der Gesundheit rund um den Seoul Summit informell von einigen Repräsentanten aufgegriffen, welche ihre weitergehenden Vorstellungen bezüglich Entwicklung postulierten. Der Präsident Koreas Lee Myung-bak beispielsweise, artikulierte die Notwendigkeit von technologischem und kenntnisbezogenem Informationsaustausch um im gesundheitlichen Bereich Fortschritte zu erzielen (Guebert, Lennox 2011a:9).

In der französischen Präsidentschaft 2011 soll das Thema der innovativen Finanzierung behandelt werden, wie sie im Gesundheitsbereich bereits erfolgreich angewendet werden (in vier Jahren wurden fast \$4 Milliarden für den Gesundheitssektor aufgebracht). Diese neue Möglichkeiten zur Finanzierung sollen nun auf andere Entwicklungsbereiche ausgeweitet werden (France 2011i).

10.2.1. Innovative Finanzierung

Die Idee der innovativen Finanzierung für Entwicklung wurde das erste Mal von den Vereinten Nationen im *Monterrey Consensus* 2002 aufgeworfen. Hierbei liegt die Tatsache zu Grunde, dass die traditionelle *Official Development Assistance*, also die finanziellen Beiträge der Länder um die *Millennium Development Goals* bis 2015 zu erreichen und u.a. den Klimawandel zu mindern, nicht mehr ausreichen um jenes Ziel zu erlangen. Darüber hinaus sind der Markt und Privatinvestitionen

eher auf profitablere Länder und Sektoren konzentriert und deswegen nicht unbedingt als Partner oder Ko-Finanzierende zu betrachten (France 2011i).

2008 gründeten Robert Zoellick, der Präsident der Weltbank, und der Premier Minister Großbritanniens Gordon Brown eine Projektgruppe, die sich dem Thema der innovativen Finanzierung für Gesundheitssysteme widmete, mit dem Ziel den Zugang zu kostenfreier Gesundheitsversorgung zu verbessern. Ein Instrument der innovativen Finanzierung kann beispielsweise eine **Flugticket-Solidaritätsabgabe** betreffen, welche beim Kauf eines Flugtickets via Internet freiwillig beigesteuert werden kann. Diese finanzieren z.B. die *International Finance Facility for Immunisation (IFFIm)*. Weiter Quellen betreffen öffentlich-private Partnerschaften, *Advanced Market Commitments* oder Beiträge von Zivilbürgern. Außerdem befindet sich das De-Tax – ein Pilotprojekt zur Gutschrift der Mehrwertsteuer – im Testlauf (France 2011j, Loewenson 2010:7).

Eine weitere Option ist die von u.a. Frankreich und Spanien verfolgte **Finanztransaktionssteuer**. Diese wurde zum ersten Mal 1972 von dem amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin als Strafe für kurzfristige Spekulationen in Betracht gezogen. Diese Überlegung gab den Anstoß zur Gründung der internationalen Organisation *ATTAC (the Association for Taxation of Financial Transaction for the Aid of Citizens)*. Ernesto Zedillo erachtet darüber hinaus auch eine Kohlendioxidsteuer für äußerst gewinnbringend (Loewenson 2010:6f).

2006 gründeten Frankreich, Spanien, Brasilien, Chile und andere Länder die *Leading Group on Innovative Financing for Development (LGIFD)*, die 63 Staaten, internationale Institutionen und NGOs umfasst, welche innovative Finanzierungsquellen für die Entwicklung diskutieren. Durch die LGIFD angeregt wurde von Frankreich, Brasilien, Chile und Großbritannien die UNITAID gegründet, eine internationale Einrichtung die Medikamente zur Behandlung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose vertreibt. Ihre Finanzierungsquelle kommt zu 65% aus Mikrosteuern auf Flugtickets. Eine ähnlich organisierte Initiative ist *MASSIVEGOOD* die im März 2010 von der amerikanischen Gesellschaft der Reiseagenturen (ASTA) und den Vereinten Nationen gegründet wurde. Dabei können Kunden die ihren Ticketkauf, ihre Hotelbuchungen oder Autoanmietungen im Internet vornehmen auf freiwilliger Basis einen zusätzlichen Betrag zwischen \$2 bis \$50 spenden. Dieses

Konzept wurde von den initiiierenden USA später auf Großbritannien, Deutschland, Spanien, Österreich und die Schweiz ausgeweitet (Loewenson 2010:7f).

Generell benennt Frankreich die potenziellen Ressourcen für innovative Finanzierung jene, die von der Globalisierung profitiert haben, wie der Transport-, Handels- oder der Finanzsektor. Es sollen stabile, vorhersehbare Quellen sein, welche von den Regierungen koordiniert, langfristige Ziele umsetzen (Grundschule, AIDS/HIV Behandlung, etc.) und über eine neue Form von Governance verfügen, die sich aus Staaten verschiedener Entwicklungsstufen, privaten Gesellschaftern, NGOs und Stiftungen zusammensetzt (France 2011i).

10.2.2. EPA EU-Afrika

Derzeit wird zwischen der EU und den afrikanischen Ländern ein *Economic Partnership Agreement (EPA)* verhandelt. Darin werden Übereinkommen in verschiedenen Handelsbereichen wie Warenhandel, Dienstleistungen, intellektuelles Eigentum, Fischerei, Landwirtschaft, Wettbewerbspolitik und Investitionen getroffen. Dabei läuft der öffentliche Gesundheitssektor und die generelle Gesundheitsversorgung Gefahr, im Zuge dieser handelspolitischen Übereinkünfte, in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Dies passierte beispielsweise im Zuge der Strukturanpassungsreformen der Weltbank und des IMFs in der sub-sahara Region. Diese verursachten in den 1980ern / 1990ern eine Krise im Gesundheitssektor. Dabei wurde die Krankenversicherung liberalisiert und das Gesundheitssystem von einer steuerbasierten Einnahmenstruktur zu einem Finanzierungsmechanismus transformiert der die Benutzer jeweils für ihre in Anspruch genommene Leistungen bezahlen lässt. Nun besteht die Angst, die EU würde ähnliche Vorgänge wiederholen und in den Gesundheitssektor könnte, neben anderen sozialen Dienstleistungsbereichen, weniger Finanzmittel fließen (Machemedze 2010:21f).

10.3. Blick in die Zukunft

2011 werden die Gipfeltreffen von G-20 sowie von den G-8 in Frankreich abgehalten und laut G-20 ForscherInnen ist es wahrscheinlich, dass das Gesundheitsthema auf beiden Agenden stehen wird. Dabei sehen sie es realistisch, dass die G-20 weiterhin ihre Linie der verwandten Themen von globaler Gesundheit verfolgen werden. Die bereits postulierten Themen seitens Sarkozys, nämlich Entwicklung in Afrika und Nahrungssicherheit, werden bei Erlangen eines beschlossenen

Engagements, unumstritten positive Auswirkungen auf die weltweite Gesundheitssituation haben (Guebert, Lennox 2011a:10).

Das Thema der nicht übertragbaren Krankheiten wurde zum ersten Mal in jenem Forum besprochen. Dabei handelt es sich um ein exklusives G-20-Thema es wurde also noch nicht in den G-8 aufgegriffen (Guebert, Lennox 2011a:9).

Weiters sieht *Chatham House* die Möglichkeit, gesundheitspolitische Themen innerhalb der Arbeitsgruppe für Entwicklung zu behandeln. Darüber hinaus könnten im Zuge der Schaffung von internationalen Standards am Arbeitsmarkt auch jene im Gesundheitssektor ausgebaut werden und somit für eine bessere und qualifiziertere Behandlung sorgen (Chatham House 2010:4, 10f).

10.4. Allianzen

Auf dem LGFID Treffen im September 2010 beschlossen u.a. Frankreich, Brasilien und Japan die Einführung einer internationalen Multi-Währungstransaktionssteuer zu unterstützen. Diese wird auch von dem Großteil der EU-Länder bejaht. Die USA hingegen nimmt eine konträre Position ein und möchte dieses Thema nicht innerhalb der G-20 behandeln (Loewenson 2010:8). Nachdem die Vorsitzländer die Schwerpunkte auf der Agenda frei wählen können und Frankreich für 2011 auf eben jenes Thema nicht verzichten möchte, ist die Chance einer Einigung der grundlegenden Differenzen zwischen den Nationen eher gering.

Die G-8 behandeln bereits explizite Gesundheitsthemen welche an die MDGs angepasst wurden, wie die zu Verfügung Stellung einer geeigneten Behandlung für HIV/AIDS-Patienten; das Fördern von Kinder- und Müttergesundheit; sowie das Bekämpfen von Malaria, Polio, Tuberkulose und anderen infektiösen Krankheiten. Darüber hinaus haben sie das Ziel \$60 Milliarden über die nächsten fünf Jahre für Gesundheitssysteme und den Kampf gegen Krankheiten, wie die wesentlichsten Tropenkrankheiten (laut WHO) aufzuwenden. Sie wollen einen robusten Gesundheitssektor mit ausgebildeten Arbeitskräften schaffen, in der die WHO Hürde von 2,3 Angestellte im Gesundheitsbereich auf 1000 Menschen kommt (G-8 2010:29).

Das die G-20 das Thema der Gesundheit noch nicht explizit behandelt haben, könnte darauf zurückgeführt werden, dass die regionalen Büros der *World Health Organization (WHO)* die G-20 in viele kleine, teils inkohärente Gruppen aufsplittert und somit ein einheitlicher Fokus nur

Die sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20

Health Security

erschwert formiert werden kann.

11. Die Rechtssicherheit

11.1. Definition

Die Vereinten Nationen liefern in ihrem Ansatz zur Hilfestellung für Rechtsstaatlichkeit einige Richtlinien, welche auf nationaler Ebene umgesetzt werden können. Diese sind unter allen Umständen anwendbar, wie im Zusammenhang mit Krisen, post-Krisen, Konfliktprävention, Konflikt, post-Konflikt oder in der Weiterentwicklung. Dabei sind in die Rechtsstaatlichkeit neben dem Staat alle Personen, Institutionen und Unternehmen aus dem öffentlichen Bereich und dem Privatsektor sowie internationale Normen und Standards der Menschenrechte einbegriffen. Dabei muss die Vormachtstellung des Rechts gewährleistet werden, welche die Gleichberechtigung vor dem Recht wahrt, die Rechenschaftspflicht einhalten lässt, das Recht fair umsetzt, die Gewalten teilt, die Partizipation am Entscheidungsverfahren ermöglicht, die Rechtssicherheit garantiert, Willkür vermeidet, sowie Prozesse und Rechte transparent gestaltet. Um die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, nennen die Vereinten Nationen die Möglichkeiten z.B. die Administration der Justiz zu reformieren oder die Straffreiheit zu bekämpfen (UN 2008:1).

Als leitende Prinzipien legt die UN folgende fest: die Grundunterstützung hinsichtlich internationaler Normen und Standards sowie im Zusammenhang individueller länderspezifischer Angelegenheiten, die in Bezugnahme des politischen Kontextes, die Vertiefung von Menschenrechten und Gendergerechtigkeit, die Wahrung der nationalen Eigentümer, die Unterstützung von nationalen Reformvorhaben, die Garantierung einer kohärenten und umfassenden strategischen Vorgehensweise, sowie schließlich das Hervorbringen einer effektiven Koordinierung und Partnerschaft (UN 2008:1).

Das tatsächliche Rahmengerüst zur Stärkung des Rechtsstaates besteht aus einer Verfassung, oder einem Äquivalent; einem Rechtsrahmen und der notwendigen Implementierungsinstrumente; einem Wahlsystem; einer Institution der Justiz, der Regierung, der Sicherheit sowie der Menschenrechte; transnationalen Justizprozessen und -mechanismen; sowie einer breiten Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, welche die Rechtsstaatlichkeit stärken, indem öffentliche Institutionen und Beamte zur Rechenschaft gezogen werden (UN 2008:1).

11.2. Rechtssicherheit in den G-20

Auf ihrem ersten Summit Ende 2008 bestärkten die G-20 ihre Verpflichtung wesentliche globale Herausforderungen wie u.a. die Garantie der Rechtsstaatlichkeit in Angriff zu nehmen (Washington 2010a:5).

11.2.1. Integrität in die Finanzmärkte

Um die Integrität der Finanzmärkte gewährleisten zu können, legten die G-20 bei ihrem ersten Leaders-Summit in Washington 2008 fest, dass eine Kooperation der nationalen Rechtssystemen auf regionaler und internationaler Ebene stattfinden muss, um eine gesetzliche Regulierung tatsächlich zu ermöglichen sowie Marktmanipulationen und Betrug bekämpfen zu können. Dies sollte einen Informationsaustausch ermöglichen, der grenzüberschreitende Bedrohungen ausfindig macht, damit adäquate nationale und wo möglich regionale gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden können. Außerdem sollen Gesetze bezüglich der Geschäftsführung in nationalen und regionalen Behörden einer Revision unterzogen werden, um den Markt und Investoren speziell vor Marktmanipulationen sowie Betrug zu bewahren. Somit ist eine stärkere grenzübergreifende Kooperation erforderlich, die das internationale Finanzsystem vor ungesetzlichen Akteuren beschützen und bei unkorrektem Verhalten mit verhältnismäßigen Sanktionen reagieren soll (Washington 2008b:4).

Auf ihrem Gipfeltreffen in London, ein halbes Jahr später, versicherten die G-20, ihre nationalen Kontrollbehörden würden in Sachen Informationsbeschaffung über Finanzinstitutionen, -märkte, und -instrumente sowie ihre Risikoeinschätzung in enger Koordination zur internationalen Ebene stehen, um eine maximale Konsistenz der Gerichtsbarkeit zu erzielen (London 2009b:3). In Pittsburgh wurde im Herbst 2009 die Notwendigkeit eines gesetzlichen Rahmengerüsts postuliert, welches über geeignete Instrumente verfügt mit deren Hilfe in Krisenzeiten interveniert werden kann. Dabei sollen grenzüberschreitende Resolutionen erzielt werden. Das *Financial Stability Board (FSB)* wurde mit der Erarbeitung von diesbezüglich geeigneten Maßnahmen betraut, welche sie bis Oktober 2010 fertig stellen sollte (Pittsburgh 2009b:Pkt.13). In Toronto wurde im Zuge der Resolution über Finanzinstitutionen die Verpflichtung vereinbart, die grenzübergreifende Bankresolution vom BCBS bis März 2010 umzusetzen. Dabei werden Veränderung von nationalen Resolutionen und Insolvenzprozessen sowie Gesetzen zur Ausstattung der relevanten Behörden

mit entsprechenden Mandaten unterstützt. Darüber hinaus präsentierten die Leader ein Grundgerüst für ein Resolutionsregime. Sie einigten sich dabei auf folgende Eckpfeiler: die eigenverantwortliche Allokation von Verlusten, um das unbesonnen Vorgehen zu mindern und die Steuerzahler zu schützen; ein Fortbestehen von entscheidenden Finanzdienstleistungen wie gesicherte Bankeinlagen; die Glaubwürdigkeit des Resolutionsregimes seitens des Marktes; eine Minimierung des schädlichen Einflusses; eine hervorragende Planung für ordentliche Resolutionen und den Transfer von Vertragsbeziehungen; sowie eine effektive Kooperation und einen Informationsaustausch sowohl im Inland, als auch zwischen den Rechtssystemen im Falle eines Versagens einer transnationalen Institution. Die G-20 wollen institutionsspezifische Erholungspläne und Resolutionen für die größten grenzübergreifenden Institutionen bis Ende 2010 erarbeiten (Toronto 2010c :3f). In Seoul präsentierte das FSB Richtlinien, wie u.a. Resolutionen, welche ein Vorgehen mit systemwichtigen internationalen Finanzinstitutionen (*SIFIs*) oder jenen, die auf globalem Level entscheidende Relevanz haben (*G-SIFIs*), regeln. Diese werden von internationalen Kontrollbehörden überwacht. Die erarbeiteten Richtlinien sollen beginnend mit 1.1.2013 und bis 1.1.2019 komplett in die nationalen Rechtskataloge aufgenommen werden. Zudem soll das FSB 2011 weitere Attribute zum Resolutionsregime entwickeln (Seoul 2010b:7f).

11.2.2. Nicht-kooperative Staaten

In London legten die G-20 fest gegen nicht-kooperative Staaten und Steueroasen vorzugehen, da „die Zeit des Bankgeheimnisses vorbei sei.“ (London 2009a:4) Dabei erarbeitet das *OECD Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum)* eine Liste von Ländern, deren Informationsaustausch hinsichtlich ihrer Steuern nicht den internationalen Standards entsprechen (ebd.), d.h. weniger als 12 Übereinkommen zwecks Informationsaustausch unterzeichnet haben (France 2011a). Um Steuertransparenz zu schaffen entwickelten die G-20 einige Werkzeuge von effektiven Gegenmaßnahmen für Staaten, wie z.B. erhöhte Anforderungen an Steuerzahler und Finanzinstitutionen ihre Transaktionen, die mit nicht-kooperativen Staaten getätigt werden, offenzulegen; andere Möglichkeiten wären Verrechnungssteuern auf verschiedenartige Zahlungen einzuführen; Zahlungsempfängern, die in nicht-kooperativen Staaten wohnhaft sind, keine Steuerabzüge bei ihren Ausgaben zu gewähren; die

Steuerabkommenpolitiken zu überprüfen; internationale Institutionen und regionale Entwicklungsbanken ersuchen ihre Investmentpolitik zu überprüfen; und schließlich ein besonderes Augenmerk auf die Steuertransparenz und den Informationsaustausch bei bilateralen Hilfsprogrammen zu legen (London 2009b:4f).

Bis zum Summit in Toronto Mitte 2010 erarbeitete das *Global Forum* multilaterale Mechanismen zum Informationsaustausch. Die unterzeichneten Übereinkünfte hinsichtlich Steuerinformationen stiegen seit dem Gipfeltreffen davor um 500, bis Ende 2010 auf fast 600 an. Die G-20 fordern das Forum auf, bis November 2011 einen Fortschrittsbericht über den Stand der Harmonisierung der nationalen Rechtsrahmen zu erarbeiten. Im Zuge dessen rufen sie alle Staaten dazu auf, Abkommen zum Informationsaustausch mit relevanten Partnern zu unterzeichnen. Durch die Erstellung des Berichts erhofft sich die Gruppe eine verbesserte Qualität der Kooperation zwischen den Staaten und dem Forum, eine gesteigerte Rechtskonformität, sowie eine Lösung von ungeklärten Mängeln (Toronto 2010c:7, France 2011e+i).

In Pittsburgh 2009 begrüßten die G-20 die Erweiterung des *Global Forums* um die Entwicklungsländer sowie die Bereitstellung von effektiven Programmen für *Peer Reviews*. Das Forum soll sich dabei auf die Steuertransparenz und den Informationsaustausch konzentrieren, mit dem Ziel der vollständigen Durchsetzungsfähigkeit des Steuerrechts, um die Steuerbasis zu wahren. Sie postulierten weiters die Zusammenarbeit mit dem *StAR-Programme* der Weltbank, um illegale Abflüsse der Kapitalspritzen in Entwicklungsländer zu vermeiden. Zudem suchen sie die *FATF* um eine Hilfestellung an, die Identifizierung und Verortung von Korruption mittels strengerer Standards der Konsumentensorgfaltspflicht, betreffend des wirtschaftlichen Eigentums und der Transparenz zu ermöglichen. Die G-20 unterstützen die freiwillige Teilnahme an der *Extractive Industries Transparency Initiative* die zu regelmäßigen öffentlichen Darstellungen der Zahlungen der Rohstoffwirtschaften an die Regierungen aufruft. Außerdem solle die *FATF* eine öffentliche Liste von „hochriskanten Staaten“ vorlegen (Pittsburgh 2009a: Pkt.15,42).

Die G-20 diskutieren im Zuge der Finanzsektorreform in Toronto abermals über unkooperative Staaten und verlangen Transparenzbewertungen und die Implementierung und Einhaltung umsichtiger Standards, um somit gegen Steueroasen, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung vorzugehen. Dabei bieten die internationalen Finanzinstitute technische Unterstützung.

Außerdem begrüßen sie die regelmäßige Aktualisierung der FATF-Liste, die Staaten mit „strategischer Abwehr“ identifiziert (Toronto 2010c:7). Das nächste Update soll bis Februar 2011 erarbeitet werden (France 2011e).

Im Frühjahr 2011 soll das FSB jene Staaten bestimmen, die sich hinsichtlich der Evaluierungsprozeduren nicht zur Gänze kooperationswillig zeigen oder unzureichenden Fortschritt in der Anpassung an international vereinbarte Kooperationsstandards bzw. das vereinbarte Ausmaß des Informationsaustauschs aufweisen (Seoul 2010b:9).

11.2.3. Ein globales Anti-Korruptionsregime

Laut Weltbank zirkulieren pro Jahr \$1-1,6 Trillionen illegale Geldmittel. Korruption ist dabei ein wesentlicher Anknüpfungspunkt, welche die Möglichkeit von fairen und gleichen Wettbewerbsbedingungen verhindert. Sie reduziert darüber hinaus Vertrauen sowie die Gesetzeskraft, untergräbt die Rechtsstaatlichkeit, schwächt Institutionen und ist eine Entwicklungsblockade, da sie gleichermaßen Folge wie Ursprung der Limitierung des Weiterentwicklungsprozesses und des Fortschritts darstellt (France 2011f).

In Seoul haben sich die G-20 deshalb das Ziel gesetzt ein effektives und globales Anti-Korruptionsregime aufzubauen. Dazu verfassten die Leader einen *Anti-Corruption Action Plan*. Der Grundstein dabei liegt in der Implementierung der *UN Convention Against Corruption (UNCAC)* und in dem Vorantreiben von einem transparenten und umfassenden Berichterstattungsprozess. Außerdem müssen Gesetze gegen Bestechung (wie die *OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions*) in öffentlichen Ämtern adaptiert und regionale Instrumente verstärkt werden. Darüber hinaus muss korrupten Beamten der Zugang zum globalen Finanzsystem verwehrt werden, ebenso wie die Möglichkeit, bedingt durch ihre Immunität, jederzeit ins Ausland reisen zu können. Dies soll mittels einem kooperativen Rahmengerüst ermöglicht werden, dass eine kollektive Leitung in den wichtigsten Bereichen umfasst und zudem auf die Sicherstellung von Vermögenswerten abzielt und Geständige sowie Anti-Korruptionsbehörden durch entsprechende Gesetze schützt. Diese sollen bis Ende 2012 von den G-20-Ländern implementiert werden. Dabei unterstützt die Gruppe weitere Unterzeichnungen von diesbezüglichen bilateralen und multilateralen Verträgen. Die G-20 Experten werden die Option von nationalen Maßnahmen sowie bereits existierenden Praktiken

und Barrieren überprüfen, um schließlich eine empfehlende Anleitung für bilaterale Kooperationen zu erstellen (Seoul 2010b:17, Seoul 2010e:1f).

Darüber hinaus soll eine verstärkte Partnerschaft des öffentlichen und des privaten Sektors erfolgen. Dabei soll die Korruptionsbekämpfung einen integrativen Bestandteil darstellen, der sich über das öffentliche wie das private Spektrum erstreckt. Hierfür sollen innovative und kooperative Praktiken im Privatsektor entwickelt und umgesetzt werden. Auf dem kommenden Summit in Cannes 2011 sollen eingeladene Vertreter des Privatsektors Best Practices vorstellen. In speziellen Sektoren soll in Zusammenarbeit von Industrie und Zivilgesellschaft Schwächen in geschäftlichen Transaktionen identifiziert werden und bis Ende 2011 den G-20 Leadern Empfehlungen zu *multi-stakeholder Initiativen* vorgelegt werden. Außerdem wurde 2010 die in Toronto gegründete Anti-Korruptionsarbeitsgruppe mit dem Mandat ausgestattet, Empfehlungen zu formulieren und, solange der Anti-Korruptionsaktionsplan aus Seoul in Kraft ist, einen jährlichen Bericht über den Implementierungsfortschritt (den ersten bis November 2011) vorzulegen (Seoul 2010b:17, Seoul 2010e:1ff).

Die FATF wurde bestärkt ihre Arbeit hinsichtlich der Identifizierung von Staaten, die über strategischen Verteidigungsschutz betreffend *Anti-Money Laundering/Counter-Financing of Terrorism (AML/CFT)* verfügen, weiterzuverfolgen. Die G-20 werden die FATF Standards zur Transparenz von grenzübergreifenden Beziehungen, wirtschaftlichem Eigentum, Sorgfaltspflicht für Konsumenten und jene für politisch exponierte Personen umsetzen und aktualisieren (Seoul 2010e:1f).

Die Mitgliedstaaten werden Maßnahmen adaptieren, die auf Prävention und die Verortung von kriminellen Transferprozeduren abzielen. Sie werden bis zum kommenden Gipfel im November 2011 klare und effektive Kanäle zur gegenseitigen Rechtshilfe sowie andere Formen der internationalen Kooperation etablieren und diesbezüglich verantwortliche Behörden betrauen. Jene sollen ihre Funktion frei von ungebührlichen Beeinflussungen wahrnehmen können. Dazu sollen v.a. Artikel 6 der UNCAC (betreffend Anti-Korruptionsbehörde) sowie Artikel 36 (bezüglich Sonderbehörden) umgesetzt werden. Außerdem sollen die Integrität, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Korruptionsprävention im öffentlichen Sektor und in der Verwaltung der Staatsfinanzen verstärkt werden. Auf internationaler Ebene wird die Gruppe diese Ziele bei

internationalen Organisationen verfolgen und appelliert darüber hinaus an hohe ethische Standards und einen effektiven internen Sicherheitsapparat. Zudem soll durch Dialoge zwischen nationalen Behörden und internationalen Organisationen gute Praktiken definiert werden (Seoul 2010e:2f).

Eine Priorität der französischen Präsidentschaft im Jahr 2011 ist dem Thema der Korruption gewidmet um „moralische Ordnung ins Wirtschaftsleben zurückzubringen“ (France 2011e). Sie bestrebt die Ratifizierung der zwei wichtigsten diesbezüglichen Konventionen der bereits erwähnten UNCAC und der *OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions*. Jene beinhalten Peer Review-Mechanismen und stärken Nationalpolitiken zur Anti-Korruption. Neben diesem Thema will Frankreich die Einbindung des Privatsektors fokussieren indem im April 2011 mit Unterstützung von OECD und UNODC eine Konferenz zu guten Praktiken aus dem Privatsektor stattfindet. Frankreich ruft die Teilnehmenden am B20 – dem Business Summit im Herbst 2011 – dazu auf, einen Grundkatalog an Verbindlichkeiten zu erarbeiten. Außerdem verfolgt Frankreich die Umsetzung von hohen Standards für Transparenz und Integrität seitens der Internationalen Organisationen damit jene mit gutem Beispiel vorangehen (ebd.).

11.2.4. Blick in die Zukunft

Im Zuge der Revolutionen und Demokratiebewegungen in Nordafrika seit Anfang 2011 könnte eine künftig auftretende Frage innerhalb der G-20, jene nach der Staatsform in einem stabilen Staat sein. Derzeit wird dieses Thema jedoch ausschließlich in den G-8 behandelt, die als klares Prinzip die Verbreitung der Demokratie verfolgen (Kirton 2005:1). Dabei konzentrieren sie sich im Wesentlichen auf den afrikanischen Kontinent, indem sie panafrikanische Institutionen, wie der *African Union Charter on Democracy, Elections and Governance*, zu mehr Demokratie, Transparenz und Good Governance verhelfen wollen (G-8 2010:55f).

Die G-8 setzen in Form von *Good Governance* jedoch auch Maßnahmen, die sich etwas entfernter des rein westlich normativen Werte-Nukleus befinden. Nachdem sich in den G-20 auch Regierungsformen befinden, die keiner Demokratie nach westlichen Bestimmungen entsprechen (China und Saudi Arabien; sowie im weiteren Sinne Russland, Argentinien, Indonesien und Türkei [Kirton 2005:33]), ist die Verfolgung des Ziels innerhalb der G-20 von Good Governance näher als

jenes der Demokratie. Dies betrifft jedoch nach wie vor lediglich die Zukunft. Bis dato zeigten die G-20 keine Bestrebungen Maßnahmen weder zu *Good Governance* noch bezüglich der Demokratie zu ergreifen. Die USA waren die einzigen die im Support-Dokument des Seoul Gipfels, in welchem die Versprechen jedes einzelnen Landes schriftlich festgehalten wurden, das Ziel einer *demokratischen Governance* in ihrer entwicklungspolitischen Strategie integrierten (Seoul 2010f:21).

Die Perspektive der Gendergerechtigkeit wurde bis dato lediglich auf dem letzten Summit in Seoul Ende 2010 in Zusammenhang mit den formulierten Maßnahmen des *Multi-Year Action Plans* hinsichtlich dem Aufbau von Humanressourcen und den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt aufgegriffen. Von rechtlichen Bestimmungen sind die G-20 jedoch noch weit entfernt.

12. Die Informationssicherheit

12.1. Definition

Informationssicherheit wird typischerweise in einer der folgenden drei Definitionen eingegliedert: 1) die **Verfügbarkeit** von Informationen für Personen die dafür autorisiert sind, 2) die **Datenintegrität**, welche die Genauigkeit, die Vertrauenswürdigkeit und die Gültigkeit der Informationen sichert; sowie 3) der **Schutz** von privaten und vertraulichen Informationen (Lawrence et. al. 2003:2).

12.2. Informationssicherheit in den G-20

Die G-20 zielen in vielen verschiedenen Bereichen auf einen gesteigerten Informationsaustausch ab, um die internationale Koordination und Kooperation zu verbessern. Dabei werden sie von unterschiedlichen Organisationen, Institutionen und fachspezifischen Experten unterstützt. Somit sorgen die G-20 für die Verfügbarkeit und darüber hinaus für die Integrität der Daten, da es sich prinzipiell um Primärquellen handelt.

12.2.1. Informationsaustausch in der ökonomischen Sphäre

Um das Finanzsystem zu stärken, wurde das *Financial Stability Board* damit betraut, die Koordination und den Informationsaustausch der relevanten Behörden zwecks Finanzstabilität voranzutreiben (London 2009b:1). In der Resolution bezüglich der Finanzinstitutionen sollen durch das diskutierte **Resolutionsregime** Informationen über gescheiterte Finanzinstitutionen, welche grenzüberschreitend tätig waren, zwischen den Gerichtsbarkeiten weitergeleitet werden. Im Zuge des postulierten **Regulierungsregimes**, betreffend des Finanzmarktes, muss für die ausreichende Informationsversorgung der nationalen Behörden über globale Standards sowie die Etablierung von *Central Counterparties (CCPs)* und *Trade Repositories (TRs)* gewährleistet werden, damit OTC Derivatmärkte effektiv reguliert werden können. Dabei erleichtert die *International Organisation of Securities Commission (IOSCO)* den Informationsaustausch zwischen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden (Toronto 2010c:3-5).

12.2.2. Informationsaustausch zwischen Rechtssystemen

In Sachen Integrität der Finanzmärkte soll zudem die Informationsweitergabe zwischen

Rechtssystemen ausgebaut werden. Das *Global Forum* der OECD soll dabei den Austausch über Steuerinformationen fördern (Washington 2008a:3, 2008b:4). Um gegen nicht-kooperative Staaten vorzugehen, sollen die Länder auf eine adäquate Informationsbeschaffung bei der Unterzeichnung von bilateralen Hilfsprogrammen achten, damit die Steuertransparenz gewahrt wird (London 2009b:5). In Seoul forderten die G-20 alle Staaten mit Nachdruck auf, Abkommen zum Steuerinformationsaustausch zu unterzeichnen (Seoul 2010b:9). Der Informationsaustausch stellt die Basis zur Bekämpfung diverser illegaler Machenschaften dar, wie z.B. Korruption, Steueroasen, Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung. Darüber hinaus ermöglicht er die Erstellung von umsichtigen Standards, da Best Practices kommuniziert und implementiert werden können (Pittsburgh 2009a:Pkt.15).

12.2.3. Informationsverfügbarkeit in der politischen Sphäre

Im Seoul *Multi-Year Action Plan* wird der Informationsaustausch im Bereich der Entwicklungspolitik postuliert. Dies betrifft z.B. die Vorhaben hinsichtlich der Etablierung einer geeigneten Infrastruktur. Dafür soll eine vorhergehende Beschaffung einer Informationsbasis erfolgen, die sich im Wesentlichen auf infrastrukturelle Mängel und den Bedürfnissen vor Ort konzentrieren soll und bis Juni 2011 vorgelegt werden soll (Seoul 2010d:1).

Ein Eckpfeiler dieses in Seoul entwickelten Handlungsplanes stellt der Wissensaustausch dar. Dabei sollen Entwicklungserfahrungen über trianguläre, Süd-Nord- und Süd-Süd-Kooperationen geteilt werden. Internationale Organisationen, welche über eine Plattform zwecks Wissensaustausch verfügen, wie die UN, Weltbank, OECD und die regionalen Entwicklungsbanken, sollen jene um die Perspektiven des Wachstums und der Entwicklung erweitern. Konkret sollen das *Task Team on South-South Cooperation (TT-SSC)* und das UNDP untersuchen, wie der Informationsaustausch in verschiedenen Kooperationskonstellationen am Besten ausgebaut werden kann. Dabei sollen die Empfehlungen Maßnahmen u.a. zur Erweiterung von Wissensquellen, Verbesserung von Vermittlungsmechanismen und die Verbreitung von Best Practices umfassen. Dieser Eckpfeiler des *Multi-Year Action Plans* sollte auf alle anderen Stützen des Handlungsplanes angewendet werden (Seoul 2010d:10).

12.2.4. Informationsgrundlage in der Nahrungssicherheit und in der Umweltdimension

Im Bereich der *Food Security* werden folgende zwei informationsspezifische Maßnahmen vorgestellt: erstens soll ein Informationsaustauschmechanismus in die *Global Partnership for Financial Inclusion* integriert werden (Seoul 2010d:8), und zweitens soll die Informationsbasis für die Preisbildung verbessert werden, indem die Information über vorhandene Lebensmittellager und -produktionspläne adäquat wiedergegeben werden (Seoul 2010d:6).

Dieses Leitprinzip zur Reduzierung von Preisschwankungen wird ebenfalls in der Umweltdimension angewendet, um globale Energiesicherheit herzustellen. Dabei sollen vollständige und genaue Informationen bezüglich einerseits der Ölproduktion und Raffinierung sowie andererseits des Verbrauchs, innerhalb eines passenden Zeitrahmens, zu Verfügung gestellt werden.²⁴

12.2.5. Datenschutz und Cybersecurity

Das *Munk Schools'Citizen Lab* in Kanada untersucht den Entstehungsgrund von *Cybercrime* und beleuchtet dabei zwei wesentliche Faktoren. Erstens wurde mit der Erfindung und Nutzung des Internets, in der sich jedes Individuum via sozialen, ökonomischen oder politischen Plattformen austauschen kann, das internationale Netz über die letzten Jahre und Jahrzehnte erheblich aufgeblasen. Der Umfang ist nicht mehr überschaubar. Durch die entwickelten Instrumente der Hacker, ist ebenso die Kontrolle und die Sicherheitsgarantie nicht mehr gewährleistet. Zweitens wurden ebenso die Strategien in der Politik weiterentwickelt und die Spionage auch für diese Zwecke ausgebaut. Schließlich ist die Nutzung des Internets kostengünstiger als jene von Satelliten.

„Governments are engaged in a rapid race to militarize cyberspace, to develop tools and methods to fight and win wars in this domain.“ (Deibert, Rohonzinski 2010:8).

In diesem *Cyber Space* herrschen noch keine Regeln, Normen oder Prinzipien. Aus diesem Grund versuchen auch Kriminelle, Spione und Opportunisten den freien Raum für ihre Zwecke zu nützen. Dabei stoßen sie oft auf keinerlei Barrieren, da viele Regierungen sich noch nicht auf eine gemeinsame Strategie auf nationalem Level entscheiden konnten. Die Internationale Ebene ist für jene Personen folglich ein Raum, mit einem zusätzlichen Mehr an Freiheit, da noch kein

²⁴ Siehe Kapitel *Die Umweltdimension*

internationales Konzept der *Cybersecurity* entworfen wurde (Deibert, Rohonzinski 2010:8).

Aus diesem Grund versuchen sich die Staaten zu rüsten. Die USA beispielsweise richteten im Jahr 2006 unter Obama im *Department of Homeland Security* das Büro für *Cybersecurity* und Kommunikation ein, welches unter anderem für die „Sicherheit, die Vertrauenswürdigkeit und die Zuverlässigkeit des Internets und der Kommunikation“ zu sorgen hat. Dabei wird das Büro in drei Bereiche organisiert: in das *National Communications System (NCS)*, das *Office of Emergency Communicaitons* und die *National Cyber Security Divison*. Die letztgenannte Abteilung verfügt über ein *Computer Emergency Readiness Team (US-CERT)*, welche die zwei Ziele der Schaffung eines effektiven nationalen Cyberspace Response System, sowie die Implementierung eines Cyber-Risikomanagementprogramms zum Schutz von kritischer Infrastruktur, verfolgen. Das Pogramm, welchem die oberste Priorität zugesprochen wird, trägt den Namen *Cyber Storm*. Dieses soll die nationale Informationssicherheit wahren, indem es den privaten sowie den öffentlichen Sektor dafür „aufrüstet“ (vgl. US Department Homeland Security). Über eine gleichartige Installierung eines *Computer Emergency Readiness Team (CERT)* verfügen viele weitere Staaten, wie Indien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, u.v.m.

Laut *Korea Times* versuchte Südkorea das Thema der *Computer Security* auf die Tagesordnung des G-20 Gipfeltreffens in Seoul zu bringen. Dabei stellte jedoch die Frage nach der Installierung einer Internationalen Behörde zwecks *Cybercrime*-Bekämpfung eine wesentliche Hürde dar. Das Bestreben nach einer solchen wurde durch das *Cyber Security Seminar* der APEC initiiert. Das südkoreanische Ministerium für öffentliche Verwaltung und Sicherheit verkündete im Februar 2011, dass die Gründung einer internationalen *Cybercrime Organization* in Korea in Betracht gezogen werden würde. Doch der Mangel an einer entsprechenden Finanzierung und der langsame Fortschritt der Wissenschaft diesbezüglich, ließen jene Pläne auf Eis legen. Zudem sind die Positionen der einzelnen G-20-Länder noch zu verschieden um dieses Problem innerhalb der G-20-Agenda zu behandeln (Tong-hung 2010).

Laut dem IT-Security Unternehmen *Gartner* wird ein Mitglied der G-20 bis 2015 von einer erheblichen Cyber-Attacke heimgesucht und seine Wirtschaft geschädigt werden. Dabei verweist die Firma u.a. auf den Internetwurm *Stuxnet*, der programmiert wurde um die iranische nuklear Installationen zu attackieren (Goodwin 2010). Das Erscheinen des eben rezitierten Artikels von

Computer Weekly lag ein Monat vor der Cyberattacke auf Frankreichs Finanzministerium um an G-20 Dokumente heranzukommen. Dabei bringt BBC den Informationsrückfluss an chinesischen Websites indirekt in Zusammenhang mit der von China praktizierten Wechselkurspolitik und dem generellen G-20-Thema des globalen Finanzsystems (BBC 2011). Zudem waren die USA und Indien bereits Opfer von Hacker- bzw. Spionageattacken (Deibert, Rohonzinski 2010:8).

12.3. Blick in die Zukunft

Die G-8 werden auf ihrem kommenden Summit in Frankreich im Mai 2011 das erste Mal das Thema des Internets und damit verwandter Angelegenheiten behandeln. Dabei wird eine diesbezügliche Initiative, der neben dem Initiator Sarkozy auch Obama und Medvedev angehören, Bereiche wie die Bekämpfung von *Cybercrime* und Kinderpornografie, sowie intellektuelles Eigentum und Investitionen in Breitbandnetzwerke aufgegriffen (Bracht 2011:3).

Derzeit existieren einige internationale Behörden, welche die Entwicklungen im Internet verfolgen z.B. die UN Agentur *International Telecommunications Union (UTI)* welche u.a. den generellen Zugang zur Telekommunikation und Informationsnetzwerken erleichtern soll, oder das *Internet Governance Forum*, welches 2005, nach dem UN World Summit betreffend der Informationsgesellschaft, gegründet wurde. Das G8-Vorsitzland Frankreich möchte internetbezügliche Themen global behandeln und dabei die Rolle der Regierungen sowie die Konditionen für den Wachstum der *digital economy*, die Verbreitung von Informationstechnologien und den Schutz der BürgerInnen aufgreifen (G-8 2011).

Bei Behandlung der Informationssicherheit im Sinne von *Cybersecurity* stellt die Interpretation und das Ausmaß einerseits des Schutzes der Bevölkerung und andererseits der Freiheit der Individuen, in Form von Presse- und Medienfreiheit, die kritische Schwelle dar.

12.4. Lösungsansatz

Wenn die G-20 die Gründung einer internationale Behörde, welche sich dem Thema der Informationssicherheit widmet, verfolgen würden, sollten meiner Ansicht nach die nationalen CERT-Experten ihre nationale Strategien austauschen, Differenzen aufzeigen und angleichen bzw. aus diesen Informationen den kleinsten gemeinsamen Nenner herausfiltern und diesen ausbauen. Bei diesem Arbeitsprozess sollten jedoch auch Vertreter der Zivilgesellschaft anwesend sein, die

Die sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20

Die Informationssicherheit

sich im Bereich der Medien- und Pressefreiheit engagieren.

13. Ressourcensicherheit – ein Resümee

13.1. Definition

Die Philosophie bezüglich Ressourcensicherheit kann durch die Linse der Wirtschafts- oder der Umweltdimension gesehen werden. Erstere lautet nach mikroökonomischem Grundprinzip der Effizienz mit den knappen Ressourcen, welche einer Gesellschaft geboten werden, das bestmögliche Resultat zu erzielen (Mankiw 2007:3). Dies bedingt somit die restlose Ausnutzung jener Ressourcen. Jene Philosophie verfolgt eine Positiv-Summenlogik mit (zu mindest kurzfristigen) Vorteilen für alle beteiligten Akteure und nimmt die realitätstreue Negativ-Summenlogik hinsichtlich der Umwelt in Kauf. Zum Vergleich bewegt sich die Makroökonomie mit ihren Mitteln und Instrumenten ebenfalls eher im kurz- bis mittelfristigen Raum. Langfristigkeit wird beispielsweise von Blanchard mit „einem Jahrhundert und mehr“ bemessen (Blanchard 2009:54). Dass würde bedeuten, mein heutiges Handeln würde die Umwelt meiner Urenkel oder Ururenkel betreffen, also erst drei oder vier Generationen später wirksam und spürbar werden. Nachdem die Wirtschaft generell ergebnisorientiert ist, stellt dieser Zeitrahmen somit eine nicht primär befriedigende Perspektive dar, da das Ergebnis der initiierten Maßnahmen nie vom Initiator selbst überprüft werden kann. Die Umweltdimension bestrebt im Gegensatz dazu eine nachhaltige Installierung von Infrastrukturen, die eine überdauernde und langfristige Nutzung von Ressourcen ermöglicht. Diese zwei Perspektiven bewegen sich demnach in unterschiedlichen Zeithorizonten, die ihre Prioritätenreihung determiniert.

Zusätzlich haben die zwei Dimensionen eine unterschiedliche Auffassung von der Zukunft und ihrer dann zum Tragen kommenden Konsequenzen des heutigen Wirtschaftens. *The Economist*²⁵ beispielsweise, streite jene Konsequenzen zwar nicht ab, ist jedoch davon überzeugt, dass die Wissenschaft bis dahin eine geeignete Lösung gefunden haben wird (Buzan 1998:82). Die Wirtschaftsdimension verfolgt somit einen wirkungsorientierten Ansatz. Die Umweltdimension hingegen ist ursachenorientiert und möchte das heutige Wirtschaften nachhaltiger gestalten, da eventuelle, künftige Lösungen für sie keine relevante Absicherung darstellen.

Die Ressourcensicherheit stellt nun ein Resümee aller vorher skizzierten Sicherheitsdimensionen

25 (1-4 April 1995)

sowie -bereiche dar. Sie ist die Summe der Strukturen, welche die Sicherheit auf lokaler Ebene verwurzelt und auf internationaler Ebene entfalten lässt. Dabei determiniert die Verankerung der lokalen Wurzeln die Erreichbarkeit des Kapazitätsausmaßes eines Staates. Diese Strukturen umfassen für mich:

- die **Rohstoff-Infrastruktur** des Landes, wie das Vorkommen von Öl, Erdgas, Eisen, seltenen Erden, Baumwolle, etc.,
- die **energetische Infrastruktur**, wie der Verbrauch und die Nutzung von Öl, Gas, Wasserkraft und die Proportion von fossilen und erneuerbaren Energiequellen zueinander (siehe Umweltdimension),
- die **wirtschaftliche Infrastruktur**, wie das Arbeitsplatzangebot seitens des Marktes und das Angebot an adäquat ausgebildeten Arbeitskräften (siehe ökonomische Sicherheitsdimension),
- die **finanzielle Infrastruktur**, wie ein Finanzsystem das jeden, im positiven Sinne, umfasst (siehe ökonomische Sicherheitsdimension),
- die **Bildungsinfrastruktur**, wie ausreichend Bildungsstätten, Ausbildungsmöglichkeiten und Lehrkräfte. Indikatoren wären die Alphabetenrate oder Investitionen und Priorität der Forschung,
- die **politische Infrastruktur**, wie die stabile Verankerung und die Funktionstüchtigkeit der staatlichen Institutionen,
- die **rechtsstaatliche Infrastruktur**, wie taugliche Gesetze, unabhängige Gerichtshöfe, gewählte Parlamente, etc.,
- die **Infrastruktur der Nahrungsversorgung**, wie der Zugang zu ausreichend und leistbaren Lebensmitteln,
- die **sanitäre Infrastruktur**, wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, aber auch Krankenhäuser, ausgebildete Ärzte,
- die **demografische Infrastruktur**, wie vorsorgende Maßnahmen in wachsenden oder schrumpfenden Bevölkerungen sowie Emigrations- und Migrationsländer,
- die **soziale Infrastruktur**, wie Arbeitslosen- und Krankenversicherungen, Arbeitslosenschutz oder die Möglichkeit zur Bildung und eine faire Gehaltsverteilung;

Diese Infrastrukturen werden im Zuge der Globalisierung jedoch nur zum Teil von einer Nation allein verwaltet, weshalb ein Konzert i.S.v. Zusammenspiel der Betroffenen unweigerlich notwendig ist. Buzan meint, sobald nicht mehr um die Zuteilung des Verantwortlichen debattiert wird, sondern um die Eindämmung der Folgewirkungen, werden auch andere Sicherheitsdimensionen, als jener Dimension, in der das Problem entstand, in das Entscheidungsfindungsverfahren miteinbezogen (ebd.:83).

“For example, failing to distribute scarce water jeopardizes basic human needs and will stimulate „my family first“-policies – that is extremism“ (Buzan 1998:84).

Ich bin mir bewusst, dass ich mit dieser Interpretation ein weiteres Analysekonzept – zusätzlich zu den internationalen (horizontalen) Dimensionen des eingangs konzipierten Prismas, und der inhaltlichen, punktuellen (vertikalen) Sicherheitsbereichen – nun ein weiteres Analyseinstrument schaffe, welches gleichsam die „Koordinaten“ der behandelten Themen und somit ihrer Infrastruktur wiedergibt. Dabei kann die Struktur auf lokaler Ebene (vertikal), wie auf internationaler Ebene (horizontal) erarbeitet und verglichen werden. Um diese langfristig zu installieren, bedarf es in der Praxis eine Logik oder Philosophie, welche die Mitteln aus der Wirtschafts- und der Umweltdimension zusammenfügt und über das Instrument der Politik organisiert wird.

13.2. Ressourcensicherheit in den G-20

Nach dieser Vorstellung meiner Interpretation der Ressourcensicherheit möchte ich die einzelnen Infrastrukturen in der Sicherheitspolitik der G-20 nachzeichnen. Dabei werden jedoch nicht alle von der Gruppe aufgegriffen. Die Rohstoffinfrastruktur beispielsweise dient eher als Analysekategorie, die schlussendlich eine Hintergrundinformation darstellt, jedoch Aufschluss über die internationale ökonomische und politische Position eines Staates gibt. Darüber hinaus wurde die sanitäre Infrastruktur (ebenso wie die Gesundheitssicherheit) von den G-20 nicht explizit behandelt.

Mit der Installierung der Summits auf Leader-Ebene, nach der Finanzkrise 2008, ist der langfristigen Perspektive der G-20 Maßnahmen nun mehr Aussagekraft beizumessen. Dabei werden systemische und strukturelle Problemfragen in Angriff genommen. Dies äußert sich z.B. in der Bestrebung der G-20 ein grünes, nachhaltiges, jeden-umfassendes und geteiltes Wachstum

zu installieren, welches die Interessen der heutigen sowie der künftigen Generationen widerspiegelt (London 2009a:1). Dabei sehen die G-20 die Reduzierung der Entwicklungsunterschiede als wesentliches Potenzial für das globale Wachstum. Reiche und Arme müssten als gleichwertige Partner angesehen werden. Schließlich erkennen sie, dass durch die internationale Interkonnektivität und Interdependenzen in der Krise ersichtlich wurde, wie wichtig das verantwortungsbewusste Handeln in der künftigen Globalökonomie ist (Pittsburgh 2009a:Pkt.22, Pittsburgh 2009c:Pkt.1,5).

13.2.1. Die Rohstoff-Infrastruktur

Die G-20 rufen in Pittsburgh zu einem nachhaltigen Konsum, Produktion und Verbrauch von Naturressourcen auf (Pittsburgh 2009c). Im Zuge der energetischen Sicherheit diskutierte die Gruppe über fossile Energiequellen und die Reduzierung von Ölsubventionen. Weitere Rohstoffe wie Gas und Kohle sollen in Zukunft ebenso auf finanzielle Fragestellungen untersucht werden.²⁶ Darüber hinaus werden jedoch keine wirtschaftlichen Rohstoffe, oder ihr Konsum, behandelt. Dies ist meiner Ansicht nach künftig auszubauen, um reale und tatsächliche Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Abhilfe könnte eine prozentuale Beschränkung oder ein Richtwert für die Rohstoffkonsumierung – seitens der Industrie wie für die Bevölkerung – schaffen. Auch wenn diese nicht bindend wären, würde zumindest das Bewusstsein der Regierenden und der BürgerInnen sensibilisiert werden, dass Naturressourcen nicht unbegrenzt sind. Dies würde jedoch zu einer generellen Sparsamkeit der Menschen führen, die den Konsum und somit die Wirtschaft schwächt. Aus dem Blickwinkel der betroffenen Unternehmen ist dies offensichtlich nicht strebenswert. Doch die Reduzierung des Konsums der BürgerInnen, bewirkt, laut makroökonomischer Theorie, die Erhöhung ihre Spareinlagen, weshalb die Investitionen der Unternehmen wieder günstiger werden (Blanchard 2009). Somit könnten die beabsichtigten Investitionen in verschiedensten Bereichen, wie z.B. für die Forschung von innovativen Technologien im Energiesektor, nun günstiger erfolgen.

Die G-8 haben im Bereich der Rohstoffinfrastruktur, in Hinblick auf ihre friedenspolitischen Maßnahmen und unter dem Aspekt der gerechten Verteilung bzw. der Bekämpfung von Monopolstellungen, schon vorgearbeitet. Sie definieren so genannte *Konfliktressourcen*, wie z.B.

²⁶ siehe Kapitel *Die Umweltdimension*, Punkt *Fossile Energie*

Öl, Diamanten, Mineralien, Nutzholz und andere knappe Naturressourcen. Dabei unterstützte Kanada die Vereinten Nationen bei der Erstellung einer Datenbank, welche zur Implementierung von Sanktionen des UN Sicherheitsrates beitragen soll. Außerdem arbeiten Deutschland und Kanada mit der *International Conference on the Great Lakes Region (ICGLR)* zusammen, um regionale Mechanismen für eine Zertifizierung von natürlichen Ressourcen zu entwickeln (G8 2010:60,64)

13.2.2. Die energetische Infrastruktur

Die G-20 wollen eine Transition des globalen Wirtschaftswachstum initiieren, zielend auf eine Infrastruktur, welche über Technologien verfügt, die saubere, innovative, ressourceneffiziente und wenig CO₂-produzierende Energieträger erschließt (London 2009a:8). Um die lokale Infrastruktur zu verbessern, soll der Zugang zu Energie, und dabei speziell die *kosteneffektivsten* erneuerbaren Energieformen und Ressourcen, erhöht werden. Außerdem wollen die G-20 Energie einsparen und ihre Effizienz steigern (Seoul 2010d:1).

Weitere diesbezügliche Vorhaben sind unter anderem die Etablierung von klaren und konsistenten Standards im Energiesektor sowie die Verstärkung der diesbezüglichen Forschungsansätzen (Seoul 2010b:16).

13.2.3. Die wirtschaftliche Infrastruktur

Die nachhaltige und umfassende Perspektive, welche in die wirtschaftliche Infrastruktur integriert wurde, ist, z.B. in der Forderung der G-20 nach *Corporate Social Responsibility* seitens aller Unternehmen, ersichtlich. Zudem soll ein Arbeitsmarkt geschaffen werden, auf dem faire und familienfreundliche Bedingungen herrschen, unabhängig vom Geschlecht der Arbeitssuchenden (London 2009a:4). In Toronto verkündeten die G-20, die Strukturreformen zwecks langanhaltendem Wachstum könnten die Nachfrageexpansion stützen, sofern mit der Produktivität auch die Löhne wachsen würden. Dabei muss eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und dem Erhalt der sozialen Schutznetze gefunden werden (Toronto 2010a:13). Im Handlungsplan von Seoul ersucht die Gruppe der 20 die Weltbank und weitere relevante Akteure mit ihnen eine *G-20 Challenge on Innovation* zu gründen. Diese soll als Plattform für innovative Lösungen in sozialen Problemfragen fungieren, die z.B.

Unternehmensstrategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit entwickelt, um sie in Form von Empfehlungen an den Privatsektor weiterzugeben (Seoul 2010d:5). 2011 wird nun die Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche sowie für Menschen mit Handicap explizit behandelt. Ziel ist es, einen Katalog von gemeinsamen Zielsetzungen zu formulieren (France 2011f).

Die G-20 wollen ein Wirtschaftswachstum generieren, welches vom Privatsektor geführt und strukturiert wird (Pittsburgh 2009a:Pkt.24). Bei der Erstellung des *Mult-Year Action Plans* in Seoul wurde in den infrastrukturellen Maßnahmen verankert, dass, nicht nur in Anbetracht der regionalen und ländlichen Infrastruktur, *public-private* sowie *semi-public partnerships* vorangetrieben werden sollen (Seoul 2010d:1).

In Toronto legte die Gruppe fest, dass Wirtschaften die einen Handelsbilanzüberschuss produzieren Reformen zur Reduzierung der Abhängigkeit von der externen Nachfrage unternehmen sollen. Sie sollten sich mehr auf inländische Wachstumsressourcen konzentrieren, um Stabilität und die Widerstandsfähigkeit des Systems gegenüber externen Schocks zu gewährleisten. Die diesbezüglich betroffenen Schwellenländer verfolgen Reformen, welche den *landesspezifischen Umständen* entsprechen. Dabei spielt die Investition in Infrastrukturmaßnahmen eine wesentliche Rolle (Toronto 2010a:12).

13.2.4. Die finanzielle Infrastruktur

In Pittsburgh versprachen die Leader Booms und Pleiten bezüglich Vermögenswerten und Kreditpreisen künftig zu vermeiden, da sie sich negativ auf die Stabilität des Finanzsystems auswirken. Außerdem müssen makroökonomische Maßnahmen zu Preisstabilität adaptiert werden (Pittsburgh 2009a:Pkt.14). In Toronto postulieren die G-20, auf das *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* beziehend, u.a. die größere Wechselkursflexibilität in manchen aufstrebenden Märkten (Toronto 2010a:3).

In Seoul wurde, betreffend der rasanten Kapitalzu- und -abflüssen, die Stärkung der globalen Finanzsicherheitsnetze diskutiert, um schließlich der Herausforderung durch Finanzvolatilität gerecht zu werden. Große Kapitalschwankungen verursachten während der Krise mehr Schäden in den verhältnismäßig offeneren Ökonomien (Seoul 2010b:5f).

Im *Multi-Year Action Plan* postulierten sie Bestrebungen bezüglich der Installierung einer geeigneten Infrastruktur hinsichtlich Energie, Transport, Kommunikation, Wasser sowie auf regionaler Ebene. Darüber hinaus erkennen die G-20 die Notwendigkeit eine Infrastruktur für die Investitionen zu kreieren. Die regionalen Entwicklungsbanken und die Weltbankgruppe sollen in Zusammenarbeit Handlungspläne entwickeln, welche die Finanzierung aus dem öffentlichen, dem semi-öffentlichen, und dem privaten Sektor erhöhen sollen. Außerdem sollen Kreditvergaberichtlinien sowie interne Politiken und Praktiken verbessert werden, ebenso wie die Auszahlung und die Schnelligkeit der Projektimplementation. Die internen Ressourcen sollen hinsichtlich ihrer institutionellen Kapazität und der Risikominderung eingeschätzt werden. Ziel ist es, Engpässe zu beseitigen und Investitionen in neue Infrastruktur zu fokussieren, sowie die existente Infrastruktur zu erhalten und die veralterte zu sanieren. Schließlich gründeten die G-20 ein *High-Level Panel for Infrastructure Investment (HLP)*, bestehend aus 12 ernannten Mitgliedern, welche die Mobilisierung von Finanzquellen für Infrastrukturprojekte fördern sollen. Sie werden in administrativer und technischer Hinsicht von den Experten der Multilateralen Entwicklungsbanken (*MDBs*) unterstützen. Ihre Aufgabe ist konkrete Maßnahmen zum Ausbau der Finanzierungsquellen und ihre Diversifizierung zu identifizieren. Bei halböffentlichen und privaten Finanzierungsressourcen soll jedoch auf die Risikobegrenzung und -reduktion geachtet werden (Seoul 2010d:1f).

Um für ausreichende Privatinvestitionen sorgen zu können, bedarf es eines guten Klimas, welches sich durch hohe Beschäftigung, Wohlstand und Innovationsfreudigkeit auszeichnet. Aus diesem Zweck wollen die G-20 die besten existierenden Standards etablieren, zielend auf eine verantwortungsbewusste Wertschöpfung der Privatinvestitionen. Hierfür sollen UNCTAD, UNDP, ILO, OECD und die Weltbank gemeinsam die üblichen Best Practices überprüfen und quantifizierbare Schlüsselindikatoren für den Wirtschafts- und den Finanzsektor entwickeln. In Folge sollen in Entwicklungsländern spezifische Handlungspläne erarbeitet werden, welche u.a. Klein- und Mittelbetriebe fördern und das Investitionsklima aufbessern sollen (Seoul 2010d:5).

Außerdem sollen die internationalen Geldüberweisungen erleichtert werden. Dafür wurden Weltbank, RDBs und andere relevante Organisationen wie die *Global Remittances Working Group* beauftragt mit einzelnen G-20 Mitgliedern und nicht-Mitgliedern den Implementierungsprozess

der *General Principles for international Remittance Services* voranzutreiben. Dies soll dazu führen, die Transferkosten für internationale Geldübersendungen zu reduzieren (Seoul 2010d:7).

13.2.5. Die Bildungsinfrastruktur

Bereits 2004, im Zuge der Behandlung des demografischen Wandels, erkannten die Finanzminister, dass es weiterer Reformen bedürfe, welche auf bessere Integration der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, das Anwenden von Methoden zum lebenslangen Lernen sowie gesteigerte Investitionen in Humankapital und Infrastruktur abzielen (Berlin 2004:2).

Vor dem Summit in Toronto trafen sich die G-20 Arbeitsminister, welche sich für die Ausbildungsstrategie aussprachen, welche von der ILO in Zusammenarbeit mit der OECD ausgearbeitet wurde (Toronto 2010:1f).

2010 sind die G-20, nun auf Leader-Level, bestrebt Humanressourcen einzusetzen, um über die Programme der *Millennium Development Goals* hinauszugehen. Die im *Multi-Year Action Plan* verankerten Vorhaben sollen auf den Arbeitsmarkt abgestimmt werden, um schließlich wieder Investitionen anzuregen. Dabei soll in Zusammenarbeit von Weltbank, ILO, OECD und UNESCO international vergleichbare Standards entwickelt werden. Dem zu Grunde liegend müssen die Lücken zwischen Bildungsprogrammen und der künftigen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt identifiziert werden. Außerdem sollen die Verbindungen von Bildungsstandard, gesundheitlichen Problemen, Genderungerechtigkeiten und Methoden zum lebenslangen Lernen aufgezeigt werden. Zusätzlich formulierte die Gruppe ebenso in anderen Bereichen bildungstechnische Strukturmaßnahmen, wie z.B. der länderübergreifende und reibungslose Wissens- und Erfahrungsaustausch, u.a. bezüglich ihrer Lessons learned und Best Practices zu installieren (Seoul 2010d:7,3). Außerdem beschließen die G-20 die Bildung, Unternehmen sowie Forschung und Entwicklung im Bereich der sauberen Energietechnologien zu fördern (Seoul 2010b:16). Ein Bestreben Frankreichs während seinem Vorsitz 2011 ist der allgemeine Zugang zu Aus- und Weiterbildung (France 2011e).

13.2.6. Die politische Infrastruktur

In dem in Pittsburgh initiierten *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* postulierten die G-20 die globale Entwicklungsarchitektur zu reformieren, um den Langzeit-

Herausforderungen Stand halten zu können (Pittsburgh 2009b:Pkt.36). Der Staat soll dabei einer Haushaltskonsolidierung unterzogen werden und langfristiges Wachstum mittels Strukturreformen ermöglichen. Folglich müssen die vorhandenen Ressourcen effizienter eingesetzt werden (Toronto 2010b:3).

Um eine stabile Infrastruktur auf lokaler Ebene aufzubauen, bedarf es einer vorherigen Untersuchung der Institutionen, nationalen Politiken und regionalen Strukturen, um die Bedürfnisse sowie die notwendigen politischen Anpassungen adäquat einschätzen zu können. Schließlich sollen von den regionalen und multilateralen Entwicklungsbanken (*RDBs* und *MDBs*) regionale Projekte und Initiativen entwickelt werden, die mit existenten Programmen zusammenarbeiten und auf Transparenz fokussiert sind. Sie sollen zudem die Frage nach den besten und kosteneffektivsten Möglichkeiten von Umweltschutzbestimmungen behandeln. Die Ergebnisse sollen den Leaders am Gipfeltreffen 2011 präsentiert werden. Eine Aufgabe des *High-Level Panel for Infrastructure Investment (HLP)* besteht in der Überprüfung des von der MDB angefertigten Politikrahmens und des Handlungsplans. Dabei soll ihre Unabhängigkeit gewährleistet sein um tatsächlich transparente, realistische, nachhaltige und maximale Ergebnisse zu erzielen. Ihr Bericht darüber wird ebenfalls zum nächsten Leadertreffen Ende 2011 erwartet. Zu diesen Vorhaben „von außerhalb“ soll zusätzlich die interne Ressourcenmobilisierung der Staaten sowie die inländische staatliche Finanzbasis gesteigert werden. (Seoul 2010d:1f, 6).

13.2.7. Die rechtsstaatliche Infrastruktur

Die G-20 beschlossen – zwecks Stärkung des Finanzsystems – bis März 2010 die vom *Basel Committee on Banking Supervision (BCBS)* erarbeitete Bankresolution, welche grenzüberschreitend greifen soll, umzusetzen. Zudem sollen ab 2013 und bis 2019 die Richtlinien des *Financial Stability Board (FSB)* in nationales Recht adaptiert werden. Diese beinhalten Instrumente, wie Resolutionen gegen internationale Finanzinstitutionen, welche entscheidend für das System bzw. das globale System sind (SIFISs bzw. G-SIFIs).

Um gegen Korruption effektiv vorzugehen, postulierten die G-20 die Implementierung der *UN Convention Against Corruption (UNCAC)* (besonders Artikel 6 bezüglich einer Anti-Korruptionsbehörde und Artikel 36 über Sonderbehörden), sowie der *OECD Convention on*

Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transaction, um Bestechungen entgegenzuwirken.²⁷

Frankreich setzt in seiner Präsidentschaft 2011 den Schwerpunkt, die soziale Komponente der Globalisierung nicht zu vernachlässigen. Im Zuge dessen fokussiert die Gruppe Sozial- und Arbeitsrechte und fördert grundlegende Gesetzestexte, wie die *ILO-Deklaration der fundamentalen Prinzipien und Rechte der Arbeit*, sowie jene zusätzlichen auf nationaler Ebene (France 2011f).

13.2.8. Die Infrastruktur der Nahrungsversorgung

In London beschließen die G-20, die Weltbank müsse in langfristige Nahrungssicherheit investieren (London 2009a:8). In Toronto wurde von ihnen das *Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP)* gegründet, welches gleichsam als Ausführungsinstrument der von den G-8 in Aquila gegründeten *Global Partnership for Agriculture and Food Security* fungiert. Die Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe, FAO, sowie weiteren Organisationen und ihre Vorhaben zu diversen Thematiken zeigt, dass sich diese Infrastruktur erst im Entstehungsprozess befindet.

Ein Ansatz der diesbezüglich vom FAO postuliert, aber noch nicht von den G-20 aufgegriffen wird, ist ein solcher der auf „*Climate-Smart*“ *Agriculture* abzielt. Dieses Konzept impliziert eine sensibilisierte Interdependenz in der Landwirtschaft, welches konkret in sechs Säulen organisiert ist: 1) Boden- und Nährstoffmanagement mit Hinblick auf die Abstimmung mit den Bedürfnissen der jeweiligen Pflanzenart; 2) effizientere Wassernutzung über Bewässerungssysteme und eine verbesserte Wasserernte durch adäquate Dämme und Becken, um die immer unregelmäßiger werdenden Regenfälle auszugleichen; 3) eine verbesserte Schädlings- und Krankheitskontrolle, die sich immer schwieriger gestaltet, da sich Parasiten durch den Klimawandel und die ansteigende Temperatur verändern und über größere Gebiete verbreiten; 4) ein widerstandsfähiges Ökosystem mit breiter Biodiversität; 5) die genetischen Ressourcen der Samen und Pflanzen nutzen, die sie ideal in ihrer gewohnten Umgebung entfalten lassen, in der sie sich über Generationen hin entwickelten und auf dortige negative Einflüsse schockresistent wurden, und sich außerdem an den dort üblichen Umweltzyklus anpassen; sowie schließlich 6) eine mit der Natur zeitlich

²⁷ siehe Kapitel *Die Rechtssicherheit*

abgestimmte Ernte und eine Verbesserung in den weiteren Verarbeitungsprozessen um die Qualität und Quantität der Nahrung effizient auszureifen (FAO 2010b:1ff). Dies wären aus meiner Perspektive gute Standards, die sowohl auf Nahrungssicherheit als auch auf Umweltsicherheit abzielen.

13.2.9. Die sanitärer Infrastruktur

Diese Frage wurde, wie bereits bemerkt, von den G-20 lediglich am Rande behandelt. So erwähnen sie beispielsweise, in ihren Infrastrukturmaßnahmen des *Multi-Year Action Plans*, mit bereits vorhandenen Initiativen, wie jene der *African Water Facility (AWF)* zusammen zu arbeiten (Seoul 2010d:1). Außerdem soll, im Zuge der Entwicklung von Humanressourcen, die Schwierigkeiten im Gesundheitsbereich – speziell in LICs – wie z.B. nicht-übertragbare Krankheiten aufgegriffen werden (ebd.:3). Nachdem die sanitäre Infrastruktur jedoch einen wesentlichen Inhalt eines funktionierenden gesellschaftlichen Systems darstellt, gehe ich davon aus, dass diesbezügliche Vorhaben künftig von den G-20 intensiver behandelt werden.

Die G-8 spielen in diesem Bereich, neben vielen anderen, abermals eine Vorreiterrolle. Ihr Engagement äußerte sich bis jetzt in dem 2003 erarbeiteten *G8 Evian Water Action Plan*, welcher sich Herausforderungen bezüglich Wasser und Sanitäreinrichtungen in Entwicklungsländern behandeln. Darüber hinaus tragen sie bilaterale finanzielle Mittel bei, die über 75% der OECD-DAC ausmachen. Auf dem Summit in Aquila wurde eine Partnerschaft für Wasser und Sanitäranlagen mit Afrika gegründet, auf der künftig aufgebaut werden soll. Zudem sollen kostengünstige Technologien für den Einsatz vor Ort weiterentwickelt werden (G-8 2010:38f).

13.2.10. Die demografische Infrastruktur

Das Thema des demographischen Wandels wurde innerhalb der G-20 vor 2008, d.h. nicht auf Leader-Ebene besprochen. Dabei lag der Fokus auf Migration und den daraus resultierenden Geldüberweisungen in die Heimatländer, die einen wesentlichen Beitrag zu der dortigen ökonomischen Entwicklung und zur Armutsreduzierung darstellten. Dabei hatten die G-20 Finanzminister das Ziel, die Transaktionskosten mittels besserer Datensammlung zu senken und durch internationale Kooperation die Überweisungsdienstleistungen zu verbessern, sowie das Wissen über Finanzsysteme zu fördern (Xianghe 2005:2, G-20 2008:108).

Der zweite Schwerpunkt, den die G-20 innerhalb des Themenfelds des demografischen Wandels setzten, ist die künftige strukturpolitische Herausforderung durch die alternden Bevölkerungen, wie sie in allen G-20 Ländern zu beobachten ist bzw. sein wird. Dabei wären Haushaltskonsolidierungen der Staaten und weitere Reformen notwendig. Die ökonomischen Herausforderungen, vor denen die alternden Bevölkerungen stehen, sollten gezielt beobachtet werden. Zu diesem Zweck sollte der IMF regelmäßige Analysen zur langfristigen Herausforderung und deren politische Lösungsansätze vorlegen. Dabei bekundeten die G-20 ab 2004 demografische, migrationspolitische Themen und andere Langzeit-Herausforderungen regelmäßig auf globaler Ebene zu behandeln (G-20 2008:93, Berlin 2004:1). In China diskutierten die 20 Finanzminister die Auswirkungen der alternden Bevölkerungen auf das Wirtschaftswachstum, die soziale Sicherheit, sowie Finanz- und Arbeitsmärkte. Dabei wird der Zugang zu ausländischen Arbeitsmärkten von den Entwicklungsländern als Möglichkeit zu Wissensgenerierung und zum Erwerb von Fähigkeiten angesehen (Xianghe 2005:2).

13.2.11. Die soziale Infrastruktur

Mit Hinblick auf die Kostenreduzierung v.a. der zeitlich beschränkten Migration, diskutierten die Finanzminister in Australien bereits im Jahr 2006 die Tragbarkeit von Sozialversicherungen und Gesundheitsbeitragszahlungen (Melbourne 2006:3). Dieser Anstoß wurde aber unter den Ministern nicht mehr weiterverfolgt.

Im Zuge des etablierten *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* wurde 2009 ein Aspekt eröffnet, der durch den Plan für die Wirtschaftserholung den sozialen Schutz die weiterhin konstante Lohnauszahlung und die Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung gewähren sollte. Die G-20 forderten, die globale Krise solle nicht zum Anlass genommen werden, um international anerkannte Standards zu diskreditieren. Sie forderten Weltbank und IMF auf, die umweltbezogene und sozial Dimension nicht zu vernachlässigen (Pittsburgh 2009b:Pkt.43,5).

In Toronto wurde beschlossen soziale Sicherheitsnetze, wie die öffentliche Gesundheitsvorsorge und Pensionspläne, zu stärken (Toronto 2010b:12). In der Finanzsektorreform, die ebenfalls 2010 präsentiert wurde, forderten die G-20 von den Entwicklungsbanken u.a. die Implementierung von umweltbezüglichen und sozialen Absicherungen (Toronto 2010d:2f).

Ende 2010 postulieren die G-20 im *Multi-Year Action Plan* Systeme für den sozialen Schutz zu entwickeln und gestehen ein, dass die sozialen Schutzmechanismen in LICs während der Krise versagt hätten. Sie folgern daraus, dass die Einnahmequellen für arme Gemeinden in Entwicklungsländern zu sichern und Puffer aufzubauen seien, die vor externen Schocks schützen sollen. Außerdem soll die interne Nachfrage aufrecht erhalten werden. Aus diesem Grund sollen UNDP, ILO und MDBs die vorhandenen sozialen Schutzmechanismen überprüfen und die besten Optionen herausfiltern. Dabei sollen Anpassungen in Zeithorizonten und Genauigkeit der Daten vorgenommen und die Implementierung der *UN Global Pulse Initiative* vorangetrieben werden. Die Resultate werden am nächsten Summit in Cannes präsentiert (Seoul 2010d:7).

Frankreich widmet dem Thema der sozialen Komponente der Globalisierung einen Schwerpunkt auf dem kommenden Gipfeltreffen. Das Vorsitzland beleuchtet die Ungerechtigkeit und das soziale Risiko, indem es aufzeigt, dass lediglich 20% der Weltbevölkerung Sozialleistungen erhalten. Die öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich betragen in LICs 4,1% und in Ländern mit hohem Einkommen 19,4%. Frankreich sieht vor soziale Schutzmechanismen, ähnlich einem *Social Protection Floor*, zu entwickeln bzw. die vorhandenen Strukturen aufzubessern. Es wird dezidiert von einem *sozialen Transfer* gesprochen, welcher den BürgerInnen eine Sicherheitsstütze bezüglich ihrer Verdienste und ihres Lebensunterhalts spenden und den Zugang zu Grunddienstleistungen ermöglichen soll. Dabei würden Sozialhilfe für Kinder, Pensionisten, Menschen mit Handicap und jene, die mit einem Gehalt unter dem Mindestverdienst auskommen müssen, installiert werden. Darüber hinaus möchte Frankreich alle internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen, wie WTO, IMF oder Weltbank, überzeugen auf die soziale Dimension der Globalisierung umfassend Rücksicht zu nehmen. Zu diesem Zweck wird im Mai eine High-Level Konferenz in Paris stattfinden, an der die größten internationalen Akteure IMF, ILO, Weltbank, WTO, OECD und UNDP mit den G-20 Finanz- und Sozialminister zusammentreffen (France 2011f).

13.3. Lösungsansatz

Die hier skizzierten Strukturen, welche die G-20 im Begriff sind aufzubauen, sollen schließlich wieder Halt und Stabilität in globalen Zusammenhängen installieren. Die nachhaltige und langfristige Verankerung wird jedoch nur von einer adäquaten Ideologie getragen. D.h. das Grundelement der makroökonomischen Philosophie der Effizienzsteigerung muss ihren

Zeithorizont erweitern. Das Prinzip kann nach wie vor verfolgt werden, allerdings nur innerhalb differenzierter Bezugsquellen um die Langfristigkeit der Ressourcennutzung tatsächlich gewährleisten zu können.

Die ITT-Initiative verfolgt beispielsweise, in Anlehnung an das UN-FCCC, eine Logik der geteilten, aber differenzierten Verantwortung. Dies soll ein Anstoß zu einer *Post-Erdöl-Gesellschaft* sein, dabei ist jedoch der internationale Rückhalt gefordert: in dem Fall der ITT-Initiative (welche nach ihren drei Ölquellen Ishpingo, Tambococha und Tiputini benannt ist, die eben nicht gefördert werden sollen) soll die internationale Gemeinschaft mindestens die Hälfte der dadurch verzichteten Einnahmen vergüten, um das Argument der Effizienz der nationalen Wirtschaft zu entkräften. Die oberste Priorität der Initiatoren, nämlich der indigenen Völker und der betroffenen Einwohner, war die Aufrechterhaltung der Qualität ihrer Lebensgrundlage und ihres Lebensraumes sowie der dort vorhandenen Biodiversität. Um dies mit der ökonomischen Philosophie zu vereinen wurde im August 2010 ein Treuhandfond des UN-Entwicklungsprogramms unterzeichnet. Dieser soll den Staaten, die auf veraltete Energiequellen verzichten, einen finanziellen Ausgleich bieten um dem internationalen Wettbewerbsdruck standhalten zu können. Die ITT-Initiative vertritt die Forderung die Beziehung zwischen Mensch [bzw. homo economicus] und Natur zu ändern: „Die Natur darf keine Ware mehr sein“ (Acosta 2011:1,18). Somit muss in der makroökonomischen Wirtschaftstheorie eine klare Abgrenzung zwischen erstens den Akteuren, zweitens deren Aktivitäten als Mittel zum Zweck der Effizienzsteigerung und drittens ihrer Basis der Handlungsspielraum alias. ihre Umwelt, erfolgen, wobei die Basis nicht als Mittel verwendet werden kann, sondern als Grundlage determiniert werden muss.

Die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom erkennt ebenso die Notwendigkeit, die Politische Ökonomie nicht lediglich in ihren Teildisziplinen der Politik- oder der Wirtschaftswissenschaften zu behandeln. Es bedarf einer ganzheitlichen Behandlung der entsprechenden Thematiken, die eine neue Organisationsform für die Frage der Verteilung von Gemeingütern finden muss. Dabei nennt sie selbstorganisierte *Commons-Institutionen*, welche schon in Vergangenheit Gemeinressourcen über lange Zeitspannen hinweg sehr intensiv nutzten (Ostrom 2011:18). In Zukunft wird es somit unvermeidbar sein, sich im Zuge der Ressourcensicherheit mit derartigen gemeinschaftlich verwalteten und individuell ausgeformten und gewichteten Institutionen auseinander zusetzen,

die ihre Prioritätenreihung und Prinzipiensetzung für ihren Lebensraum selbst festsetzen können.

„Wenn wir keine Wege finden, die Verfasstheit der Gemeingüter zu verbessern; wenn wir nicht lernen, besser mit unseren kollektiven Ressourcen umzugehen, wird das Fehlen von Common-Institutionen im 21. Jahrhundert zu tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen“ (Ostrom 2011:18).

Der von den G-20 und den G-8 beschrittene Pfad könnte als anfängliche Anleitung gesehen werden, welche schließlich in stabile, sicherheitsspendende und selbstverwaltende Institutionen auf lokaler Ebene münden.

14. Conclusio

Meine Forschungsfrage, ob die Agenda der G-20 von finanzwirtschaftspolitischen zu anderen Sicherheitsthematiken ausgeweitet wurde, muss auf zwei Epochen aufgesplittert werden: die G-20 bis 2008 bzw. die pre-Summit-Phase, in der nur von den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren relevante Dokumente erstellt wurden, sowie die Summit-Ära, die im Zuge der Finanzkrise Ende 2008 initiiert wurde.

In der ersten Phase sind einige nachhaltige und soziale Themen, v.a. ab der indischen Präsidentschaft 2002, zu erkennen. Diese werden oftmals von den Schwellenländern auf die Tagesordnung gebracht. Doch, wie die G-20 in ihrem geschichtlichen Rückblick selbst verlautbaren, bleiben ihre Vorhaben und Zielsetzungen jedoch oft ohne Taten. Es mangelt an Durchsetzungskraft auf internationaler Ebene und sie haben kaum Einfluss auf andere nationale Politiken (G-20 2008:53). Mit der globalen Finanzkrise und der impliziten Herausforderung global greifende Lösungen zu finden, versammelten sich nun auch die G-20 als Leaders-Panel. Die globale Situation der Unsicherheit bescherte der Gruppe neuen Aufwind, der sie als *Emergency Global Governance* indirekt legitimierte. Die krisenhafte Situation veranlasste die Gruppe zu halbjährlichen Treffen, anstatt dem vor 2008 üblichen Jahrestakt der Versammlungen. Dieser vorherige Rhythmus wird mit 2011, im Zuge der Erholung der wirtschafts- und finanzpolitischen Situation, wieder aufgenommen. Wir befinden uns somit zur Zeit in einer entspannenden Lage für die Weltwirtschaft und einer spannenden Periode, in der die G-20 beweisen müssen, dass sie nicht nur als *Emergency Global Governance* reagieren, sondern sich als *Global Governance* etablieren können.

Dabei können sie auf ihre wesentlichen Errungenschaften der letzten zweieinhalb Jahre aufbauen. Diese sind unter finanzwirtschaftlichem Aspekt bzw. jenem der ökonomischen Sicherheitsdimension u.a. das umfangreiche Sanierungspaket für die Wirtschaft, welches 2009 in London angenommen wurde und eine Aufstockung der IMF Ressourcen ermöglichte. Ein weiterer wesentlicher Punkt unter diesem Aspekt ist die Reformierung des Mandats und der Governance des IMF und der Weltbank, sowie die Neugründung des *Financial Stability Boards*, welches das *Financial Stability Forum* ersetzte. Die neu organisierten Gremien spiegeln alle eine erhöhte Repräsentation der Schwellen- und Entwicklungsländer wieder. Sie zeigt jedoch noch nicht das

tatsächliche Verhältnis ihres realen wirtschaftspolitischen Gewichts. In Pittsburgh reformierten die G-20 schließlich ihr eigenes Mandat, indem sie sich 2009 als das „primäre Forum für *unsere* internationale Wirtschaftszusammenarbeit“ deklarierten (Pittsburgh 2009a:Pkt.19).

Unter dem Aspekt der politischen Sicherheitsdimension ist das in Pittsburgh etablierte *Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth* ein grundlegender Rahmen, welcher die künftigen G-20-Politiken umfassend und gerecht gestalten soll. Dabei liegt der Schwerpunkt jedoch abermals auf der Wirtschaft. Trotzdem werden Bedingungen genannt, die eine nachhaltige Struktur initiieren sollen. Diese betreffen u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen und entwicklungspolitische Maßnahmen (Pittsburgh 2009a). Grundlegend für die Möglichkeit zur Entwicklung ist der Zugang zu finanziellen Ressourcen. Diese sollen durch die in Toronto publizierten Prinzipien der *Financial Inclusion* vorangetrieben werden. In Seoul wurden darüber hinaus weitere entwicklungspolitische Lösungsansätze im *Seoul Development Consensus for Sharded Growth* präsentiert und konkrete Handlungsschritte, sowie zugeordnete Zeitrahmen, im *Multi-Year Action Plan* erarbeitet.

Innerhalb der militärischen Sicherheitsdimension sind in der Pre-Summit-Phase einige Standards zur Terrorismusbekämpfung etabliert worden. Anstoß war der im Jahr 2001 veröffentlichte *Action Plan on Terrorist Financing*. Dieser wird vom IWF, der Weltbank und der *Financial Action Task Force (FATF)* überwacht. Jene Institutionen haben zudem die Aufgabe internationale Standards nach dem Prinzip der *Anti-Money Laundering/Counter-Financing of Terrorism (AML-/CFT)* voranzutreiben.

Hinsichtlich der Umweltdimension wurden in den G-20 Themen wie der Klimawandel und die UN-FCCC Konferenzen, Meeresschutz, fossile und saubere Energiequellen besprochen. Sie beschlossen die Mandatsausweitung der Weltbank die in Zusammenarbeit mit den Multilateralen und Regionalen Entwicklungsbanken jene Problemfelder behandeln sollte. Dies ging mit einer Ressourcenaufstockung der notwendigen Finanzen einher. Zuletzt wurde in Seoul ein Konzept zu einem *Grünen Wachstum* erarbeitet in welchem auf nationaler Ebene Investitionen in Technologien für saubere Energie, Energie- und Ressourceneffizienz, grüne Transportmöglichkeiten sowie grüne Städte mittels Finanzierungsmobilisierung gefördert werden sollen. Großbritanniens Regierung ist diesbezüglich dabei eine *Green Investment Bank* aufzubauen. Es ist jedoch noch unklar, ob diese als Fond oder als reale Bank fungieren soll (siehe

Interview). Außerdem sind die G-20 bestrebt klare und konsistente Standards zu etablieren, langfristige Energiepolitiken zu entwickeln, den Bildungssektor, Unternehmen, Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu unterstützen.

Food Security wird erst seit kurzem in den G-20 behandelt. Es wurde auf Konzepten der G-8 aufgebaut. Dies betrifft die von den G-8 in Aquila gegründeten *Global Partnership for Agriculture and Food Security* welche durch das *Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP)* der G-20 ein Ausführungsinstrument erhielt. Health Security hingegen wurde in den G-20 nur an Hand anderer verwandter Thematiken besprochen, wie im Zuge der Nahrungs- und Umweltsicherheit, der Armutsbekämpfung oder der Erreichung der *Millenium Development Goals*, welche u.a. die Reduzierung der HIV/AIDS-Neuerkrankungen und die Bekämpfung jener und anderer Krankheiten, wie Malaria, vorsehen. Auf dem nächsten Gipfeltreffen der G-20 sollen bereits existierende innovative Finanzierungsmechanismen im internationalen Gesundheitsbereich für weitere Bereiche geprüft werden.

Im Bereich der Rechtssicherheit sind die G-20 bestrebt ein übergreifendes national-internationales Rechtsnetz zu schaffen in dem gleiche Bedingungen und Grenzen für internationale Finanzinstitutionen v.a. für jene, denen für das globale oder das nationale System eine gewisse Wichtigkeit beigemessen wird. Laut dem indonesischen Wirtschaftsattaché Muhammad Takdir versuchen die G-20 ihre Systeme und ihre Systemstrukturen einander anzugleichen. Darüber hinaus wird von der Gruppe mit Nachdruck ein Vorgehen mit nicht-kooperativen Staaten vorgeschlagen. Sie wollen zudem ein globales Anti-Korruptionsregime über den Rechtsweg etablieren.

Die Informationssicherheit steht laut westeuropäischen Beamten auf der Agenda der G-8, da der Wertnukleus jener Gruppe enger beisammen liegt und eine Einigung schneller und leichter erzielt werden kann als in der Gruppe der 20. Doch der Angriff von Hackern auf das französische Finanzministerium hinsichtlich G-20-Dokumenten lässt eine künftige Behandlung des Themas in der ausgeweiteten Gruppe vermuten.

Angesichts der Organisation der G-20 besteht laut Botschafter Sloan die Gefahr, in ein „Talk Shop“ abzugleiten, in welchem den Worten keine Taten folgen. Um dem vorzubeugen, müssten sie an ihrer Glaubhaftigkeit und Sanktionskraft arbeiten. Postulierte Versprechen müssten tatsächlich

eingehalten und auch – von den G-20 bzw. von ihnen betrauten Organisationen – kontrolliert werden. Dabei sieht er im Wissenschaftssektor und der Zivilgesellschaft erhebliches künftiges Potenzial, da jene gute Inputs beisteuern können. Außerdem könnten sie künftig eine Rolle als wissenschaftliche Kontrollinstanz finden bzw. eher eine Kontrollinstanz der politischen Kontrolle seitens der G-20 selbst. Die Einhaltung der veröffentlichten *Commitments* und ihre Kontrolle sollte nach wie vor von den PolitikerInnen und den weisungsbefugten Behörden vollzogen werden. WissenschaftlerInnen könnten in Zukunft mehr Gewicht haben indem sie kontrollieren, ob die Versprechen adäquat umgesetzt und kontrolliert wurden (siehe Interview Sloan).

Der Privatsektor hingegen wird von den G-20 bereits als integraler Bestandteil des Wirtschaftswachstums angesehen. Dabei soll er in Fragen der innovativen Finanzierung und der Handelspartnerschaften innerhalb des globalen Südens sowie zwischen Nord und Süd und der triangulären Zusammenarbeit eine aktive Position einnehmen. Darüber hinaus bestreben die G-20 eine kooperative Partnerschaft mit der Privatwirtschaft in Sachen Nahrungssicherheit, Bestechung und Korruption, sowie bei Schaffung von vernünftigen Arbeitsplatzbedingungen und *Corporate Social Responsibility*. Dies wird nicht zu letzt durch die seit 2010 parallel stattfindenden G-20 Business Summits deutlich. Das Thema in Seoul Anfang November 2010 war dabei „The Role of Business for Sustainable and Balanced Growth“ (Seoul 2010b:17). Auf der diesjährigen Versammlung sollen nach Aufforderung Frankreichs als Vorsitzland 2011, Verpflichtungen seitens des Privatsektors diesbezüglich formuliert werden.

Die G-20 gehen in vielen Bereichen Kooperationen mit gewichtigen internationalen Organisationen wie IMF, Weltbank, UN, WTO, FAO, ILO uvm. ein. Darüber hinaus erkennen sie jedoch die Notwendigkeit, intensiver mit der internationalen Gemeinschaft zu interagieren und zu kommunizieren. Sie wollen effektive Partnerschaften schließen und nennen dabei explizit die UN, regionale Behörden, die Zivilgesellschaft, Wirtschaftsunionen und den akademischen Sektor (Seoul 2010b:17).

Diese intensivierten Beziehungen nach außen, beobachten manche westeuropäischen PolitikerInnen auch innerhalb der G-20. Das Phänomen des „Minilateralismus“ beschreibt die informelle Gruppenbildung innerhalb der (informellen) Gruppe der 20. Die BRIC-Staaten, welche nun um Südafrika auf BRICS erweitert wurden, beschlossen mit 2009 ebenfalls jährliche

Gipfeltreffen abzuhalten und werden sich im April 2011 in Peking bereits zum dritten Mal versammeln. U.a. im Zuge der Reform der Bretton Woods Institutionen, zeigte sich diese Gruppierung als sehr effizient. Sie befinden sich zudem ebenfalls in einer Ausdehnungsphase, in der sie andere Bereiche wie Energie und Nahrungssicherheit aufgreifen. Außerdem gestaltet sich die Gruppenformierung abhängig vom zu behandelnden Thema. Bezüglich der Klimadebatte, beispielsweise, etablierten sich BASIC (Brasilien, Südafrika, Indien, China), die sich am Rande des COP15 in Kopenhagen bildeten. Die Schwellenländer innerhalb der G-20 haben somit eine Beziehung der Kooperation, jedoch, beruhend auf ihrem Wirtschafts- und Entwicklungsbestreben, auch eine konkurrierende Wettbewerbshaltung.

Die G-8 können in vielerlei Hinsicht als Vorreiter der G-20 betrachtet werden. Dabei besteht die Wahrscheinlichkeit, dass nach und nach G-8 Agenden zu G-20 Agenden werden. Doch derzeit ist es noch pragmatischer, viele Themen exklusiv innerhalb der kleineren Gruppe zu behandeln, da sie eine weniger heterogene Einheit darstellt, in der ähnliche Vorstellungen und Prinzipien vorherrschen.

Die G-20 müssen für einen Konsens oftmals hart und lang verhandeln. Dafür ist jener in der globalen Welt hochwertiger, da die Gruppe repräsentativer ist und ihre Entscheidungen folglich tragfähiger sind. Zu letzt formulierten die G-20 ihr gemeinsames Bestreben die globale Wirtschaft zu einem Grünen Wachstum umzustrukturieren. Dabei soll in neue, saubere, innovative und kostengünstige Energiequellen und Technologien investiert werden (Seoul 2010b:3). Diese, wie viele andere Bestrebungen der G-20 wurden innerhalb der vergangenen zweieinhalb Jahre definiert. Die Informationsbasis für den folgenden Evaluierungsprozess – abgestimmt auf die Best Practices – muss jedoch in vielen Bereichen erst erarbeitet und danach national und international umgesetzt werden. Um ein beobachtbares Resultat wahrnehmen zu können, bedarf es Geduld. Derzeit befinden wir uns noch im Prozess der „Weichenlegung“.

Auf der Agenda des kommenden Summits Ende November 2011 (der einzige in diesem Jahr) stehen nun neben den weiterbehandelten ökonomischen Themen, wie die Reform des internationalen Währungssystems, die Finanzmarktaufsicht, die Reduzierung der Preisschwankungen, und jenen entwicklungspolitischen Agenden, wie Nahrungssicherheit, Korruption und *Financial Inclusion*, auch neue Thematiken wie die Integrierung einer sozialen

Komponente im Globalisierungsgeschehen (France 2011a). Beim Anblick dieser Agenda könnte meine eingangs aufgestellte These der erweiterten G-20-Agenda, zumindest teilweise, als bestätigt angesehen werden. Nach meinem theoretischen Analysekonzept wurden lediglich der Bereich der Gesundheitssicherheit, sowie die militärische Perspektive, nicht explizit von den G-20 behandelt. Dabei ist es bei ersterem eine Frage der Zeit, wann die Gruppe dezidiert *Health Security* aufgreifen wird.

15. Abkürzungsverzeichnis

AFI – Alliance for Financial Inclusion
 AFSI – l'Aquila Food Security Initiative
 AML/CFT – Anti-Money Laundering/Counter-Financing of Terrorism
 APEC – Asia-Pacific Economic Cooperation (1989 gegründet)
 APSA – African Peace and Security Architecture
 BCBS – Basel Committee on Banking Supervision
 BIS – Bank of International Settlements
 BRD – Bundesrepublik Deutschland
 BRIC-Staaten – die aufstrebenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China
 BWI – Bretton Woods Institutions
 CAADP – Comprehensive African Agricultural Development Program
 CAC – Collective Action Clauses in emerging countries' bonds
 CCPs – Central Counterparties
 CDS – Credit Default Swaps
 CERT – Computer Emergency Readiness Team
 CFS – UN Committee on World Food Security
 CGAP – Consultative Group to Assist the Poor
 CGFS – Consultative Group for Financial Stability ???????
 EAG – Eurasian Group on Money Laundering and Financing of Terrorism
 EC – European Community
 EITI – Extractive Industries Transparency Initiative
 EPA – Economic Partnership Agreement
 EU – Europäische Union
 EZB – Europäische Zentralbank
 FAO – Food and Agriculture Organization
 FATF – Financial Action Task Force
 FSAP – IMF's Financial Sector Assessment Programme
 FSB – Financial Stability Board
 FSF – Financial Stability Forum (1999 gegründet, siehe Glossar)
 G22 – Group of Twenty-Two (siehe Glossar)
 G33 – Group of Thirty-Three (siehe Glossar)
 G5 – Group of Five (USA, UK, BRD, Frankreich, Japan)
 G7 – Group of Seven (G5 + Italien, Kanada)
 G8 – Group of Eight (G7 + Russland)
 GAB – General Arrangement to Borrow
 GAFSP – Global Agriculture and Food Security Programme
 GATT – General Agreement on Tariffs and Trade
 Global Forum – OECD Global Forum on Tax Transparency and Exchange of Information
 GMEP – Global Marine Environment Protection
 GPFI – Global Partnership for Financial Inclusion
 G-SIFIs - Financial Institutions that are globally systemic
 HIPC – Heavily Indebted Poor Countries
 HLP – High-Level Panel for Infrastructure Investment
 IADB – InterAmerican Development Bank
 IASB - International Accounting Standards Board
 IDA – International Development Agency

IEA – International Energy Agency
IEF – International Energy Forum
IFAD - International Fund for Agricultural Development
IFC – International Finance Corporation
IFF – International Finance Facility
IFFIm – International Finance Facility for Immunisation
IFI – International Finance Institutions
IIF – Institute of International Finance
ILO – International Labour Organization
IMFC – International Monetary and Financial Committee
IOSCO – International Organization of Securities Commission
IPMA – International Primary Market Association
IWF – Internationaler Währungsfond (IMF – International Monetary Fond)
LGIFD – Leading Group on Innovative Financing for Development
LICs – low income countries'
JODI – Joint Oil Data Initiative
MAP – Mutual Assessment Process
MDB – Multilateral Development Banks
MDG – Millenium Development Goals
MNEs – Multinational Enterprises
NAB – New Arrangements to Borrow (siehe Glossar)
NCJs – non-cooperative jurisdictions
NEPAD – New Partnership for Africa's Development
NGO – Non-Governmental Organisation
ODA – Official Development Assistance
OECD – Organization for Economic Cooperation and Development
OFO – Offshore Financial Centers
OPEC – Organization of Petroleum Exporting Countries
OTC derivatives – over-the-country Derivatives
PCL – Precautionary Credit Line
PRGF – Poverty Reduction and Growth Facility
RFA – Regional Financing Arrangements
ROSCs – Internationally-accepted Standards and Codes established by BWI + internat. Standard-setting bodies
SALW - Small Arms and Light Weapons
SDMR – Sovereign Debt Restructuring Mechanism
SDR – Special Drawing Rights
StAR – World Bank's Stolen Assets Recovery Program
SWF – Sovereign Wealth Funds
TNK – Transnationale Konzerne
TRs – trade repositories
TT-SSC – Task Team on South-South Cooperation
UK – United Kingdom
UN – United Nations
UNCAC – United Nations Convention against Corruption
USA – United States of America
WFP – World Food Programme
WTO – World Trade Organization

16. Bibliografie

16.1. Primärliteratur

Food and Agriculture Organisation of the United Nations (2010): *The State of Food Insecurity in the World. Addressing Food Insecurity in Protracted Crises*. Rome

Food and Agriculture Organisation of the United Nations (2010b): „*Climate-Smart*“ *Agriculture. Policies, Practices and Financing for Food Security, Adaptation and mitigation*. Rome

Freedom House (2009): *Freedom on the Net. A Global Assessment of Internet and digital Media*. Washington D.C.

Freedom House (2010): *Freedom of the Press 2010. Broad Setbacks to global Media Freedom. Selected Data From Freedom House's Annual Press Freedom Index*. Washington D.C.

G-20 (2008): *The Group of Twenty: A History* (p.u.)
<http://www.g20.utoronto.ca/docs/g20history.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:30]

International Bank for Reconstruction and Development: *Voting Power of Executive Directors*. Corporate Secretariat, December 31, 2010
<http://siteresources.worldbank.org/BODINT/Resources/278027-1215524804501/IBRDEsVotingTable.pdf> [cited on 10/03/2011 at 18:00]

O'Neill, Jim (2001): *Building Better Global Economic BRICs*. In: Goldman Sachs. Global Economics Paper No: 66, November 2001

Parkinson, Martin (2006): *THE G-20 – ADDRESSING GLOBAL CHALLENGES. Presentation to the Australian Business Economists Luncheon*. Sydney
http://www.treasury.gov.au/documents/1185/PDF/ABE_nov2006_2.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:30]

UN Development Programme (1994): *Human Development Report 1994*. New York

UN Development Programme (2010): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2010*. Berlin

United Nations (2008): *UN Approach to Rule of Law Assistance*. Guidance Note of the Secretary-General. April 2008, New York

United Nations (2010): *The Millennium Development Goals Report 2010*. New York

U.S. Department of Homeland Security – Cybersecurity:
http://www.dhs.gov/xabout/structure/gc_1185202475883.shtm,
http://www.dhs.gov/xabout/structure/editorial_0839.shtm [cited on 2011/04/01 at 13:30]

U.S. Government (2010a): *Feed the Future Guide*. May 2010

World Bank (1989): *Sub-Saharan Africa. From Crisis to Sustainable Growth. A Long-Term Perspective Study*. Washington D.C.

World Bank (2009): *Protecting Progress: The Challenge Facing Low-Income Countries in the Global Resession*. Background paper prepared by World Bank Group staff for the G-20 Leaders' Meeting, Pttsburgh, USA, September 24-25, 2009

16.1.1. G-20 Leader Statements, Declarations und Action Plans

2008a/11/15 Washington Special Leaders Summit on Financial Situation – Declaration
<http://www.g20.utoronto.ca/2008/2008declaration1115.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2008b/11/15 Washington – Action Plan to Implement Principles for Reform
<http://www.g20.utoronto.ca/2008/2008declaration1115.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009a/04/02 London Summit – Leaders’ Statement
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0402.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009b/04/02 London Summit – Declaration on Strengthening the Financial System
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009ifi.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009c/04/02 London Summit – Declaration on Delivering Resources through the International Financial Institutions
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009delivery.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009a/09/24 Pittsburgh Summit Leader Statement
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0925.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009b/09/24 Pittsburgh Summit – A Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0925.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009c/09/24 Pittsburgh Summit – ANNEX: Core Values for Sustainable Economic Activity
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0925.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2009d/09/24 Pittsburgh Summit – G20 Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth
<http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0925.html> [cited on 2011/04/01 at 13:10]

2010a/06/27 Toronto Summit Declaration
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/to-communique.html> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010b/06/27 Toronto Summit Declaration – ANNEX I The Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/to-communique.html> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010c/06/27 Toronto Summit Declaration – ANNEX II Financial Sector Reform [cited on 2011/04/01 at 13:20]
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/to-communique.html>

2010d/06/27 Toronto Summit Declaration – ANNEX III Enhancing the Legitimacy, Credibility and Effectiveness of the IFIs and Further Supporting the Needs of the Most Vulnerable
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/to-communique.html> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010e/06/27 Toronto – Principles for Innovative Financial Inclusion
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/to-principles.html> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010a/11/12 Seoul Summit Leaders’ Declaration
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010b/11/12 Seoul Summit Document
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-doc.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010c/11/12 Seoul Summit Document – Annex I Development Consensus for Shared Growth
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-consensus.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010d/11/12 Seoul Summit Document – Annex II Multi-Year Action Plan on Development
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-development.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010e/11/12 Seoul Summit Document – Annex III Anti-Corruption Action Plan
<http://www.g20.utoronto.ca/2010/g20seoul-anticorruption.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2010f/11/12 Seoul Summit Document – Supporting Document
<http://www.seoulsummit.kr/outcomes/> [cited on 2011/04/01 at 13:20]

2011a France – The Priorities of the French Presidency
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/the-priorities-of-the-french-presidency.75.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011b France – The Priorities of the French Presidency – The International Monetary System (IMS)
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/international-monetary-system-ims.351.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011c France – The Priorities of the French Presidency – Financial Regulation
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/financial-regulation.338.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011d France – The Priorities of the French Presidency – Commodity Price Volatility
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/commodity-price-volatility.353.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011e France – The Priorities of the French Presidency – Food Security
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/food-security.339.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011f France – The Priorities of the French Presidency – Employment and the Social Dimension of Globalisation
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/employment-and-the-social-dimension-of.930.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011g France – The Priorities of the French Presidency – Fighting corruption
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/fighting-corruption.337.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011h France – The Priorities of the French Presidency – Development
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/development.334.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2011i France – The Priorities of the French Presidency – Innovative Financing
<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/priorities-for-france/the-priorities-of-the-french-presidency/sheets/innovative-financing.335.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]

16.1.2. Communiqués der G-20 Finanzminister und Zentralbankgouverneure

1999 Berlin, Germany Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/1999_germany.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]

2000 Montreal, Canada Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken

- http://www.g20.org/Documents/2000_canada.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2001 Ottawa, Canada Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2001_canada.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2002 New Delhi, India Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2002_india.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2003 Morelia, Mexico Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2003_mexico.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2004 Berlin, Germany Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2004_germany.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2005 Xianghe, Hebei China Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2005_china.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2006 Melbourne, Australia Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
<http://www.g20.utoronto.ca/2006/2006communiqué.pdf> [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2007 Kleinmond, Cape Town, South Africa Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2007_communique_kleinmond_capetown_southafrica.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2008 Sao Paulo, Brazil Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2008_communique_saopaulo_brazil.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2008/10/11 Washington, US Communiqué of the International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund
<http://www.g20.utoronto.ca/2008/2008imfc.html> [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2009/3/14 London - Horsham, UK Communiqué - G20 Finance Ministers and Central Bank Governors
http://www.g20.org/Documents/2009_communique_horsham_uk.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2009/3/14 London, UK Annex to Communiqué - G20 Finance Ministers and Central Bank Governors: Restoring lending: a framework for financial repair and recovery
http://www.g20.org/Documents/2009_communique_annex_horsham_uk.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2009/09/04-5 London, UK Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/FM_CBG_Comm_Final.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2009/11/07 St.Andrews, UK Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/2009_communique_standrews.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2010/04/23 Washington, USA Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/201004_communique_WashingtonDC.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2010/06/05 Busan, Republic of Korea Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/201006_Communique_Busan.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2010/10/23 Gyeongju, Republic of Korea Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents/201010_communique_gyeongju.pdf [cited on 2011/04/01 at 13:25]
- 2011/02/18-19 Paris, France Communiqué der Finanzminister und Gouverneure der Zentralbanken
http://www.g20.org/Documents2011/02/COMMUNIQUE-G20_MGM%2018-19_February_2011.pdf [cited on 2011/03/31 at 17:30]

16.1.3. Declaration BRICS

2011/04/14 BRICS Leaders Meeting, Sanya, Hainan, China, - Sanya Declaration
<http://in.china-embassy.org/eng/zt/bric/t815431.htm> [cited on 2011/04/15 at 18:20]

16.1.4. Interviews

16.1.4.1. Ehem. Botschafter Hans Winkler

Direktor der Diplomatischen Akademie Wien
Geführt am 27.05.2009

16.1.4.2. Botschafter John Sloan

Botschafter Kanadas in Russland
Sous-Sherpa für Kanda in Wirtschafts- und Finanzangelgenheiten der G-8 und G-20
Geführt am 20.01.2011

16.1.4.3. Botschafter Xolisa Mfundsio Mabhongo

Botschafter Südafrikas in Wien
Geführt am 01.02.2011

16.1.4.4. Botschafter Dinkar Khullar

Botschafter Südafrikas in Wien
Geführt am 31.01.2011

16.1.4.5. Muhammad Takdir

Wirtschaftsattaché der indonesischen Botschaft in Wien
Geführt am 04.02.2011

16.1.4.6. Alberto Sandoval

Food and Agriculture Organisation, Rom
Natural Ressource Management and Environment Department
Climate Change and Bioenergy Division
Geführt am 28.02.2011

16.1.4.7. Matthias Klettermayer

Wirtschaftsattaché der Botschaft Grobritanniens in Wien
in Kooperation mit der Global Ecoomy Group
Prosperity Directorate
Foreign & Commonwealth Office, London
schriftliches Interview

16.2. Sekundärliteratur

Acosta, Alberto (2011): *Öl für zehn Tage. Die Schäden der Förderung aber bleiben*. In: Le Mond diplomatique Ausgabe März 2011. Berlin

Bayne, N. (2005): *Staying together*. Ashgate

Bayne, N.; Woolcock S. (2003): *The New Diplomacy. Decision-Making and Negotiation in International Economic Relations*. Ashgate

Benz, Arthur (1998): *Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union*. In: Jachtenfuchs, Markus/Köhler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich, 317-351

Benz, Arthur/Dose, Nicolai (2010): *Von der Governance-Analyse zur Policytheorie*. In: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden

Blanchard, Oliver (2009): *Scoprire la macroeconomia. I. Quello che non si può non sapere*. 5. Edizione, Bologna

Blouin, Chantal (2010): *Health in the G-20 Summit?* In: Center for Trade Policy & Law (November 2010): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 1-2

Brand, Ulrich (2009a): *Herrschaft und Befreiung. Global Governance und emanzipatorisches Handeln im sich globalisierenden Kapitalismus*. In: Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Rothner Thomas: *Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?* Dialog 56 – Beiträge zur Friedensforschung, Hamburg u.a.: Lit-Verlag, S.287-302

Brand, Ulrich (2009b): *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*. Heinrich Böll Stiftung Berlin

Buzan, Barry; Wæver, Ole; De Wilde, Jaap (1998): *Security: A new Framework of Analysis*. Boulder, Lynne-Rienner Publishers London

Buzan, Barry; Jones, Charles; Little, Richard (1993): *The Logic of Anarchy: Neorealism to Structural Realism*. New York: Columbia University Press

Chatham House (2010): *What is next for the G20? Investing in Health and Development*. Conference Summary September 2010 London

Culpepper, R. (Mai 2000): *Systemic Reform at a Standstill: A Flock of "Gs" in Search of Global Financial Stability*. Commonwealth Secretariat

Deibert, Ron; Rohozinski, Rafal (Spring 2010): *Breaking up Dark Clouds in Cyberspace*. In: Munk Monitor, University of Toronto, Trinity College

Duden (2009): *Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. 4. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2009. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2009.

Fischer, Joschka (2010): *Energy Security an the Environment*. Special Lectures Series, Part of the Karl Homberg Program in Environmental Policy Studies, October 15, 2009. The Johns Hopkins University. School of Advanced International Studies. The Bologna Center. Bologna

- Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio (Hrsg.) (2003): *The Politics of Europeanization*. Oxford
- Guebert, Jenilee; Lennox, Robin (2010): *Health at the G-20: Small but Significant Step in Seoul* In: Center for Trade Policy & Law (November 2010): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 19-20
- Guebert, Jenilee; Lennox, Robin (2011a): *Health in the G-20 Summit?* In: Center for Trade Policy & Law (January 2011): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 9-11
- Haque, Shamsul M. (2010): *Rethinking development administration and remembering Fred W. Riggs*. In: International Review of Administrative Sciences 76(4)
- Hajnal, P. (2007): *The G8 System and the G20. Evolution, Role and Documentation*. Ashgate
- Helleiner, G. (März 2001): *Developing Countries, Global Financial Governance and the Group of Twenty: A Note*. Toronto: University of Toronto
- Hérbert, Jean-Paul (2010) : *Neue Technik der Kriege. Entwicklung und Gebrauch der Waffen im 20. Jahrhundert*. In: Le Monde diplomatique November 2010 Paris
- Jann, Werner/Wegrich, Kai (2010): *Governance und Verwaltungspolitik: Leitbilder und Reformkonzepte*. In: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden
- Jessop, Bob (1998): The rise of governance and the risks of failure: the case of economic dedevelopment. In: International Social Science Journal 155, S.29-45
- Kamradt-Scott, Adam (2011a): *ASEAN and regional Cooperation on Pharmaceuticals*. In: Center for Trade Policy & Law (January 2011): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 16-18
- Kapala, Marta (2011): *The Security Policy of the G-8 countries*. Dissertation, Universität Wien
- Kirton, J. (1999): *What is the G20?* In *The G7, China and the International Financial System*. China Development Institute 10-12 November
- Kirton, John (2005): *From G7 to G20: Capacity, Leadership and Normative Diffusion in Global Financial Governance*. Paper prepared for a panel on *Expanding Capacity and Leadership in Global Financial Governance: From G7 to G20*. International Studies Association Annual Convention, Hawaii, March 1-5.
- Kohler-Koch, Beate (1999): *The Evolution and Transformation of European Governance*. In: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): *The Transformation of Governance in the European Union*. London: Routledge, 14-35
- Kopp, Dominique (2009): *Kalter Krieg unter dem Packeis. Der Kampf um die Bodenschätze der Arktis hat begonnen*. In: Edition Le Monde diplomatique (2009): *Ausverkauft. Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird*. Paris
- Lake, David (2010): *Rightful Rules: Authority, Order and the Foundations of Global Governance*. ISA Presidential Address
- Lawrence, Gordon; Loeb, Martin; Lucyshyn, William (2003): *Information Security Expenditures and Real Options: A Wait-and-See Approach*. In: Computer Security Journal Volume XIX, No. 2, Spring 2003

Le Monde diplomatique (2007): *Atlas der Globalisierung*. "Le Mond diplomatique"/taz Verlags- und Vertriebs GmbH Berlin

Loewenson, Rene (2010): *Health in the G-20 Summit?* In: Center for Trade Policy & Law (November 2010): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 6-8

Machemedze, Rangarirai (2010): *The Impact of Trade Agreements on Health in the African Region: The Case of Economic Partnership Agreements (EPA)*. In: Center for Trade Policy & Law (November 2010): *Health Diplomacy Monitor*. Carlton University Ottawa, 21-23

Mankiw, Gregory N. (2007): *Principi di Microeconomia*. Quarta Edizione Zanichelli Bologna

Márquez, Rubio Vanessa (2007): *The G-20: A Practitioner's Perspective*. Global Economic Governance Programme, Oxford: University College.

Mayntz, Renate (2009): *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 41-53

Melchior, Josef (2009): *European Governance. Zur Analyse transnationalen Regieren in der EU*. In: Vorlesung *Critical State and Governance Studies*. Lehrveranstaltungsleiterin: Birgit Sauer, Sommersemester 2009, Universität Wien

Messner, Dirk (2000): *Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik. Einige Beobachtungen zur Transformation der Politik in der Ära des Globalismus*. In: PROKLA, Nr. 118, Berlin.

Ostrom, Elinor (2011): *Vertragen und Teilen. Gemeingüter – jenseits von Markt und Staat*. In: Le Monde diplomatique Ausgabe März 2011. Berlin, vorentnommen aus ihrem Buch, welches im April 2011 erscheinen wird: *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. Oekom Verlag, München

Riggs, Fred Warnett (1964) *Administration in Developing Countries: The Theory of Prismatic Society*. Boston: Houghton Mifflin Co.

Riggs, Fred W . (1959): *Agraria and Industria: Toward a Typology of Comparative Administration*. In: Siffin, William J ed.: *Toward the Comparative Study of Public Administration*.

Riggs, Fred Warnett (1961): *International Relations as Prismatic System*. World Politics 14(1): 144-181

Rodman, Peter W. (1968): *Development Administration: Obstacles, Theories and Implications for planning*. IIEP Occasional Papers No.2 . Unesco: International Institute for Education Planning. Paris

Sauer, Birgit (2009): *Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie?* In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Staat und Geschlecht, Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos

Schubert, Klaus; Martina Klein (2006): *Das Politiklexikon*. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz

Werthes, Sascha (2005): *Human Security. Eine sicherheitspolitische Herausforderung zur Vorbereitung auf entwicklungspolitische Aufgaben*. In: *INKOTA-Brief* (Zeitschrift zum Nord-Süd Konflikt und zur konziliären Bewegung), 133/2005: 26-27.

Woods, N. (2004): Comment on "Proposals for a New Framework," in P. B. Kenen, J. R. Shafer, N. L. Wicks, and C. Wyplosz, *International Economic and Financial Cooperation: New Issues, New Actors, New Responses*. London: Centre for Economic Policy Research

Zwitter, Andrej; De Wilde, Jaap (2010): *Prismatic Security: Expanding the Copenhagen School to the Local Level*. Allacademic research – Conference Paper/Unpublished Manuscript

16.2.1. Internetquellen

BBC (2011/03/11): *Cyber attack on France targeted Paris G20 files*. Onlineausgabe: <http://www.bbc.co.uk/news/mobile/business-12662596> [cited on 2011/03/29 at 11:35]

Bracht, Caroline (2011/03/25): *Plans for the 2011 G8 Deauville Summit: May 26-27, 2011*. G8 Research Group, Toronto: www.g8.utoronto.ca/evaluations/g8plans/g8plans-110325.pdf [cited on 2011/03/29 at 23:10]

Gärtner, Heinz (2010): *America and Europe: Transatlantic Ties or Global Responsibility?* Europes World http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/CommunityPosts/tabid/809/PostID/1334/AmericaandEuropeTransatlanticTiesorGlobalResponsibility.aspx [cited on 2010/05/11 at 11:50]

Goodwin, Bill (2010/11/30): *Gartner predicts cyber attacks will seriously damage G20 economy by 2015*. In: Computer Weekly: <http://www.computerweekly.com/Articles/2010/11/30/244251/Gartner-predicts-cyber-attack-will-seriously-damage-G20-economy-by.htm> [cited on 2011/03/29 at 11:20]

Financial Times (2010/12/01): *Rising prices, climate summit, skills shortage*. In: Energy Weekly http://ftmedia.podhoster.com/ft/ft_energy_2010_12_01.mp3 [cited on 2011/03/31 at 17:10]

La Repubblica (2001/07/20): *Il G8: "Colpiti noi invece degli anarchici". I contestatori: il G8 sia sospeso, Scajola si dimetta "Domani una grande manifestazione pacifica di massa"* Onlineausgabe: <http://www.repubblica.it/online/politica/gottotto/gottotto/forum/forum.html?ref=search> [cited on 2010/11/23]

Tong-hyung, Kim (2010/05/08): *Korea trying to put cyber security on G20 agenda*. Onlineausgabe Korea Times: http://www.koreatimes.co.kr/www/news/biz/2010/11/123_70876.html [cited on 28/03/2011 at 12:30]

16.3. Images

Abb.1: international-lokales 3D Sicherheitsprisma created by Sigrid Apl, 2011

16.4. Tabellen

Tabelle 1: Themen der G-20 von 1999-2007, Quelle: G-20 2008: 41

Abstract - deutsch

Meine Diplomarbeit handelt von den sicherheitspolitischen Dimensionen der G-20. Dabei habe ich das Konzept der Kopenhagener Schule teilweise übernommen, da ich die Politiken der Gruppe der 20 größten und wichtigsten Wirtschaftsnationen des angebrochenen 21. Jahrhundert nach den Dimensionen der ökonomischen, politischen, militärischen und ökologischen Sicherheit aufgliedere. Zudem adaptiere ich das Analysekonzept der „Prismatic Security“ das von Zwitter und de Wilde entworfen wurde, um die Kopenhagener Schule auf lokaler Ebene zu transferieren. Durch dieses neuartige Problemfeld werden lokale Sicherheitsbereiche wie Nahrungs- und Gesundheitssicherheit sowie die physische Sicherheit der einzelnen Personen integriert. Um ein realitätstreues Analysekonzept in dem Zeitalter der Globalisierung zu entwickeln, erachte zu jenen Sicherheitsbereichen als unabdingbar den Aspekt der Informationssicherheit in eine umfassende Sicherheitsanalyse mit einzubeziehen. Darüber hinaus, und nicht zu letzt durch die aktuelle Revolutionswelle in Nordafrika abermals aufgezeigt, werde ich den Aspekt der Rechtssicherheit ebenfalls beleuchten. Abschließend strukturiere ich die zuvor nachgezeichneten Sicherheitsdimensionen in dem Kapitel der Ressourcensicherheit, welches die generelle Installierung von Infrastrukturen in diversen Gesellschaftsbereichen thematisiert.

Abstract - english

My diploma thesis, I've dedicated to "the security dimensions of the G-20". It uses an amplified concept of the security terminus. It embraces, aside from the traditional military security realm, the Copenhagen security sectors, to wit the economical, political and environmental security dimension. Furthermore, I've adopted the concept of Prismatic Security by Zwitter and de Wilde who expanded the Copenhagen School on a local level and therefore, introduced local security areas such as food, health and personal security (the last reflects the bottom up perspective of the military security dimension). To mirror the current aspect of globalisation issues, I've also included the realm of informational security. Finally, I illuminate the importance of judicial and resource security.

The G-20 have been declared their group as the premier forum for international economic cooperation at the Summit in Pittsburgh (Pittsburgh 2009:Pkt.50). Hence the focus of my research lies in the economic security dimension of the post-Washington G-20 (where the G-20 started to assemble in form of Leaders Summit in addition to the usual meetings of G-20 Finance Ministers and Centralbank Governors). This chapter encompasses the reform of the international finance institutions, the new regulation regime with strengthened supervision and better risk management, globally unified high-level standards targeting transparency and accountability, monetary and exchange rate policies as well as the concept for sustainable and balanced growth.

Within the political security dimension, I explore the commitments pledged by the G-20 in their development policy like resource mobilization for low income or developing countries, their principles regarding financial inclusion, and plans of fiscal consolidation as basis for a health surrounding and functional political system. I will include the counteractions of the G-20 against corruption and financing of terrorism in the military security dimension. Their instruments to address tax havens and non-cooperative jurisdictions I'll deal with in the realm of judicial security. In the environmental security dimension I scrutinize the emphasized issues affirmed or discussed by the G-20 with regard to curbing the use of fuel fossils, energy security and protection of the environment. Based on the Multi-Year Action Plan of Seoul I scrutinize the measures of the G-20 concerning achieving food and health security, and compare them with the facts provided by the FAO. Finally, I outline the sustainable impact and considerations of the G-20 within the field of resource security.

Curriculum Vitae

Personal Dates

Name:	Sigrid Apl
Address:	c/o Menoni Via G.B. Vico, 3 43125 Parma, Italy
Phone in Italy:	+39 327 66 19 917
Phone in Austria:	+43 650 27 22 783
E-mail:	sigird.apl@gmx.at
Date and Place of Birth:	27th of May 1986, Vienna
Marital Status:	unmarried
Nationality:	Austrian

Practical Experience

Oct. 2009 – Jan. 2011	verdino communications gmbh, 1010 Vienna (selected projects)
March - April 2009	Embassy of Austria, 00198 Rome (volunteer)
Sept. 07 – Aug. 08	verdino communications gmbh, (content management, assistant) 1010 Vienna
February – May 2007	SynerMed GmbH, (assistant) 1010 Vienna
October – December 06	Telemark Marketing, Call Center, 1140 Wien
October 05 – June 06	Aupair within family Tabarelli, 20144 Milan
June-September 2003	„Restaurant Luftburg“, (Receptionist) 1020 Vienna

Education

2010-2011	Study at the Faculty of Economics, University of Parma, Italy
2008-2009	Study at the Faculty of Political Science and Justice, University „La Sapienza“, Rome
2006-2008, 2009-2011	Study at the Faculty of Political Science, Geography, Philosophy, History and Economics, University of Vienna
2000-2005	Vocational School with specialization in IT, 2362 Biedermanssdorf

Special Skills

German: spoken and written (Mother tongue)

English: spoken and written (result of IELTS-Exam: 7,0)

Italian: spoken and written

French, Russian, Chinese and Czeck: beginner level

Accounting skills

Computer skills: MS-Office, Word, Excel, Photoshop, Dreamweaver, TYPO3, Indesign;
ECDL

Experience abroad

Since July 2010: Italy (Parma)

September 08-August 09: Italy (Rome)

Oktober 05-Juni 06: Italy (Milan)

November 2002: Italy (Venedig, Bologna)

September 2002: England (Cambridge, London, Stratford)

Special Interests

Policy - International Relations

Travelling

Organizing

Communication and networking

Reading

Creative work

Furthermore

Head girl in the 12.th in 2003/04

Deputy head girl in 2002/03

Class Spokeswoman 2003/04 and 2004/05

Class Spokeswoman deputy in 1998/99 and 2002/03

Team spirit as independent work and independent goal setting